

LWL-Aktionsplan Inklusion



2014

LWL

Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Inhalt

LWL-Aktionsplan Inklusion	04
Der LWL leistet seinen Beitrag für eine inklusive Gesellschaft	
Permanenter Wandel	06
Menschen mit Behinderungen in der Geschichte des LWL	
Was heißt schon behindert?	10
Daten und Fakten zum Thema Behinderung	
Handlungsfelder	
Handlungsfeld Kindheit und Jugend	12
Handlungsfeld Schule	22
Handlungsfeld Arbeit	28
Handlungsfeld Wohnen	38
Handlungsfeld Gesundheit	48
Handlungsfeld Freizeit und Kultur	58
Barrieren abbauen, Bewusstsein bilden	68
Der LWL als inklusiver Arbeitgeber	75
Impressum	79

LWL-Aktionsplan Inklusion

Der LWL leistet seinen Beitrag für eine inklusive Gesellschaft

Der LWL setzt sich schon seit Jahrzehnten für ein möglichst selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen ein – und damit lange vor dem Inkrafttreten der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die die Inklusion als gesellschaftliches Ziel stärker ins öffentliche Interesse gerückt hat. Die UN-Konvention formuliert Leitsätze, die für Bund, Länder und Kommunen, Verbände, Einrichtungen und Interessenvertretungen zielsetzend sind. Auch wenn aus den Bestimmungen der UN-Konvention keine unmittelbaren Leistungsansprüche hergeleitet werden können, so ist die UN-Konvention für uns doch handlungsleitend. Denn inklusives Leben ist in vielen Lebensbereichen noch lange nicht umgesetzt.

Dieser erste LWL-Aktionsplan Inklusion zeigt, welche Position wir in unseren vielen Einrichtungen einnehmen und wie sich unsere Arbeit in den kommenden Jahren weiterentwickeln wird. Wir haben schon viel erreicht, wissen aber auch, dass wir noch viel tun müssen. Erst recht, weil die Zahl der Menschen mit wesentlichen Behinderungen nach wie vor deutlich zunimmt. So wird es immer mehr ältere Menschen mit geistiger Behinderung geben, deren Lebenserwartung sich der allgemeinen Lebenserwartung angleicht. Darauf kann unsere Gesellschaft stolz sein, gleichzeitig bedeutet es aber auch, sich auf neue Herausforderungen einzustellen. Für den LWL ist es wichtig, dass Inklusion mit Augenmaß vorangetrieben wird. Zwar fordert die UN-Konvention keineswegs die Abschaffung von Förderschulen. Das Recht auf Bildung wird auch dort durch die den jeweiligen Bedarfen angepasste besondere Förderung gewährleistet. Allerdings beinhaltet die UN-Konvention darüber hinaus das Recht auf diskriminierungsfreien, gleichberechtigten und wohnortnahen Zugang zur allgemeinen Schule sowie den Anspruch auf die dazu notwendige Förderung. Die Umsetzung dieses Rechts, vor allem aber des Anspruchs auf die erforderliche Förderung bedarf für die Schülerinnen und Schüler der LWL-Förderschulen besonderer Sorgfalt und wird daher in vielen Fällen kurzfristig nicht möglich sein. Solange dieser Umsetzungsprozess nicht abgeschlossen ist, wird es weiterhin Förderschulen geben. Diese müssen ihre

Arbeit aber darauf ausrichten, einer möglichst großen Zahl von Kindern den Besuch der Regelschulen zu ermöglichen. Zudem kann der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung auch ein Konzept für Förderschulen sein. Der LWL wird die Entwicklung eines inklusiven Angebots unterstützen, damit Eltern eine echte Alternative haben.

Wir müssen mit und für Menschen mit Behinderungen ein Umfeld entwickeln, das so viel Normalität wie möglich schafft – gleichzeitig aber muss es Angebote und Einrichtungen geben, die speziellen individuellen Bedürfnissen gerecht werden. Das Wichtigste scheint aber zu sein, dass sich das Bewusstsein in der Gesellschaft ändert, wenn es um Menschen mit Behinderungen geht. Denn oft verhindern nicht die Behinderungen die aktive Teilhabe, sondern die Barrieren von außen: die räumlichen und insbesondere auch die in den Köpfen, wenn sich zum Beispiel Widerstand in einem Wohnviertel gegen neue Nachbarn mit Behinderungen regt. Dafür ist Kommunikation unabdingbar: Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen in vielfältiger Weise mit Menschen mit Behinderungen und ihren Verbänden in Kontakt. Mit den Behinderten- und Selbsthilfeverbänden etwa pflegt unser LWL-Sozialdezernat seit vielen Jahren einen intensiven Austausch. Auch die Inhalte des LWL-Aktionsplans haben wir mit ihnen diskutiert. Wir nehmen die berechnete Forderung von

Dr. Wolfgang Kirsch

LWL-Direktor

Dieter Gebhard

Vorsitzender der Landschaftsversammlung



Menschen mit Behinderungen ernst: nicht ohne uns über uns! Aus dieser Zusammenarbeit ergeben sich immer wieder wertvolle Impulse, wie wir unsere Arbeit und fachlichen Positionen weiterentwickeln sowie neue Perspektiven einnehmen und Projekte planen können.

Was wir nicht vergessen dürfen: Der Umbau zu einer inklusiven Gesellschaft mit entsprechenden Strukturen verlangt von uns allen einen wahren Kraftakt – von Bund, Ländern und vom LWL ebenso wie von den Kreisen, Städten und Gemeinden. Diese große, langwierige Aufgabe können wir nur gemeinsam meistern. Schon heute reicht aber die Landschaftsumlage allein für die Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen nicht aus. Land und Bund, die für die Gesetzgebung zuständig sind und Standards setzen, müssen sich finanziell beteiligen. Erfreulich ist, dass im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages (2013 bis 2017) ausdrücklich festgeschrieben worden ist, dass die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Mrd. Euro jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden sollen. Damit wurde eine Forderung aufgenommen, die die ganze kommunale Familie und insbesondere auch der LWL seit Jahren erhoben haben. Diese Entlastung muss nun spürbar und schnell, spätestens im Jahr 2017, bei den Kommunen auch tatsächlich ankommen.

Wir können nur die Schritte zur Inklusion gehen, die wir auch finanzieren können. Alle Ziele, Maßnahmen und Projekte, die im LWL-Aktionsplan aufgeführt sind, stehen – wie der Aktionsplan der Landesregierung – unter dem Vorbehalt verfügbarer Haushaltsmittel. Trotz seit Jahren angespannter Haushaltssituation haben wir bis heute bereits vieles getan, um Menschen mit Behinderungen eine umfassende Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Ohne finanziellen Ausgleich können wir zusätzliche Aufgaben, die uns

Bund oder Land übertragen, nicht bewältigen. Inklusion in allen ihren Facetten ist eine Aufgabe für mehrere Generationen. Der Herausforderung muss sich unsere Gesellschaft nicht nur heute, sondern auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten immer wieder stellen. Gleichzeitig ist Inklusion ein dynamischer Prozess, der sich ständig verändert, weiterentwickelt und neue Ideen und Impulse benötigt. Der LWL wird sich aktiv daran beteiligen und die Entwicklung weiter vorantreiben.

Der Landschaftsausschuss des LWL hat den vorliegenden ersten Aktionsplan Inklusion nach Diskussion mit Verbänden, Experten und Betroffenen in seiner Sitzung am 5. Mai 2014 beschlossen. Der LWL-Aktionsplan Inklusion ist ein Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre und wird fortlaufend weiter konkretisiert. Auch die zahlreichen Anregungen und Änderungsvorschläge aus der von allen LWL-Fraktionen gemeinsam initiierten Anhörung der Betroffenenverbände am 9. April 2014 werden nun in den Fraktionen diskutiert und nach Abstimmung bei der Fortschreibung des Aktionsplans entsprechend berücksichtigt. Zudem wird in den politischen Gremien regelmäßig und zukünftig darüber hinaus in jährlichen Fortschrittsberichten über die LWL-Aktivitäten zur Inklusion und den Fortgang auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft berichtet.

Wir würden uns freuen, wenn dieser Aktionsplan rege Aufmerksamkeit findet und es möglichst viele Rückmeldungen von Leserinnen und Lesern gibt.

Münster, im Mai 2014

Dr. Wolfgang Kirsch

Dieter Gebhard

Permanenter Wandel Menschen mit Behinderungen in der Geschichte des LWL

Die Fürsorge für Menschen mit geistiger, seelischer oder körperlicher Behinderung zählt seit über 140 Jahren zu den Kernaufgaben des LWL und seiner Vorgängereinrichtung, des Provinzialverbandes Westfalen. Eine lange Zeit, in der sich große gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Umwälzungen ereigneten. Vor ihrem Hintergrund veränderten sich die öffentliche Wahrnehmung und die Deutungsprozesse von körperlicher, geistiger und seelischer „Andersheit“ – vom „Krüppel“ zum „Menschen mit Behinderung“.

Ebenso entstanden und entwickelten sich wissenschaftliche Professionen wie Psychiatrie und Sozialpädagogik, die zu Anfang die Ursachen der „Andersheit“ kaum definieren konnten, keine ausdifferenzierten Bilder von Krankheit und Behinderung hatten und wenig zielgerichtete therapeutische Konzepte und Hilfen bieten konnten. In den 140 Jahren entwickelten sich zudem die gesellschaftspolitisch gebilligten Ziele der Fürsorge und entsprechende Erwartungen an die Fürsorgeträger, wenn es um Heilung, Erziehung, Ausbildung, Sicherung und Verwahrung der Menschen mit Behinderungen ging.

Nicht zuletzt veränderten sich auch die gesellschaftspolitischen Vorstellungen über die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben – von der Exklusion über Maßnahmen zur medizinischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation und Integration bis zur Inklusion.

Kaiserzeit

In den wenigen Jahrzehnten von der Gründung des Deutschen Reichs (1871) bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1918) entwickelte sich die Fürsorge für Arme, psychisch Kranke und Behinderte zur bedeutendsten Aufgabe des Provinzialverbandes Westfalen. Mit der Dotationsgesetzgebung von 1873/75, mit der der preussische Staat die notwendige Finanzierung sicherstellte, wurde der Provinzialverband Träger der Blindenschulen

in Soest und Paderborn, die 1919 von 225 Schülern und Lehrlingen besucht wurden. Die Gehörlosenschulen in Büren, Soest, Langenhorst und Petershagen hatten im selben Jahr 492 Schüler.

Den entscheidenden Anstoß für die weitere Expansion der Fürsorge gab die Novelle zum Gesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 11. Juli 1891. Sie verpflichtete die Provinzialverbände in Preußen, für die „Bewahrung, Kur und Pflege der hilfsbedürftigen Geisteskranken, Idioten, Epileptischen, Taubstummen und Blinden, soweit dieselben der Anstaltspflege bedürfen, in geeigneten Anstalten Fürsorge zu treffen“. Mit diesem gesetzlichen Anspruch auf Anstaltsversorgung stieg die Zahl der psychisch Kranken und „geistig Behinderten“ in den psychiatrischen Anstalten rasant an. Er lieferte die Grundlage, möglichst viele Kranke und Personen mit abweichendem Verhalten in Anstalten abzuschicken: nicht allein aus medizinischen Gründen, sondern auch aus Sicherheits- und Ordnungsinteressen sowie Kostenerwägungen.

Die Bevölkerungsexplosion war eine Ursache für die steigenden Zahlen, insbesondere im Industrieviertel. Hinzu kam aber die Auflösung traditioneller familiärer und ländlicher Versorgungsstrukturen, die Verbreitung bestimmter Krankheiten, die Beschreibung und Definition neuer Krankheitsformen und der Glaube an deren Heilungsmöglichkeiten. Bis 1919 entstand in Westfalen ein Versorgungssystem von 14 psychiatrischen Großein-

Drangvolle Enge im Rittersaal von Schloss Ulenburg, Löhne, wo Anfang der 1950er-Jahre bis zu 42 Jungen schliefen →



richtungen in provinzieller und konfessioneller Trägerschaft mit einer Gesamtkapazität von 11.000 Plätzen. In den Provinzialanstalten gehörten nach unserem heutigen Verständnis mindestens 20 % der Patientinnen und Patienten zum Kreis der Menschen mit geistiger und seelischer Behinderung, in den konfessionellen Einrichtungen sogar der überwiegende Anteil. In der Phase der Hochindustrialisierung ging die Gesellschaft also dazu über, diese Menschen dauernd in Anstalten unterzubringen. Das bedeutete die Exklusion möglichst aller pflegebedürftigen „Geisteskrüppel“, die in den großbetrieblichen Anstalten einen neuen Lebensraum fanden. Menschen mit Funktionsdefiziten wurden von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Die Anstalten trugen alle Züge einer „totalen Institution“, die darauf abzielte, sämtliche Lebensäußerungen der Insassen allumfassend zu regeln und zu kontrollieren. Ein möglichst störungsfreier Betriebsablauf überlagerte das eigentliche Ziel: einem medizinischen Erklärungsansatz zu folgen, der Behinderung als individuelle körperliche Defekte und Störungen auffasste und diese therapeutisch behandeln wollte.

Weimarer Republik

Der Erste Weltkrieg (1914–1918) und seine Folgen machten Bevölkerungsgruppen zu Fürsorgeempfängern, die von ihrem Selbstverständnis weit von den traditionellen Armutgruppen entfernt waren. Insbesondere die Unterstützung der „Kriegsversehrten“ und

„Kriegsbeschädigten“ sollte nicht nur die finanzielle Versorgung regeln, sondern entwickelte mit Nachdruck ein Instrumentarium, um „Kriegskrüppel“ in das Arbeits- und Berufsleben wiederinzugliedern. Gleichzeitig baute sich innerhalb der Fürsorge ein neues Leistungsgefälle auf. Die Kriegsfürsorgeempfänger wurden als Gruppe mit gehobenen Leistungsansprüchen herausgestellt. Das ließ die traditionelle Fürsorge für Behinderte und Arme um so diskriminierender erscheinen. Das Kausalprinzip wies die Menschen nach den Ursachen ihrer Behinderung entweder der Sozialversicherung, dem Versorgungswesen oder der öffentlichen Fürsorge zu. Es schuf erhebliche soziale Ungleichheiten, die über Jahrzehnte die soziale Lage der Menschen mit Behinderung in Deutschland prägen sollten. An der Spitze standen die „schwerbeschädigten“ Kriegs-, Arbeits- und Unfallverletzten als privilegierte Gruppe. Es folgte die Masse der „Krüppel“, also der Menschen mit angeborenen körperlichen Behinderungen, die teilweise in den Arbeitsmarkt integrierbar schienen. Im Abseits standen die nicht mehr leistungs- und arbeitsfähigen Menschen mit körperlichen, geistigen und Mehrfachbehinderungen, auch Personen, die zugleich als „asozial“ oder „psychopathisch“ galten.

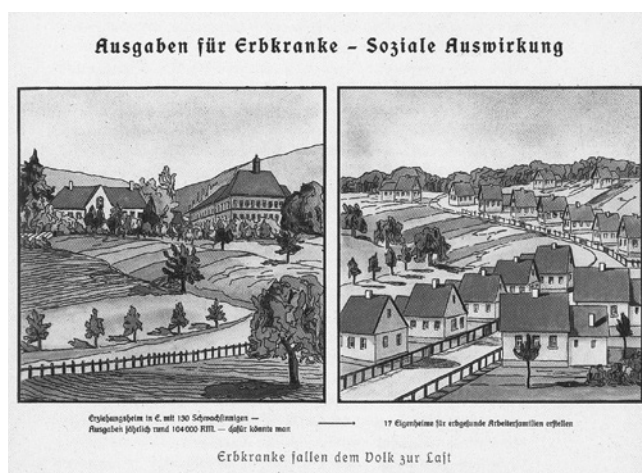
Im Weimarer Wohlfahrtsstaat ging es immer mehr darum, die Erwerbsfähigkeit der Menschen mit Behinderungen herzustellen und sie in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Diese Herangehensweise wurde zum Kern des sozialpolitischen Diskurses, wie die Gesundheits-

und Sozialfürsorge zukünftig gestaltet werden sollte. Das spiegelte sich auch in der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 wider, die die gesamte Wohlfahrtspflege sowohl organisatorisch als auch inhaltlich auf eine neue Basis stellte. Charakteristisch für das neue Fürsorgerecht waren vor allem der Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ und eine enge Kopplung von Fürsorgeleistungen und Arbeitsfähigkeit. Das Ziel der Fürsorge war, Arbeitsunfähigkeit durch vorbeugende Maßnahmen zu verhindern und die Arbeitsfähigkeit wiederherzustellen, um eine dauerhafte Notlage zu vermeiden. Die neuen gesellschaftlichen Anforderungen lauteten Heilung, Besserung und Rehabilitation.

Diese Prinzipien förderten eine Reform des psychiatrischen Versorgungssystems und gaben den Impuls, offene Fürsorgestrukturen und arbeitstherapeutische Ansätze auszubilden. Sie machten aber auch die nicht-therapierbaren, nicht-arbeitsfähigen und pflegebedürftigen Menschen mit geistiger und seelischer Behinderung zu einer vernachlässigten Größe im Reformprozess. Sie wurden in der Praxis zur Abschiebemasse. Als mit der Weltwirtschaftskrise und der Krise des Wohlfahrtsstaates das psychiatrische Versorgungssystem funktionsunfähig wurde, avancierte die Eugenik, die auf eine Vergrößerung der positiv bewerteten Erbanlagen und auf eine Verringerung der negativ bewerteten Erbanlagen zielte, zur Leitwissenschaft für das gesundheitspolitische und fürsorgerische Handeln. Das Volk und seine Überlebensfähigkeit bekamen den Vorrang vor den Bedürfnissen des Individuums; diese Einstellung ließ die „Krüppelsiechen“ und „Idioten“ nur noch als „Ballastexistenzen“ erscheinen.

NS-Zeit

Für die Nationalsozialisten bildete die Rassenfrage das zentrale Leitmotiv der Politik. Das hieß: Sie nahmen eine biologische Ungleichheit der Menschen an und unterschieden rassistisch „Wertvolle“ und „Minderwertige“. Dieses Menschenbild verlangte neue Grundsätze in der Gesundheits- und Sozialpolitik, da es soziale Leistungen des Staates nur den „erbgesunden“ und „leistungsfähigen“ Volksgenossen zubilligte. Es mündete in konkreten Maßnahmen zur Erb- und Rassenpflege. Die Ressourcenverteilung innerhalb des Gesundheits- und Fürsorgesystems wurde an rassenhygienische Grundsätze angepasst. Menschen mit Behinderung wurden sowohl Opfer der NS-Zwangsterilisationen als auch der



↑ Nationalsozialistische Propaganda gegen sogenannte „Erbkranke“

NS-Mordaktionen gegen psychisch Kranke und geistig Behinderte, die mit dem Begriff „Euthanasie“ verschleiert wurden.

Die Zwangssterilisation, die im „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933 ihre Grundlage fand, war die erste systematische Maßnahme der Erb- und Rassenpflege. Das Gesetz sah auch bei „angeborenem Schwachsinn“, „erblicher Blindheit“, „erblicher Taubheit“ und „schwerer erblicher körperlicher Missbildung“ die Sterilisation durch einen chirurgischen Eingriff vor. Die Beschlusspraxis der eigens eingerichteten „Erbgesundheitsgerichte“ war durch folgende Merkmale geprägt: Sie machte die Erbllichkeit von Geisteskrankheiten zum Dogma, missachtete wissenschaftliche Standards bei der Diagnostik und setzte schließlich die Verfahren mit Zwang durch. Von 36.500 Verfahren, die von 1934 bis 1944 vor den westfälischen Erbgesundheitsgerichten verhandelt wurden, richtete sich rund die Hälfte gegen Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung.

Die Menschen mit Behinderung waren von der Kinder-„Euthanasie“-Aktion und von der Erwachsenen-„Euthanasie“ betroffen. Die sogenannten „Kinderfachabteilungen“ in Niedermarsberg (1940/1941) und Dortmund-Aplerbeck (1941–1945) erfassten, beobachteten und ermordeten Kinder mit „angeborenen Missbildungen“ und „geistigen Unterentwicklungen“. In Niedermarsberg starben mindestens 36 Säuglinge und Kinder. Für Aplerbeck ist anzunehmen, dass ein großer

Teil der über 220 verstorbenen Kinder Opfer von Gewalt wurde. Rund 5.700 erwachsene Anstaltspatienten wurden von 1940 bis 1943 in der Aktion gegen jüdische Patienten, der „Aktion T4“ und der „Aktion Brandt“, also in den „Euthanasie“-Transporten, aus Westfalen verlegt. Ein großer Teil waren Menschen mit Behinderungen. Sie starben durch Gas, Medikamente, „Hungerkost“ und katastrophale Lebensbedingungen. Lediglich 15 % erlebten das Ende des Zweiten Weltkrieges.

Bundesrepublik Deutschland

Die Reorganisation der „Behindertenpolitik“ in der Bundesrepublik begann in den 1950er-Jahren und wurde mit dem Bundessozialhilfegesetz (1961) und seinen Novellen (1969/1974) auf eine neue Basis gestellt. Obwohl das vorher hoffnungslos zersplitterte System verbessert und vereinheitlicht wurde, blieb der Behindertenbegriff „defizitorientiert und diskriminierend“. Menschen mit Behinderungen stellten nach wie vor keine homogene Gruppe dar, obwohl die Behindertenpolitik allmählich vom Kausalprinzip abrückte und sich das Finalprinzip, sprich die Ausrichtung am Bedarf des Menschen mit Behinderung, durchsetzte. Behindertenpolitik war bis in die 1970er-Jahre in erster Linie „Sozialleistungspolitik“ und wie in der Weimarer Zeit vorrangig auf die (Wieder-)Eingliederung und Rehabilitation, also auf die Wiederherstellung der Arbeits- und Erwerbsfähigkeit, ausgerichtet.

Die steigende Zahl der Hilfeempfänger in stationären Einrichtungen (z. B. Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe) und von Einrichtungen im teilstationären Bereich in den Jahren 1964 bis 1974 zeigt die großen Schritte in Richtung „Chancengleichheit“. So stieg zum Beispiel die Zahl der Sonderkindergärten für geistig Behinderte von 4 auf 44 Einrichtungen, die der Tagesbildungsstätten von 10 auf 44 und die der Werkstätten für Behinderte von 5 auf 37 Einrichtungen. Der Ausbau des Sonderschulsystems und des Sonderarbeitsmarktes förderte allerdings auch wieder die Ausbildung „separierter Formen des Lebens, Wohnens, Arbeitens und Lernens“, gegen die sich die Kritik am „Behütungs- und Schonraumprinzip“ richtete.

Erst in den 1970er-Jahren verschob sich der Fokus von der beruflichen Rehabilitation zur „Normalisierung“ und Integration, wobei Selbsthilfeorganisationen mitwirkten. Es ging um „gleichberechtigte Teilhabe an allen Lebensbereichen“ und Selbstverwirklichung auch abseits der Arbeit in der Freizeit, beim Sport, in der Kultur und Kommunikation. Die soziale Rehabilitation gewann an Gewicht. Sie konzentrierte sich zunächst darauf, materielle Barrieren abzubauen, um die Lebenswelt an die Bedürfnisse von Menschen mit körperlicher Behinderung anzupassen. Das war jedoch nur eine Voraussetzung von Inklusion, deren Ziel es ist, Menschen mit „Andersheiten“ zum Teil des Ganzen zu machen, damit sie das Leben in der Gesellschaft gleichberechtigt mitgestalten können.



← Schwerst- und mehrfachbehinderte blinde Kinder in der Westfälischen Schule für Blinde, Paderborn, in den 1970er-Jahren

Was heißt schon behindert?

Daten und Fakten zum Thema Behinderung

In Westfalen-Lippe leben rund 8,2 Mio. Menschen – davon haben gut 10 % und damit mehr als 850.000 eine anerkannte Schwerbehinderung mit einem Behinderungsgrad von mindestens 50. Nur mit einer amtlich anerkannten Behinderung können Förderungen und Unterstützungsleistungen in Anspruch genommen werden, die die mit der Behinderung verbundenen Nachteile ausgleichen sollen.

Mit dem Begriff „Menschen mit Behinderungen“ verbinden viele in der Öffentlichkeit vor allem solche im Rollstuhl oder mit einer geistigen Behinderung – tatsächlich hatten aber zum Beispiel im Jahr 2013 rund 83 % dieser 850.000 Menschen eine andere Art von Schwerbehinderung. Mit rund 30 % sind viel häufiger Funktionsbeeinträchtigungen von inneren Organen oder der Wirbelsäule der Grund, dass eine Schwerbehinderung anerkannt wird.

Hinzu kommt: Eine große Gruppe von Menschen mit Behinderungen wird überhaupt nicht erfasst und ist daher auch nicht in den Statistiken zu finden. Menschen mit psychischen Behinderungen zum Beispiel definieren ihre Erkrankung oft nicht als Behinderung, häufig aus Angst vor Stigmatisierung. Auch Eltern von Kindern mit Behinderungen fällt es schwer, einen Schwerbehindertenausweis zu beantragen. Ebenso nehmen manche ältere Menschen, die im Laufe der Jahre eine Beeinträchtigung erfahren haben, keine Angebote in Anspruch.

Zudem existiert eine Vielzahl von Definitionen von Behinderungen, die eine Eindeutigkeit manchmal vermissen lässt. Sehr weit fasst es der Artikel 1 der UN-Behindertenrechtskonvention: „Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren am vollen und gleichberechtigten Gebrauch ihrer fundamentalen Rechte hindern können.“ Wichtig hierbei: Es wird Wert darauf gelegt,

dass nicht nur die Beeinträchtigungen des Menschen an sich eine Rolle spielen, sondern auch das soziale Umfeld den Menschen an der Wahrnehmung seiner Rechte hindern kann.

Die wesentlichen Normen des deutschen Sozialrechts sind im Sozialgesetzbuch geregelt, das aus zwölf Büchern besteht. Das Sozialgesetzbuch IX befasst sich mit der Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen und ist die Rechtsgrundlage vor allem für die Aktivitäten des LWL im Bereich Arbeit. Laut Paragraph 2 sind Menschen „behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind von Behinderung bedroht, wenn die Beeinträchtigung zu erwarten ist.“

Demgegenüber spricht der Paragraph 53 des Sozialgesetzbuchs XII, in dem die Sozialhilfe behandelt wird, von Menschen, „die durch eine Behinderung [...] wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind“. Sie „erhalten Leistungen der Eingliederungshilfe, wenn und solange nach der Besonderheit des Einzelfalles, insbesondere nach Art oder Schwere der Behinderung, Aussicht besteht, dass die Aufgabe der Eingliederungshilfe erfüllt werden kann.“ Die Eingliederungshilfe soll helfen, „eine drohende Behinderung zu verhüten oder eine

Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und die behinderten Menschen in die Gesellschaft einzugliedern. Hierzu gehört insbesondere, den behinderten Menschen die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern, ihnen die Ausübung eines angemessenen Berufs oder einer sonstigen angemessenen Tätigkeit zu ermöglichen oder sie so weit wie möglich unabhängig von Pflege zu machen.“

Diese gesetzlichen Grundlagen ergeben ein facettenreiches Bild und eine Vielzahl von Begrifflichkeiten und Zusammenhängen, mit denen der LWL in der täglichen Arbeit umgehen muss. Der LWL-Aktionsplan Inklusion verwendet daher je nach Zusammenhang die Begriffe „Menschen mit Behinderungen“, „Menschen mit einer Schwerbehinderung“ oder „Menschen mit wesentlichen Behinderungen“.

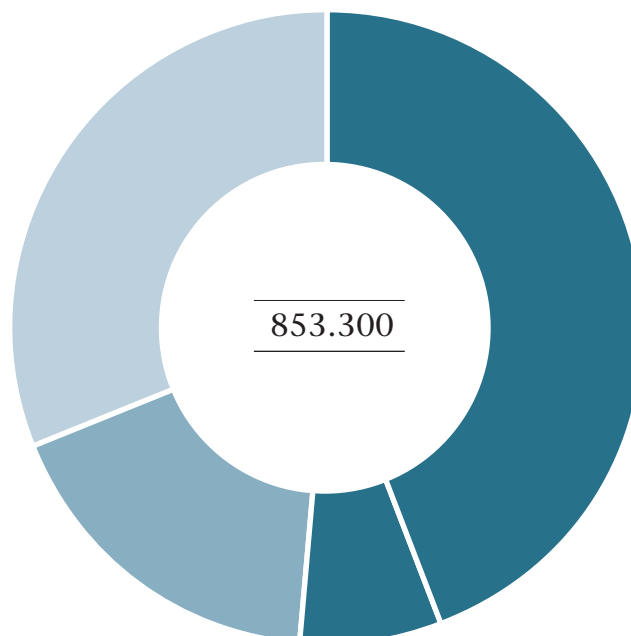
Schwerbehinderte Menschen in Westfalen-Lippe nach Art der Behinderung (Stand 31.12.2013)

265.435 (31,1 %)

Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen

148.474 (17,4 %)

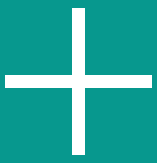
Zerebrale Störungen, geistige und/oder seelische Behinderungen



439.391 (51,5 %)

Körperliche Behinderungen, darunter 61.675 (7,2 %) Sinnesbehinderungen

LWL-Statistik Quelle: IT.NRW, eigene Berechnungen unter Zugrundelegung der jeweiligen schwersten Behinderung, Rundungsdifferenzen enthalten. 2014/07



„Die Vertragsstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen können.“ Artikel 7 der UN-Behindertenrechtskonvention



„Bei allen Maßnahmen, die Kinder mit Behinderungen betreffen, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“ Artikel 7 der UN-Behindertenrechtskonvention

„Die Vertragsstaaten gewährleisten, dass Kinder mit Behinderungen das Recht haben, ihre Meinung in allen sie berührenden Angelegenheiten gleichberechtigt mit anderen Kindern frei zu äußern (...) [und dass sie] behinderungsgerechte sowie altersgemäße Hilfe erhalten, damit sie dieses Recht verwirklichen können.“ Artikel 7 der UN-Behindertenrechtskonvention

Handlungsfeld Kindheit und Jugend

Herausforderungen

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen haben das gleiche Recht, für ihr soziales, physisches und psychisches Wohlbefinden bestmöglich gefördert und unterstützt zu werden, wie Kinder und Jugendliche ohne Behinderung. Um dieses Recht zu verwirklichen, muss der LWL eine Reihe von Herausforderungen in unterschiedlichen Aufgabenfeldern bewältigen.

1. Im Rahmen der **Tagesbetreuung** haben Kinder mit Behinderungen generell Zugang zu allen Betreuungsformen. Inklusion ist hier anders als im Regelschulbetrieb weitgehend umgesetzt. Dennoch muss zum einen die praktische Arbeit entsprechend inklusiver Zielsetzungen weiterentwickelt werden, hier wird der LWL durch Veranstaltungen und Arbeitshilfen Unterstützung leisten. Zum anderen sind diagnostizierende Stellen wie Gesundheitsämter, Frühförderstellen und Ärzte noch zu häufig am System der gesonderten, vermeintlich fürs Kind besseren Fördersituation in heilpädagogischen Gruppen orientiert. Hier wird der LWL im interdisziplinären Austausch für eine Verwirklichung des Inklusionsgedankens eintreten.

2. Anders als der Bereich der Tagesbetreuung hat die **offene Kinder- und Jugendarbeit** junge Menschen mit Behinderungen systematisch bislang wenig im Blick. Selten gehört Inklusion zum ausgewiesenen Profil einer Einrichtung. Zwar nehmen im Alltag vielfach bei Ferienangeboten auch Kinder mit Behinderungen teil, auch bestehen teilweise Angebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen im Bereich Lernen, soziale oder emotionale Entwicklung. Zukünftig muss es aber gelingen, dass bereits bei der Konzep-

tionierung von Angeboten die Möglichkeit der Teilhabe von Kindern mit Behinderungen systematisch berücksichtigt wird.

3. Die **Jugendsozialarbeit** ist ein exklusives Angebot für diejenigen, die aus Regelsystemen herausgefallen sind oder herauszufallen drohen. Auch in einem inklusiven System wird es zukünftig junge Menschen geben, die an bestehenden Systemen scheitern und besonders unterstützt werden müssen, um ihnen persönliche und berufliche Perspektiven zu eröffnen. Unter inklusiven Gesichtspunkten muss sichergestellt sein, dass junge Menschen mit und ohne Behinderungen von dieser Unterstützung in gleicher Weise profitieren können.

4. Im **Freiwilligem Ökologischen Jahr (FÖJ)** stellte sich in den vergangenen Jahren bei einem Teil der Teilnehmenden nach Beginn des Bildungsjahres ein besonderer Betreuungsbedarf aufgrund vorhandener Beeinträchtigungen heraus. Diesen konnte die Einsatzstelle nicht immer auffangen, sodass es zuweilen zu einem Wechsel oder Ausstieg gekommen ist. Hier entwickelt der LWL Lösungen, um Wechsel oder vorzeitige Beendigungen künftig zu vermeiden.



In vielen Kitas wird Inklusion selbstverständlich gelebt.



5. Kinder und Jugendliche in **erzieherischen Hilfen** haben häufig in sehr vielfältiger Weise soziale Ausgrenzung erfahren. Die erzieherischen Hilfen sind dem Ziel verpflichtet, eine gesellschaftliche Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen umzusetzen. Hier muss eine stärkere Öffnung gegenüber Familien mit behinderten Kindern, die erzieherischen Bedarf haben, angestrebt werden. Der Blick von Fachkräften darf bei diesen Kindern nicht allein auf die Behinderung gerichtet werden.

6. Im Bereich der **Adoption** und der Pflegekindervermittlung besteht für Kinder mit Behinderungen ein erheblicher Bedarf an besonderen Pflegestellen und Adoptionsbewerbern. Demgegenüber steht der Wunsch vieler Bewerber nach einem möglichst gesunden Kleinstkind. Der LWL wird dazu beitragen, das Auseinanderfallen von Vorstellungen und Realität im Interesse der Kinder mit Beeinträchtigungen aufzufangen und auch diesen Kindern ein Aufwachsen in einer geeigneten Familie zu ermöglichen.

7. Der Zugang von Kindern mit Behinderungen zu wohnortnahen und familienähnlichen Unterbringungsformen ist noch nicht gleichrangig zu anderen Kindern gegeben, wenn Erziehung im Elternhaus nicht möglich ist. Kinder mit Behinderungen sind aber in erster Linie Kinder mit allen dazugehörigen Wünschen und Bedürfnissen, denen es gerecht zu werden gilt. Dies kann in einer **Pflegefamilie** geleistet werden, auch wenn die Behinderung eine besondere Herausforderung darstellt.

Hier muss der LWL sicherstellen, dass diese Familien die erforderliche Unterstützung erfahren.

8. Hinsichtlich des **Schutzes von Kindern in Einrichtungen** stellen die Systemunterschiede der Jugend- und Sozialhilfe eine besondere Herausforderung dar. Bei der Entscheidung über eine Unterbringung eines Kindes in einer Einrichtung darf der Blick nicht allein auf die Art der Behinderung gerichtet werden, auch die Berücksichtigung erzieherischer Bedarfe ist sicherzustellen. Hier muss der LWL in seinen Aufgabenfeldern Behinderten- und Jugendhilfe im Interesse der Kinder abgestimmte Lösungsansätze entwickeln.

9. In **Jugendhilfeeinrichtungen** existiert ein Prozess des Ausbaus und der Ausdifferenzierung von Spezialgruppen für einen Teil der stationär untergebrachten Kinder und Jugendlichen, insbesondere für Kinder mit seelischer Behinderung. Dies kann als Ausdruck einer größeren Professionalisierung der Hilfeangebote für diese Zielgruppe und damit mittelfristig als Verbesserung von Teilhabechancen positiv betrachtet werden. Im Hinblick auf den Gedanken von Inklusion muss aber kritisch überprüft werden, ob das Erfordernis solcher Spezialangebote im Vorfeld verhindert werden kann und ob das jeweilige Spezialangebot auf die Rückkehr zum Regelangebot ausgerichtet ist.

Ziele, Konzepte, Erfolge und Maßnahmen

Der LWL engagiert sich seit vielen Jahren in Sachen Inklusion. Mehr als 90 % der Kinder mit Behinderung werden inzwischen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen gefördert. Sie sind in den Kindertagesstätten weitestgehend sozial integriert. Weiterhin betreuen von ehemals 33 reinen heilpädagogischen Kitas (HPK) heute nur noch 18 ausschließlich Kinder mit Behinderungen und auch hier ist eine weitere Umwandlung geplant. Alle anderen HPKs betreuen sowohl Kinder mit als auch ohne Behinderung. Eine große Erleichterung stellt für Eltern und Kinder die Möglichkeit der therapeutischen Behandlung in der Kita dar. Das aufwändige Aufsuchen einer externen Praxis zur therapeu-

tischen Versorgung der Kinder ist nicht mehr erforderlich. Aber nicht nur bei der Inklusion in Kitas kann der LWL auf Erfolge zurückblicken. Beispielsweise ermöglicht der LWL auch zahlreichen Kindern mit Behinderungen ein Aufwachsen in einer Westfälischen Pflegefamilie. Anfang 2013 lag der Anteil der Kinder mit Behinderungen bei ca. 10 % von insgesamt 1.230 Kindern. Im Bereich der Jugendfreiwilligendienste hat der LWL seit Installierung der Dienste für eine große Vielfalt von Teilnehmenden gesorgt und dadurch stetig Austausch und Akzeptanz von Verschiedensein gefördert.

1. Tagesbetreuung von Kindern

Ziele

- Alle Kinder mit Behinderungen im Alter von 0 bis 6 Jahren sollen uneingeschränkten Zugang zu allen Betreuungsformen im Rahmen der Tagesbetreuung von Kindern haben.
 - Ein Wechsel eines Kindes mit Behinderung von einer Regeleinrichtung auf einen Platz in einer heilpädagogischen Einrichtung soll weitgehend ausgeschlossen werden.
 - Bis 2015 sollen die derzeit bestehenden 18 reinen heilpädagogischen Einrichtungen in Kindertagesstätten mit gemeinsamer Förderung umgewandelt sein.
-

Erfolge und Maßnahmen

- Zur Unterstützung der Fachkräfte in Kitas, die Kinder mit und ohne Behinderungen betreuen, entwickelt der LWL eine Arbeitshilfe mit dem Titel: „Die Kindertagesstätte – ein Lebens- und Bildungsraum für alle Kinder/ Die Förderrichtlinien des LWL. Text und Erläuterungen.“
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt
Zeitplanung: 2014
 - Pro Jahr unterstützt der LWL mindestens fünf reine heilpädagogische Einrichtungen in ihrer Weiterentwicklung zu Einrichtungen mit gemeinsamer Förderung von Kindern mit und ohne Behinderungen.
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt in Kooperation mit Einrichtungen
Zeitplanung: bis 2015
 - Vor dem Wechsel eines behinderten Kindes aus einer Regeleinrichtung in eine heilpädagogische Einrichtung verpflichtet der LWL die betreuende Einrichtung zu einer Fachberatung. Diese hat das Ziel, Förderpotenziale der Kita für das Kind vollständig auszuschöpfen.
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt in Kooperation mit Einrichtungen
Zeitplanung: laufend
-

- Der LWL hat einen Forschungsauftrag an die Universität Siegen vergeben, um Voraussetzungen einer gelingenden gemeinsamen Förderung in der Kindertagespflege zu untersuchen und entsprechende Empfehlungen zu entwickeln.

Zuständig/beteiligt: Universität Siegen im Auftrag des LWL-Landesjugendamts

Zeitplanung: bis Juni 2014

2. Offene Kinder- und Jugendarbeit

Ziele

- Zukünftig soll es inklusive Praxisprojekte in Einrichtungen und Angeboten der Jugendförderung geben, ausgerichtet an Konzepten der Lebenswelt- und Sozialraumorientierung, die allen Kindern mit und ohne Behinderungen offenstehen und Teilhabe ermöglichen.
- Die Fachkräfte und Ehrenamtlichen der offenen Kinder- und Jugendarbeit müssen über grundlegende Kenntnisse darüber verfügen, welche Barrieren die Teilhabe von jungen Menschen mit Behinderungen erschweren und wie diese überwunden werden können.

Erfolge und Maßnahmen

- Modellprojekt zur „Inklusion in der Jugendförderung“ an sechs Standorten, das auf der Grundlage von drei Entwicklungswerkstätten zur „Inklusion in der Jugendarbeit“ sowie einer Jahrestagung zum Thema „Psychische Auffälligkeiten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen – Anforderungen an Streetwork/Mobile Jugendarbeit“ entstanden ist.
- Landesweite Transfertagung präsentiert Ergebnisse, um eine Basis für eine breite Umsetzung im Handlungsfeld Jugendarbeit zu schaffen.

Zuständig/beteiligt: LVR und LWL

Zeitplanung: bis August 2015



Jugendarbeit muss junge Menschen mit Behinderungen systematisch mitberücksichtigen. →

3. Jugendsozialarbeit

Ziele

- Inklusiv arbeitende Fachkräfte und ehrenamtlich Tätige kennen zukünftig die Interessen der Familien mit behinderten Kindern und Jugendlichen im Sozialraum und halten Angebote vor, die dieser Zielgruppe die Möglichkeit der Teilhabe eröffnen.
 - Weiterhin muss erreicht werden, dass alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen einen gleichberechtigten Zugang zu den Angeboten der Jugendsozialarbeit haben.
-

Erfolge und Maßnahmen

- Workshop „Inklusion und Jugendsozialarbeit“ mit Trägervertretungen
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt mit freien Trägern
Zeitplanung: 2015
 - Entwicklung eines Beratungskonzepts
Konzeptionierung von Fortbildungen für Träger und Fachkräfte
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt
Zeitplanung: 2015
-

4. Freiwilliges Ökologisches Jahr

Ziele

- In den kommenden fünf Jahren wird die Anzahl vorzeitiger Beendigungen des FÖJ von Teilnehmenden mit besonderen Förderbedarfen von derzeit gut 10 % auf höchstens 5 % reduziert.
 - Teilnehmende mit besonderen Förderbedarfen entwickeln mithilfe von Beratung des LWL unter Beteiligung qualifizierter Fachstellen eine geeignete Anschlussperspektive.
 - Einsatzstellen und Seminarteams verfügen zukünftig über notwendiges Wissen im Umgang mit den besonderen Herausforderungen der Teilnehmenden mit Benachteiligungen, auch in Bezug auf die besondere Problematik im Umgang mit behinderten Frauen und ihren Problemen.
-

Erfolge und Maßnahmen

- Mindestens 10 % der Plätze werden pro Bildungsjahr für junge Menschen mit Behinderungen oder besonderen Förderbedarfen bereitgestellt.
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt
Zeitplanung: jährlich
 - Ein Netzwerk von Fachdiensten wird installiert, um für jeden Bewerber ein angemessenes Einsatzfeld anbieten zu können.
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt
Zeitplanung: ab 2015
 - Erarbeitung eines Konzepts zur Förderung benachteiligter junger Menschen in Jugendfreiwilligendiensten.
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt
Zeitplanung: bis 2015
 - Seminarteams und Einsatzstellen werden durch Fortbildungen in die Lage versetzt, zielgerichtet auf Bedarfe der Jugendlichen mit Benachteiligung zu reagieren.
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt
Zeitplanung: bis 2015
-

5. Hilfen zur Erziehung

Ziele

- In der Kinder- und Jugendhilfe arbeiten zukünftig Fach- und Leitungskräfte, die für den Gedanken der Inklusion sensibilisiert sind und über ausreichende Kenntnisse im Umgang mit unterschiedlichen Formen von Behinderung verfügen.
- Familien mit behinderten Kindern sollen über ausreichende Informationen zu den Angeboten der Jugendhilfe verfügen.

Erfolge und Maßnahmen

- Die Verwirklichung von Inklusion wird in den Arbeitskreisen für Leitungskräfte des Allgemeinen Sozialen Dienstes und der Jugendhilfeplanung beraten.

Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt
Zeitplanung: 2014

- Inklusion wird als Querschnittsthema in alle Arbeitshilfen für die Praxis einfließen, beispielsweise in die Empfehlung zum Hilfeplanverfahren.

Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt
Zeitplanung: laufend/2014

- Die Möglichkeiten für ein Modellprojekt zur Umsetzung von Inklusion im Bereich Hilfen zur Erziehung werden ausgelotet.

Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt

Zeitplanung: 2014

- Jährlich findet mindestens eine Fortbildung für Fachkräfte aus der Jugendhilfe statt, die über Grundlagen und Strukturen der Behindertenhilfe informiert.

Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt
Zeitplanung: jährlich

- Zeitnahe Herausgabe einer Broschüre über die Leistungen der Jugendämter in Leichter Sprache.

Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt,
BAG Landesjugendämter 2014
Zeitplanung: 2014

6. Adoption

Ziele

Adoptivkindern mit Behinderungen soll ein Aufwachsen in einer Adoptivfamilie ermöglicht werden, die in der Lage und bereit ist, den besonderen Bedürfnissen eines solchen Kindes gerecht zu werden.

Erfolge und Maßnahmen

- Um für behinderte Adoptivkinder ein geeignetes Zuhause zu finden, beteiligt sich die Zentrale Adoptionsstelle am überregionalen Vermittlungsausgleich.

- Zukünftig wird mit allen Adoptionsbewerbern auch die Möglichkeit der Adoption eines Kindes mit Behinderungen erörtert. Zudem werden sie hinsichtlich der Unterstützungsmöglichkeiten bei der Betreuung eines solchen Kindes beraten.

Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt

Zeitplanung: laufend

- Durchführung einer Veranstaltung für Adoptiv- und Pflegeeltern, die diese im Umgang mit der Behinderung ihres Kindes unterstützt.

Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt
Zeitplanung: bis 2015

7. Westfälische Pflegefamilien

Ziele

- Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sollen mit dem Anspruch größtmöglicher Normalität auch außerhalb der eigenen Familie in einem familienähnlichen Umfeld aufwachsen können (Westfälische Pflegefamilie).
- Mindestens 10 % der Plätze in Westfälischen Pflegefamilien werden dauerhaft von Kindern mit Behinderungen genutzt.

Erfolge und Maßnahmen

- Der LWL bietet Fortbildungen für Fachkräfte der Pflegekinderdienste an, um über die besonderen Bedarfe von Kindern mit Behinderungen zu informieren.
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt
Zeitplanung: drei- bis fünfmal jährlich
- Für die Eltern von Pflegekindern mit Behinderungen bietet der LWL Fortbildungen an, um sie im alltäglichen Umgang mit diesen Kindern zu unterstützen.
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt
Zeitplanung: viermal in 2014
- Das LWL-Landesjugendamt muss dafür Sorge tragen, dass die Pflegefamilien qualifiziert sind für die besondere Aufgabe, Pflegekinder mit Behinderungen aufzunehmen und angemessen zu versorgen. Dazu soll ein Konzept erarbeitet werden.
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt
Zeitplanung: 2015
- Der LWL ist Ansprechpartner für Träger und Jugendämter bei Fragen zu den besonderen Bedürfnissen von Pflegekindern mit Behinderungen.
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt
Zeitplanung: laufend
- Ein Marketingkonzept wird erarbeitet, um die Arbeit der Westfälischen Pflegefamilien bekannter zu machen.
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt
Zeitplanung: 2014



← Kinder leben einen ganz selbstverständlichen Umgang mit Stärken und Beeinträchtigungen anderer.

8. Schutz von Kindern in Einrichtungen

Ziele

- Einrichtungen der Eingliederungshilfe sollen über Konzepte verfügen, die Möglichkeiten zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und ein angemessenes Beschwerdemanagement ausweisen.
 - Standards für die fachlich-inhaltlichen und räumlichen Rahmenbedingungen in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sind weiterzuentwickeln, um auch zukünftig die angemessene Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen durch Fachkräfte sicherzustellen.
-

Erfolge und Maßnahmen

- Behindertenhilfe und Landesjugendamt entwickeln gemeinsam Ansätze zur Steuerung der Hilfen (insbesondere zur Aufnahme und zur weiteren Perspektivklärung bei Erreichen der Volljährigkeit) für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, um Fehlplatzierungen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen weiter zu minimieren.

Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt und LWL-Behindertenhilfe

Zeitplanung: laufend

- Beratende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eignen sich durch die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen tiefere Kenntnisse zu Behinderungsformen und deren Auswirkungen an, um Missstände in Einrichtungen beurteilen und Hilfestellung anbieten zu können.

Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt

Zeitplanung: laufend

- Jede Maßnahme mit Freiheitsbeschränkung oder Freiheitsentzug in der Betreuung junger Menschen mit Behinderungen wird sehr kritisch auf Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit überprüft.

Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt

Zeitplanung: laufend

- Einrichtungen der Jugendhilfe werden bei der Planung von Baumaßnahmen im Hinblick auf Barrierefreiheit beraten.

Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt

Zeitplanung: laufend

9. LWL-Einrichtungen der Jugendhilfe

LWL-Jugendheim Tecklenburg / LWL-Heilpädagogisches Kinderheim Hamm / LWL-Jugendhilfezentrum Marl / LWL-Berufskolleg – Fachschulen Hamm / LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho

Ziele

- Jugendhilfeeinrichtungen sind langfristig in der Lage, Angebote für alle Kinder, Jugendlichen und ihre Familien zu machen.

- Familien mit behinderten Kindern können zukünftig alle Unterstützungsangebote der Jugendhilfe wahrnehmen. Sie haben Zugang zu Unterbringungsformen wie dezentralen Wohngruppen der Jugendhilfe bis hin zu sozialräumlich und dezentral ausgerichteten Wohnfor-

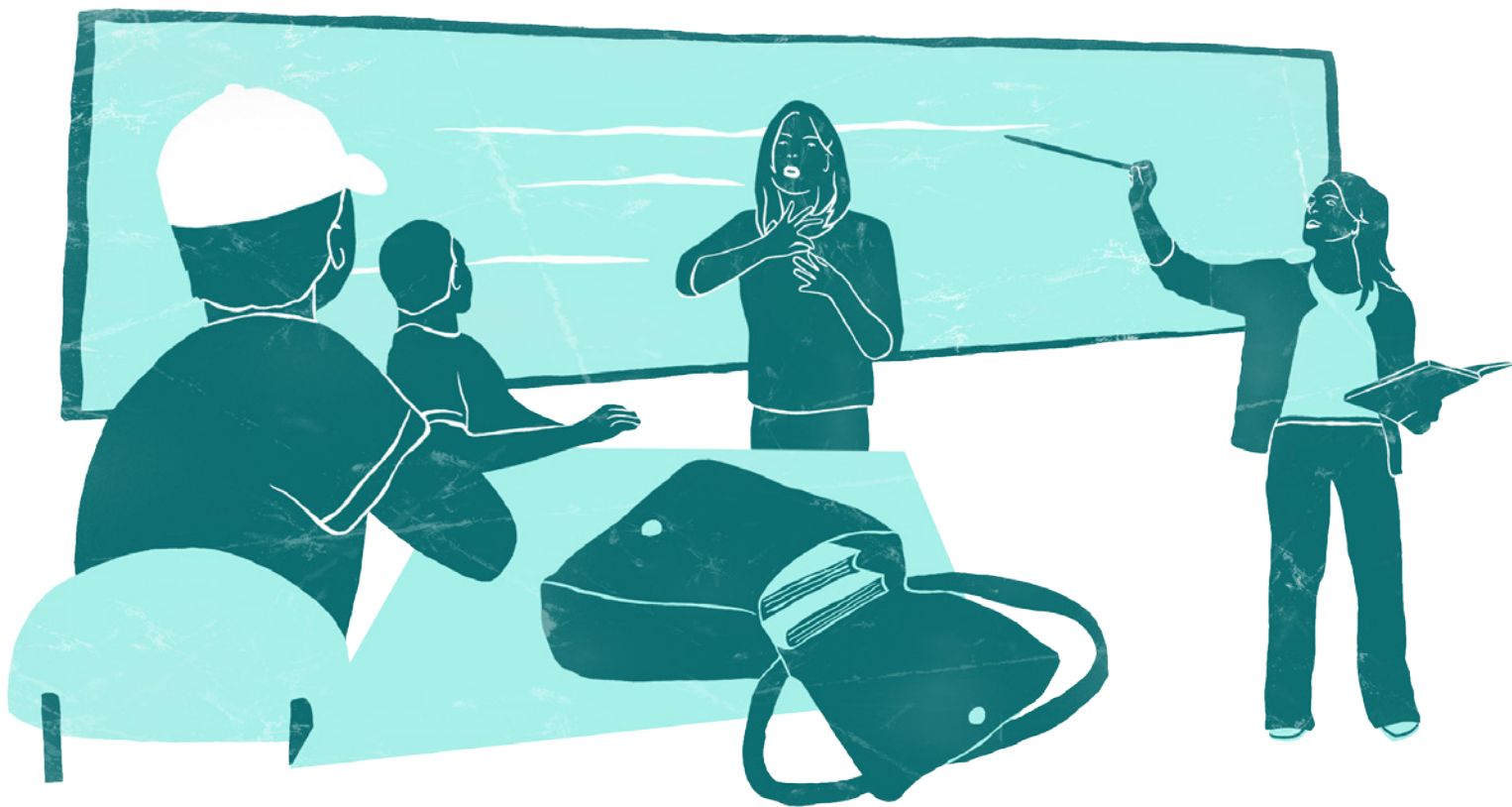
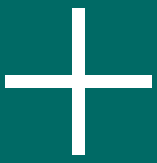
men in der Behindertenhilfe, wenn eine Betreuung im Elternhaus nicht möglich ist.

- In Mutter-Kind-Einrichtungen sollen Mütter bzw. Eltern mit psychischen und/oder geistigen Behinderungen professionell mit dem Ziel betreut werden, für diese Familien eine gemeinsame Zukunftsperspektive zu eröffnen.
-

- Das Thema „Inklusion“ ist Bestandteil der Ausbildung aller Studierenden des LWL-Berufskollegs – Fachschulen Hamm.
- „Inklusion“ gehört als Thema zum Angebotsspektrum des LWL-Bildungszentrums Jugendhof Vlotho.

Erfolge und Maßnahmen

- Für Eltern mit Behinderungen sollen spezifische Unterstützungsangebote konzeptionell erarbeitet werden.
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt und LWL-Jugendhilfeeinrichtungen
Zeitplanung: 2015
- Der Schulungsbedarf der Beschäftigten in den LWL-Jugendhilfeeinrichtungen zum Umgang mit Behinderungen wird erhoben und an den unterschiedlichen Bedarfen von Frauen und Männern ausgerichtet.
Zuständig/beteiligt: LWL-Jugendhilfeeinrichtungen
Zeitplanung: 2014
- Im Anschluss erfolgen konkrete Schulungsmaßnahmen.
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt und LWL-Jugendhilfeeinrichtungen
Zeitplanung: ab 2015
- Die Rahmenbedingungen und die Konzeption der stationären Wohngruppen auch in Mutter-Kind-Einrichtungen werden mittelfristig so gestaltet, dass eine inklusive Betreuung behinderter Kinder und Jugendlicher möglich ist.
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt und LWL-Jugendhilfeeinrichtungen
Zeitplanung: laufend
- Um eine inklusive Betreuung behinderter Kinder in Wohngruppen der Jugendhilfe zu ermöglichen, werden Leistungsvereinbarungen mit dem überörtlichen Sozialhilfeträger angestrebt. Hierzu werden eine Konzeption erarbeitet und Gespräche zwischen Vertretungen des Jugendhilfe- und Sozialhilfeträgers geführt.
Zuständig/beteiligt: LWL-Landesjugendamt, LWL-Jugendhilfeeinrichtungen und LWL-Behindertenhilfe
Zeitplanung: 2014
- Die Studierenden beim LWL-Berufskolleg – Fachschulen Hamm lernen die Inklusionsthematik über die Lernplattform „Fronter“ auf zwei Themenseiten kennen.
Zuständig/beteiligt: LWL-Berufskolleg
Zeitplanung: laufend
- Das Berufskolleg als Einrichtung der Fort- und Weiterbildung arbeitet die Inhalte der UN-Konvention in alle Bildungsgänge ein, sodass diese Teil der Ausbildung aller Studierenden sind.
Zuständig/beteiligt: LWL-Berufskolleg
Zeitplanung: laufend
- Das Berufskolleg bietet den Zertifizierungskurs „Konzept der gemeinsamen Erziehung“ an. Mit diesem Angebot unterstützt es die Qualifizierung von Beschäftigten für die inklusive Arbeit in Tageseinrichtungen.
Zuständig/beteiligt: LWL-Berufskolleg
Zeitplanung: laufend
- Das LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho behandelt das Thema Inklusion in Seminaren für den Kita-Bereich und für die Schulsozialarbeit.
Zuständig/beteiligt: LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
Zeitplanung: laufend
- Konkret gelebt wird Inklusion in der Ferienmusikwerkstatt, an der Menschen jeden Alters, aus unterschiedlichen Kulturen, sowohl mit und ohne Behinderungen teilnehmen.
Zuständig/beteiligt: LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho
Zeitplanung: laufend



„Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen [...]. Bei der Verwirklichung dieses Rechts stellen die Vertragsstaaten sicher, dass Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Schulsystem ausgeschlossen werden [...]; Menschen mit Behinderungen haben gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem inklusiven, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen.“

Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention

Handlungsfeld

Schule

Herausforderungen

In Deutschland hat sich mit der Schulpflicht für alle Kinder mit Behinderungen ein sehr ausdifferenziertes System von Förderschulen entwickelt, die der größte Teil der Kinder auch besucht. Die Schulen waren von Anfang an nicht als Orte der Aussonderung gedacht. Im Gegenteil: Sie bieten Kindern mit Behinderungen den adäquaten Zugang zu Bildung, indem die pädagogische Förderung auf sie ausgerichtet wird. Auch die speziellen Ausstattungen, Räume und Lehrmaterialien sichern die künftige Teilhabe der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben.

Von den nordrhein-westfälischen Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchen aktuell rund 13 % die Förderschulen der Landschaftsverbände. 6.600 Kinder werden in den LWL-Schulen unterrichtet.

Die UN-Behindertenrechtskonvention formuliert nun das Recht auf Bildung für Menschen mit Behinderungen und den gleichberechtigten, diskriminierungsfreien Zugang zur allgemeinen Schule, wohnortnah im sozialen Umfeld. Sie fordert nicht die vollständige Auflösung von Förderschulen, sondern geht von einer Quote des „Gemeinsamen Lernens“ von 80 bis 90 % aus. Auch deswegen – so zeigt es die Erfahrung des LWL –, weil in bestimmten Fällen für besonders beeinträchtigte Kinder und Jugendliche weiterhin Förderschulen erforderlich sind und von Eltern gewünscht werden.

Laut UN-Konvention sollen besondere Förderbedingungen im Regelsystem gewährleistet werden, um damit das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen in einer Schule sicherzustellen. Das stellt den LWL vor große Aufgaben: Der Verband will das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen ermöglichen und unterstützen, die speziellen Kenntnisse im Bereich der Förderung von Kindern mit Körper- und Sinnesbehinderungen einbringen, die Qualität der sonderpädagogischen Förderung sichern und dem Elternwahlrecht mit flächendeckender sonderpädagogischer Förderung und Beratung gerecht werden. Als gutes Beispiel für Inklusion in einer LWL-Schule kann hier die Irisschule, LWL-Förderschule mit dem Schwerpunkt Sehen in Münster, genannt werden: Über 2/3 der Schülerinnen und Schüler besuchen bereits Regelschulen und werden dort von dem Lehrpersonal der Irisschule gefördert.

Ziele, Konzepte, Erfolge und Maßnahmen

1. Flächendeckendes Netzwerk

Der LWL hält – abhängig von den zukünftigen rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen – weiterhin ein flächendeckendes Netz von Schulen für Kinder mit Körper- und Sinnesbehinderungen vor, auch um dem Wahlrecht von Eltern in allen Regionen zu entsprechen.

Erfolge und Maßnahmen

- Gemeinsame Veranstaltung mit Elternpflegschaftsvertretungen der LWL-Schülerinnen und -Schüler und Mitgliedern des LWL-Schulausschusses. Die Eltern werden in die Planung und Umsetzung der inklusiven Schulentwicklung des LWL eng mit einbezogen. Damit wird den Eltern auch die Sorge genommen, dass ihre Kinder im allgemeinen System nicht entsprechend ihren komplexen Bedarfen gefördert und berücksichtigt werden.

Zuständig/beteiligt: LWL-Schulen

Zeitplanung: Dezember 2012; jährlich Dialogveranstaltungen mit Akteuren der Umsetzung einer inklusiven Schulentwicklung wie z. B. Elternvertretungen

- Der enge Dialog mit Eltern sichert die Qualität der sonderpädagogischen Förderung in einer inklusiven Schule. Ebenso kommen Schülerinnen und Schüler zu Wort. Ein erster Workshop mit Politik, Elternpfleg-

schaftsvertretungen, Schulleitungen, Fachkräften aus Therapie und Pflege sowie der Verwaltung hat stattgefunden.

Zuständig/beteiligt: LWL-Schulen

Zeitplanung: Erster Workshop im Jahr 2013; jährlich Dialogveranstaltungen mit Akteuren der Umsetzung einer inklusiven Schulentwicklung wie z. B. Elternvertretungen, Politik

- In der Schule für Kranke an der LWL-Klinik Marl-Sinsen gibt es zwei Klassen für jeweils fünf Kinder mit geistigen Behinderungen, die Kinder aus dem Wohnverbund Marl-Sinsen sowie aus dem Krankenhausbereich besuchen.

Zuständig/beteiligt: LWL-Klinik Marl-Sinsen

Zeitplanung: laufend



← Tolga in der Physiotherapie in der LWL-Förderschule Reken

2. Weiterentwicklung von Schulen

Der LWL entwickelt seine Schulen weiter: zu Beratungszentren (Zentren sonderpädagogischer Expertise), als Anlaufstelle und Beratungsort insbesondere für Eltern, Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Städte und Kreise.

Erfolge und Maßnahmen

- Ein LWL-Beratungshaus wurde modellhaft in Münster eingerichtet, um die Qualität der sonderpädagogischen Förderung in inklusiven Schulen zu sichern. Die Konzeptionierung wurde mit der Schulaufsicht der Bezirksregierung Münster abgestimmt.
Zuständig/beteiligt: LWL-Schulen
Zeitplanung: im Mai 2012 eröffnet
- Nach der erfolgreichen Pilotphase des LWL-Beratungshauses in Münster wird angestrebt, gemeinsam mit den Bezirksregierungen das Modell LWL-Beratungshaus auch in andere Regionen in Westfalen-Lippe zu übertragen.
Zuständig/beteiligt: LWL-Schulen mit Bezirksregierungen
Zeitplanung: 2014

3. Inklusionsprozesse

Der LWL nimmt an regionalen Inklusionsprozessen teil, damit Schülerinnen und Schüler von LWL-Förderschulen mit berücksichtigt werden. Förderschulen könnten in Zukunft auch für Kinder ohne Behinderungen geöffnet werden. So könnten sie sich zu Schwerpunktschulen entwickeln und passende Räume und erfahrenes Personal bieten.

Erfolge und Maßnahmen

- „Interaktive Westfalenkarte Inklusion“ mit Informationen und Daten zu den Orten, aus denen die Schülerinnen und Schüler der LWL-Förderschulen kommen. Die Karte erleichtert Schulträgern die regionale inklusive Schulentwicklung.
Zuständig/beteiligt: LWL-Schulen
Zeitplanung: seit Dezember 2012; jährliche Aktualisierung der Daten
- Eine intensive Kooperation mit den Schulträgern Stadt Münster und Stadt Dortmund stellt sicher, dass Schülerinnen und Schüler insbesondere mit den sonderpädagogischen Förderbedarfen Körperliche und motorische Entwicklung, Hören und Kommunikation, Sehen und Sprache (Sek. I) in den örtlichen Schulentwicklungsplanungen berücksichtigt werden. Dazu tauschen sich die Partner über die nötige Ausstattung und bauliche Notwendigkeiten für Kinder mit Sinnes- bzw. Körperbehinderungen aus. Zudem stimmen sie sich zu den konkreten Aufnahmebedingungen für die Kinder im Regelschulbereich und möglicher Unterstützung durch den LWL ab.
- Die Zusammenarbeit wird auf weitere Kreise und Städte aus Westfalen-Lippe ausgeweitet. Mit interessierten örtlichen Schulträgern werden Dialogkonferenzen initiiert sowie Maßnahmen und Kooperationen vereinbart, um eine wohnortnahe Teilhabe zu gewährleisten.
Zuständig/beteiligt: LWL-Schulen in Kooperation mit den Städten Münster und Dortmund
Zeitplanung: laufend
- Bisher konnte der Geräte- und Finanzpool des LWL die Beschulung von rund 100 Kindern mit Behinderungen in einer allgemeinen Schule unterstützen. Dafür stellte der LWL rund 500.000 Euro zur Verfügung.
Zuständig/beteiligt: LWL-Schulen mit allgemeinen Schulen und Schulträgern
Zeitplanung: seit 1997

- Fortführung des LWL-Geräte- und Finanzpools

Zuständig/beteiligt: LWL-Schulen mit allgemeinen Schulen und Schulträgern

Zeitplanung: laufend

- In Minden wurde in einer Grundschule eine Schwerpunktklasse mit dem Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation eingerichtet. Der LWL trägt die Kosten einer Hörsprechanlage für sechs Schülerinnen und Schüler. Bis zur Klasse 4 können in jedem Schuljahr weitere Kinder mit Hörschädigungen aufgenommen werden. Später soll es dieses Angebot auch in der Sekundarstufe geben. Die Planungen und der Prozess der Fortführung des Übergangsmanagements in den Sek. I-Bereich werden mit den beteiligten Kooperationspartnern abgestimmt.

Zuständig/beteiligt: LWL-Schulen mit allgemeinen Grundschulen und Schulträgern

Zeitplanung: ab Schuljahr 2014/15

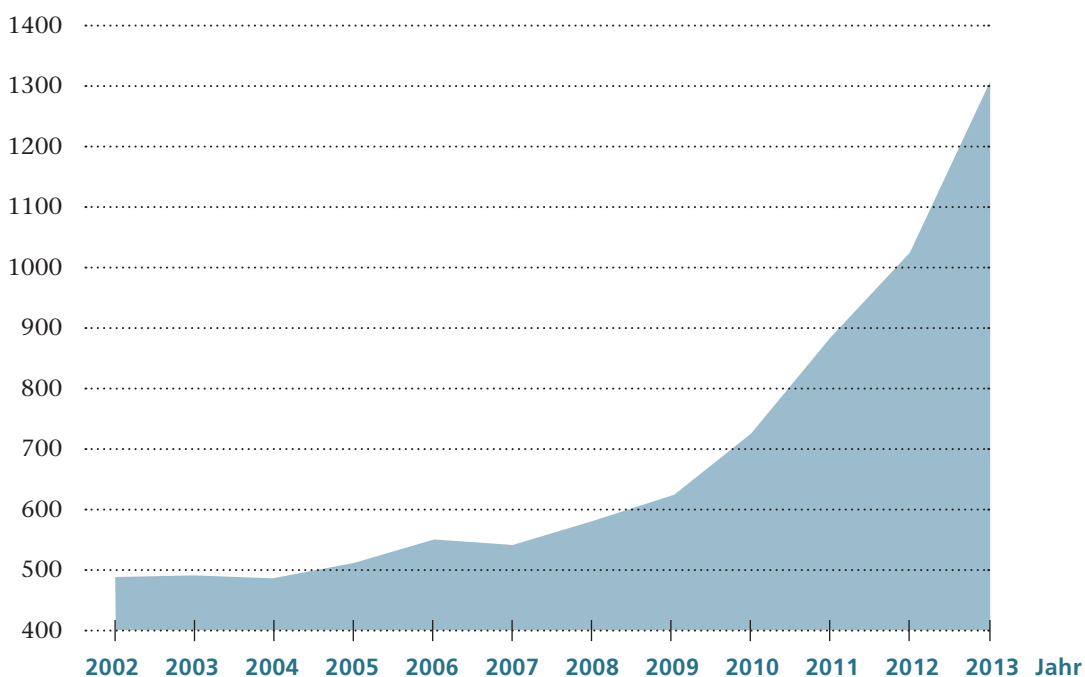
- Nach Bedarf Einrichtung weiterer Schwerpunktklassen in Westfalen-Lippe. Das Modell Minden wird als Option auch für weitere LWL-Schulen bekannt gemacht. An neuen Standorten wird eine Realisierung mit weiteren Unterstützern angestrebt.

Zuständig/beteiligt: LWL-Schulen mit allgemeinen Grundschulen und Schulträgern

Zeitplanung: laufend

Anzahl der durch LWL-Schulen an allgemeinen Schulen betreuten Schülerinnen und Schüler (Stichtag 15.10. des jeweiligen Jahres)

Anzahl der Schülerinnen und Schüler



Quelle: LWL-Schulen

4. Ergebnisse Kompetenzzentren

Die Ergebnisse der erfolgreichen Arbeit der Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung werden in andere Regionen in Westfalen-Lippe übertragen.

Erfolge und Maßnahmen

- Einrichtung von zwei LWL-Kompetenzzentren sonderpädagogische Förderung (KsF) in Bielefeld und Münster. Das Zentrum an der Albatrosschule, LWL-Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung in Bielefeld, hat bisher 35 Schülerinnen und Schüler mit Körperbehinderung an Regelschulen unterstützt und dazu einen Leitfaden entwickelt. Das Zentrum an der Irisschule, LWL-Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Sehen in Münster, konnte innerhalb von drei Jahren die Zahl der eigenen Schülerinnen und Schüler von 70 auf 24 reduzieren. Gleichzeitig unter-

stützt die Schule 100 statt zuvor 36 Kinder an allgemeinen Schulen.

Zuständig/beteiligt: LWL-Schulen

Zeitplanung: seit 2008 (Bielefeld), seit 2010 (Münster)

- Der LWL will die Ergebnisse der erfolgreich arbeitenden LWL-Kompetenzzentren in andere Regionen übertragen.

Zuständig/beteiligt: LWL-Schulen

Zeitplanung: laufend



↑ Kubranur Binek ist 13 Jahre alt und blind. Gut ausgestattet mit Hilfsmitteln und unterstützt durch Lehrkräfte, lernt sie im Gymnasium in Gelsenkirchen.



„Die Vertragsstaaten anerkennen das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Arbeit; dies beinhaltet das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird.“ Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention

Handlungsfeld

Arbeit

Herausforderungen

Mehr als 800.000 Menschen und damit knapp 10 % der Bevölkerung in Westfalen-Lippe haben eine Schwerbehinderung im Sinne des SGB IX. Rund 90.000 von ihnen arbeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, rund 22.000 sind arbeitslos. Über 40.000 Menschen arbeiten in Werkstätten für behinderte Menschen – mit stark steigender Tendenz.

Diese Situation ist nicht zufriedenstellend, zumal die Probleme für Menschen mit Behinderungen weiter zunehmen. Immer mehr Arbeitsplätze, die sie früher besetzen konnten, fallen weg. Neue Arbeitsplätze zu finden, wird schwieriger. Mehr als die Hälfte aller Arbeitnehmerinnen und -nehmer mit Behinderungen ist zwischen 50 und 65 Jahre alt. Zudem ist die Regelaltersgrenze für die Rente auf 67 Jahre gestiegen. Die Beschäftigungsfähigkeit muss trotz Schwerbehinderung und höherem Lebensalter möglichst lange erhalten bleiben, um eine vorzeitige Verrentung zu verhindern und eine gesundheitlich möglichst verträgliche Teilhabe am Arbeitsleben zu gewährleisten.

Es wird also nicht einfacher, sondern schwieriger, die Vorgabe der UN-Konvention zu erfüllen. Es müssen daher Konzepte und Maßnahmen entwickelt werden, die nicht nur Menschen unterstützen, die einen Arbeitsplatz auf dem Arbeitsmarkt haben. Ebenso wichtig sind die Menschen, die einen solchen Platz suchen. Bei sämtlichen Konzepten muss immer klar sein, dass Menschen mit Behinderungen häufig Fähigkeiten haben, die andere nicht sofort wahrnehmen. Die Lösungen müssen daher ihre Stärken unterstützen und personenzentriert entwickelt werden.

Ziele, Konzepte, Erfolge und Maßnahmen

Der LWL setzt sich dafür ein, dass jeder Mensch – unabhängig von der Schwere der Behinderung – individuell so weit wie möglich am Arbeitsleben teilhaben kann. Der Mensch mit seinen persönlichen Zielen und seinen vorhandenen und ausbaubaren Fähigkeiten steht daher im Mittelpunkt der Arbeit. Der LWL fasst sein Konzept und die dahinter stehenden vielgestaltigen Leistungen und Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen

auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt als LWL-Budget für Arbeit zusammen (siehe Ziffer 8, Seite 35).

Das LWL-Integrationsamt Westfalen arbeitet eng mit Arbeitgebern und Integrationsprojekten, gewählten Schwerbehindertenvertretungen in den Betrieben und Dienststellen, Betriebs- und Personalräten, örtlichen Fachstellen bei den Kreisen, kreisfreien Städten und

großen kreisangehörigen Städten und selbstverständlich mit den Menschen mit Behinderungen zusammen. Ein wichtiger Kooperationspartner – und zugleich ein Angebot des LWL zur Inklusion auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt – sind die Integrationsfachdienste (IFD). Sie unterstützen, im Auftrag des LWL-Integrationsamts Westfalen oder der Rehabilitationsträger, Menschen mit Behinderungen im Arbeitsleben.

Sie vermitteln die Menschen mit Behinderungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt, bereiten sie auf ihren

neuen Arbeitsplatz vor, begleiten sie am Arbeitsplatz und beraten sie und ihre Arbeitgeber in allen Fragen. Bei allen Fördermaßnahmen trägt der LWL dafür Sorge, dass Männer und Frauen gleichberechtigt von den Fördermaßnahmen profitieren.

Der LWL verfolgt mit seinen Kooperationspartnern konsequent den personenzentrierten Ansatz, der den Menschen mit seinen Fähigkeiten in den Mittelpunkt stellt. Dazu hat sich der LWL folgende Ziele gesetzt:

1. Flächendeckendes Angebot an Information, Beratung und Unterstützung

Erfolge und Maßnahmen

- Finanzielle Hilfen und Beratungsangebote für Arbeitgeber und Menschen mit Schwerbehinderung, die im Rahmen der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben nach § 102 SGB IX gewährt werden (www.lwl-integrationsamt.de).

Die Fachdienste des LWL-Integrationsamts Westfalen beraten die Arbeitgeber und ihre Beschäftigten mit schweren Behinderungen:

- Ingenieurfachdienst für behinderungsgerechte Arbeitsplatzgestaltung
- Fachdienst für psychosoziale und arbeitspädagogische Begleitung
- Fachdienst für sehbehinderte und blinde Menschen
- Fachdienst für hörbehinderte Menschen
- Präventionsfachdienst Sucht und Psyche (in Kooperation mit der Bernhard-Salzman-Klinik des LWL in Gütersloh)

Zuständig / beteiligt: LWL-Integrationsamt mit örtlichen Fachstellen und Integrationsfachdiensten

Zeitplanung: laufend

- Die Integrationsfachdienste (IFD) in Westfalen-Lippe beraten im Auftrag des LWL vor Ort die Menschen mit Behinderungen sowie die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber (www.ifd-westfalen.de).

Das LWL-Integrationsamt trägt die Strukturverantwortung für die Integrationsfachdienste. Es beauftragt, steuert und finanziert die Integrationsfachdienste mit über 10 Mio. Euro jährlich.

Eine Ausrichtung der Beratung auf die besonderen Bedarfe von Frauen und Männern mit Behinderungen ist bezüglich weiblicher Klienten der IFD gesetzlich in § 112 Abs. 2 Satz 2 SGB IX ausdrücklich angeordnet.

Zuständig / beteiligt: LWL-Integrationsamt und Integrationsfachdienste

Zeitplanung: laufend

Die örtlichen Fachstellen für behinderte Menschen im Beruf bei den Kreisen, großen kreisangehörigen Städten und kreisfreien Städten (Fachstellen) stehen ebenso als Ansprechpartner bereit wie die Beratungskräfte für die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen bei den Kammern in Westfalen-Lippe (HWK, IHK und demnächst voraussichtlich LWK).

Das LWL-Integrationsamt finanziert die Beraterinnen und Berater für schwerbehinderte Menschen bei westfälisch-lippischen Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern.

Für arbeitsuchende und erwerbstätige blinde und sehbehinderte Menschen arbeitet das LWL-Integrationsamt mit dem LWL-Berufsbildungswerk Soest – Förderzentrum für blinde und sehbehinderte Menschen (BBW Soest) zusammen, das blinde und sehbehinderte Menschen im Erwerbsleben berät und einen Hilfsmittelpool bietet. Aus der Ausgleichsabgabe finanziert der LWL Personal- und Sachaufwendungen für das BBW Soest in Höhe von 300.000 Euro jährlich.

Zuständig / beteiligt: LWL-Integrationsamt in Kooperation mit den HWK, IHK und dem BBW Soest

Zeitplanung: laufend

- Der LWL hat das Job-Coaching für Menschen mit Behinderungen maßgeblich entwickelt und wird es auch weiterentwickeln. Das betriebliche Arbeitstraining qualifiziert die Beschäftigten direkt am Arbeitsplatz und fördert die berufliche Eingliederung.

Zuständig / beteiligt: LWL-Integrationsamt mit Arbeitscoaches

Zeitplanung: laufend

- Menschen mit Behinderungen, die gerade die Schule abgeschlossen haben, aus einer Werkstatt für behinderte Menschen wechseln wollen oder nach psychiatrischer Behandlung beruflich wiedereinsteigen wollen, finden nur schwer einen Arbeitsplatz, der ihren Fähigkeiten entspricht.

Ein neues Beratungsangebot für Arbeitgeber – das Job Carving – hilft dieser Zielgruppe. Eine externe, arbeitsanalytisch versierte Fachkraft sucht in Betrieben nach verstreuten, zumeist einfachen Einzeltätigkeiten. Diese werden zu einem für einen Menschen mit Behinderungen geeigneten Stellenprofil zusammengefasst. Das Modellprojekt Job Carving wird extern evaluiert. Ein entsprechender Vertrag wurde bereits abgeschlossen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Integrationsamt mit externen Fachkräften

Zeitplanung: Modellprojektlaufzeit von insgesamt 24 Monaten

- Informationsangebote und Seminare für Arbeitgeber und betriebliche Interessenvertreterinnen und -vertreter ergänzen das Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebot des LWL-Integrationsamtes.

Zuständig / beteiligt: LWL-Integrationsamt

Zeitplanung: laufend

2. Mehr Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse vermitteln

Je eher sich ein junger Mensch mit sonderpädagogischem Förderbedarf über seine eigenen Fähigkeiten klar wird, desto besser wird der Weg in einen passenden Beruf gelingen. Der LWL hat gute Erfahrungen mit individuellen Berufswegekonzerten gemacht. Die jeweilige Schule setzt sich mit dem Integrationsamt, dem Integrationsfachdienst, der Berufsberatung der Agentur für Arbeit und den Eltern zusammen. Gemeinsam wer-

den die berufliche Bildung, Vorbereitung, Erprobung und Platzierung geplant, umgesetzt und ausgewertet. Die Beratungs- und Hilfeangebote, die den Übergang von der Schule in das Berufsleben unterstützen, sind allen jungen Menschen mit Behinderungen zugänglich. Dies gilt für Schülerinnen und Schüler aus den Förderschulen sowie dem gemeinsamen Unterricht.

Erfolge und Maßnahmen

- Ergebnisse des Vorgängerprojekts „Talentprobe“ fließen ein in das Projekt „Schule trifft Arbeitswelt“ (STAR) für alle Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Zuständig / beteiligt: Integrationsämter von LWL und LVR mit Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW und Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit

Zeitplanung: 2002 – 2005

- „STAR“ ist seit 2011 Bestandteil des neuen Förderprogramms des Bundes und der Länder mit dem Titel „Initiative Inklusion“, das die Integrationsämter der Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen in den Handlungsfeldern Berufsorientierung und Neue Ausbildungsplätze maßgeblich umsetzen.

Das LWL-Integrationsamt Westfalen will das Potenzial der jüngeren Menschen mit wesentlichen Behinderungen nutzen, die in Werkstätten für behinderte Menschen arbeiten. Gemeinsam mit den von ihm beauf-

tragten Integrationsfachdiensten verbessert es die Berufsorientierung und den Übergang von den Förderschulen in den Beruf.

Mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesprogramm werden seit dem Schuljahr 2012/2013 ca. 1.500 Schülerinnen und Schüler in Westfalen-Lippe nach dem konzeptionellen Ansatz STAR/STARTKLAR!plus pro Jahr begleitet.

Zuständig / beteiligt: Integrationsämter von LWL und LVR mit Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW, Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW und Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit

Zeitplanung: Dezember 2009 – Juni 2017

3. Mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt schaffen

Der LWL hat in der Vergangenheit verschiedene Förderprogramme und -maßnahmen erfolgreich umgesetzt, um mehr Menschen mit Behinderungen eine Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln. Auch in Zukunft wird der LWL Arbeitgeber und Menschen mit Schwerbehinderung unterstützen. Auch das Potenzial

der jüngeren Menschen mit wesentlichen Behinderungen, die in Werkstätten für behinderte Menschen arbeiten, will der LWL nutzen. Gemeinsam mit den von ihm beauftragten Integrationsfachdiensten verbessert er die Berufsorientierung und den Übergang von den Förderschulen in den Beruf.

Erfolge und Maßnahmen

- Das neue Projekt „aktion5“ startete am 01.01.2013 und fördert den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt von besonders betroffenen schwerbehinderten Menschen unter ausdrücklicher Beachtung schwerbehinderter arbeitsloser Frauen. Die Förderung des Übergangs aus (Förder-)Schulen, Werkstätten für behinderte Menschen und psychiatrischen Einrichtungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt findet in dem Programm besondere Berücksichtigung.

- Für Betroffene nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und dessen Nebengesetzen – insbesondere Soldatenversorgungsgesetz und Opferentschädigungsgesetz – erbringt die LWL-Hauptfürsorgestelle Leistungen, die eine erstmalige Eingliederung oder Wiedereingliederung in Arbeit und Beruf sicherstellen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Hauptfürsorgestelle (bis zum Zuständigkeitswechsel)

Zeitplanung: laufend, entsprechend der Zuständigkeit

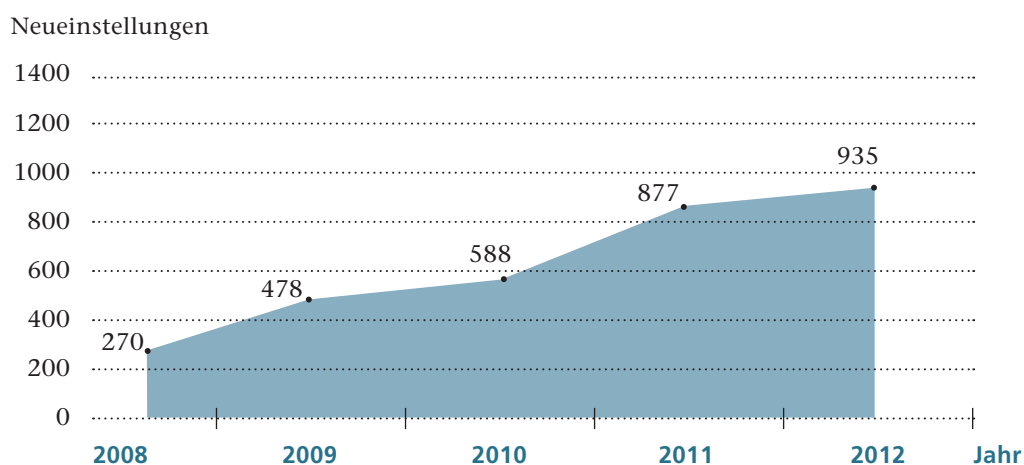
Im Jahr 2012 förderte das Integrationsamt allein mit dem Sonderprogramm „aktion5“ 785 Neueinstellungen, die 2012 in Arbeit oder Ausbildung gingen. Das Niveau will der LWL mittel- bis langfristig weiterhin erreichen.

Scheitert eine Eingliederung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nach dem Wechsel aus dem Arbeitsbereich einer WfbM, gibt es ein Rückkehrrecht. Der LWL betont dieses, denn es verringert Ängste bei den Betroffenen und ihren Angehörigen und fördert die Bereitschaft, Risiken beim Austritt aus dem geschützten Arbeitsmarkt in Kauf zu nehmen.

Zuständig / beteiligt: Integrationsämter von LWL und LVR

Zeitplanung: seit Januar 2013

Anzahl der Neueinstellungen von schwerbehinderten Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt mit „aktion5“ pro Jahr



Quelle: LWL-Integrationsamt Westfalen

4. Mehr Arbeitsplätze in Integrationsprojekten

Integrationsunternehmen und -abteilungen sind auf dem freien Markt tätig. Mindestens 25 bis in der Regel 50 % der Beschäftigten, die in den Integrationsprojekten auch qualifiziert oder ausgebildet werden, haben eine beruflich besonders beeinträchtigende Schwerbehinderung. Sie werden nach tariflichen oder ortsüblichen Konditionen entlohnt.

Die Landschaftsverbände fördern die Integrationsprojekte seit vielen Jahren investiv und durch laufende Nachteilsausgleiche. Kofinanziert durch das 2008 begonnene Landesprogramm „Integration unternehmen!“ baut der LWL die Integrationsprojekte weiter aus, in denen in Westfalen-Lippe bis zu 150 neue Arbeitsplätze jährlich entstehen.

Erfolge und Maßnahmen

- Der LWL hat im Jahr 2012 125 Integrationsprojekte mit 2.925 Arbeitsplätzen (davon 1.321 Menschen mit Schwerbehinderungen) mit rund 1,8 Mio. Euro investiven Zuschüssen und rund 6,7 Mio. Euro laufenden Zuschüssen (Nachteilsausgleiche) gefördert. Im Jahr 2013 wurden 184 neue Arbeitsplätze für die Zielgruppe in Integrationsprojekten bewilligt. Das Niveau will der LWL mittel- bis langfristig weiterhin erreichen.

Zuständig / beteiligt: Integrationsämter von LWL und LVR mit MAIS NRW

Zeitplanung: seit 2008

- Zum dritten Mal nach 2010 und 2012 präsentierten sich am 9. April 2014 in Münster die Integrationsunternehmen und -abteilungen aus Westfalen-Lippe einer breiten Öffentlichkeit – bei der Messe 2014 kamen 2012 und 2014 über 5.000 Besucherinnen und Besucher. Sie sahen eine große Vielfalt an Unternehmen. Die 90 Ausstellerinnen und Aussteller eint, dass sie sich dauerhafte Arbeitsplätze für beruflich besonders betroffene Menschen mit Behinderungen auf die Fahnen geschrieben haben.

Zuständig / beteiligt: LWL-Integrationsamt

Zeitplanung: alle zwei Jahre

5. Beschäftigung von Menschen mit einer Schwerbehinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt weiter stabilisieren

Das LWL-Integrationsamt Westfalen unterstützt Arbeitgeber, die Menschen mit einer Schwerbehinderung neu einstellen oder bereits beschäftigen – in enger Kooperation mit den örtlichen Trägern des Schwerbehinder-

tenrechts in Westfalen-Lippe und den Integrationsfachdiensten. Die Partner gestalten die Beschäftigung so behinderungsgerecht wie möglich, auch, um sie langfristig zu sichern.

Erfolge und Maßnahmen

- Der LWL finanziert die Gestaltung behinderungsgerechter Arbeitsplätze mit. Zusammen mit den örtlichen Trägern des Schwerbehindertenrechts in Westfalen-Lippe hat das LWL-Integrationsamt im Jahr 2012: 2.670 vorhandene Arbeits- und Ausbildungsplätze mit notwendigen technischen Arbeitshilfen ausgestattet, in 2.416 Fällen Arbeitgebern außergewöhnliche Belastungen abgegolten, die durch die Beschäftigung von Menschen mit schweren Behinderungen entstanden sind, 1.383 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

mit Schwerbehinderung persönliche Hilfen geleistet (zum Beispiel für eine am Arbeitsplatz erforderliche Arbeitsassistenz, für die berufliche Fortbildung oder für unterstützte Beschäftigung), 7.932 Menschen mit Schwerbehinderungen durch die Integrationsfachdienste unterstützt. Diese Unterstützung soll auch in den nächsten Jahren auf demselben Niveau gehalten werden.

Zuständig / beteiligt: LWL-Integrationsamt und örtliche Fachstellen

Zeitplanung: laufend

6. Mehr Prävention und Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)

Inklusion heißt auch, ein vorzeitiges Ausscheiden von Menschen mit Schwerbehinderung aus dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu verhindern. Arbeitgeber sind daher zu Prävention verpflichtet. Sie müssen versu-

chen, Schwierigkeiten im Arbeitsverhältnis zu lösen, um Arbeitsplätze zu sichern. Dabei unterstützt sie das LWL-Integrationsamt, sofern Menschen mit einer Schwerbehinderung betroffen sind.

Erfolge und Maßnahmen

- Arbeitgeber, die Menschen mit einer Schwerbehinderung neu einstellen oder bereits beschäftigen, müssen nach dem SGB IX ein Betriebliches Eingliederungsmanagement durchführen, wenn Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter in einem Jahr länger als sechs Wochen ohne Unterbrechung oder wiederholt krank sind. Das LWL-Integrationsamt Westfalen unterstützt die Arbeitgeber dabei, indem es Kurse für Arbeitgeber und betriebliche

Interessenvertretungen anbietet. Zudem gibt es gemeinsam mit dem Integrationsamt des LVR eine Broschüre mit Handlungsempfehlungen zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement heraus (ISSN 0935-8919).

Zuständig / beteiligt: Integrationsämter von LWL und LVR

Zeitplanung: laufend

7. Arbeitsplätze für ältere Beschäftigte mit Behinderungen schaffen und sichern

Neben der Förderung der beruflichen Inklusion jüngerer (schwer)behinderter Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt will das LWL-Integrationsamt die Beschäf-

tigungsfähigkeit der wachsenden Zahl älterer Menschen mit Schwerbehinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sichern.

Erfolge und Maßnahmen

- Das LWL-Integrationsamt bietet Unterstützungsleistungen und finanzielle Förderungen im Rahmen der begleitenden Hilfe. Dazu gehören gerade für ältere Beschäftigte mit einer Schwerbehinderung die behinderungsgerechte und ergonomische Gestaltung der Arbeitsplätze und -bedingungen. Wenn die Arbeitsverhältnisse an die behinderungsbedingten Einschränkungen angepasst werden, verringert sich die Arbeitsbelastung. Damit bleibt die Leistungsfähigkeit der schwerbehinderten älteren Beschäftigten erhalten.

Zuständig / beteiligt: LWL-Integrationsamt

Zeitplanung: laufend

- Mit dem Programm „Prävention plus“ berät der LWL Betriebe und Dienststellen zu Fragen der Ergonomie, der behinderungsgerechten Beschäftigungsbedingungen und der psychischen Belastungen im Arbeitsleben.

Zuständig / beteiligt: LWL-Integrationsamt

Zeitplanung: laufend

- Der LWL setzt ebenso wie der LVR zusammen mit der NRW-Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit das Handlungsfeld „Neue Arbeitsplätze für ältere Menschen mit einer Schwerbehinderung“ des Bundesprogramms „Initiative Inklusion“ um. Die Arbeitsplatzakquise erfolgt durch die Arbeitsagenturen. Die Integrationsämter der Landschaftsverbände übernehmen anschließend die Abwicklung der Finanzen und Förderbescheide sowie die Datendokumentation. Zielgruppe sind arbeitslose oder arbeitsuchende Menschen mit schweren Behinderungen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben. Bundesweit sollen bis zum Jahre 2018 mindestens 4.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, davon mehr als 900 in NRW. Die Arbeitsplätze sollen nach Ablauf der Förderung bestehen bleiben.

Zuständig / beteiligt: LWL, LVR, NRW-Landesministerium für Arbeit, Integration und Soziales, NRW-Regionaldirektion der Arbeitsagentur

Zeitplanung: laufend

8. Mit dem LWL-Budget für Arbeit mehr Beschäftigte aus den Werkstätten für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt vermitteln

Der LWL fördert die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt – auch, um den Anstieg von Arbeitsplätzen in Werkstätten für behinderte Menschen zu verringern. Die Arbeitnehmerinnen und -nehmer, die aufgrund ihrer Behinderungen nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt tätig sein können, sollen aber weiterhin in den Werkstätten für behinderte Menschen arbeiten können.

Westfalen-Lippe hat bundesweit eines der dichtesten Netze an Werkstätten, in denen 34.500 Menschen mit Behinderungen durch den LWL unterstützt werden.

Die Werkstätten bieten Menschen mit besonderem Förderbedarf, wie beispielsweise Menschen mit schwersten (Mehrfach-)Behinderungen, Beschäftigung, indem sie räumlich und personell besonders gut ausgestattet sind. Dadurch können auch Menschen am Arbeitsleben teilhaben, die in anderen Bundesländern nur in Tagesförderstätten ohne Sozialversicherungsschutz beschäftigt werden könnten. Die Landschaftsverbände in NRW sind bundesweit die einzigen Träger, die diese Leistungen erbringen.

Erfolge und Maßnahmen

• LWL-Budget für Arbeit

Mit dem LWL-Budget für Arbeit fördert der LWL die Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt anstatt in Werkstätten für behinderte Menschen. Zum Budget für Arbeit gehören verschiedene Förderprogramme, die für die Beschäftigten und die Arbeitgeber Nachteile ausgleichen und Anreize zur Beschäftigung bieten.

Leistungen im Rahmen des Budgets für Arbeit

- Vorbereitungsbudget für die berufliche Vorbereitung und Qualifizierung
- Integrationsbudget für die passgenaue Unterstützung vor und zu Beginn eines Arbeitsverhältnisses
- Dauerhafter Lohnkostenzuschuss und Betreuungsaufwand bei Beschäftigung in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis für Wechslerinnen und Wechsler aus Werkstätten für behinderte Menschen
- Einstellungsprämien bei Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen
- Dauerhafter Lohnkostenzuschuss und Betreuungsaufwand bei Beschäftigung in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis, wenn der Eintritt in eine Werkstatt vermieden wird

- Budget für die Beschäftigung von Wechslerinnen und Wechsler aus Werkstätten für behinderte Menschen, wenn diese in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis wechseln
- Förderung von Teilzeitbeschäftigung bis zu 15 Stunden wöchentlich im Programm LWL-Zuverdienst für Menschen mit Behinderungen.

Das LWL-Integrationsamt und die LWL-Behindertenhilfe arbeiten derzeit an einem Kommunikationskonzept zum LWL-Budget für Arbeit.

Das Budget für Arbeit ist in den Koalitionsvertrag auf Bundesebene aufgenommen worden.

Zuständig / beteiligt: LWL-Behindertenhilfe, LWL-Integrationsamt, LVR

Zeitplanung: seit 2012, laufend

- Förderung von Außenarbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), des Landes NRW sowie der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe im Landesprogramm „Teilhabe an Arbeit – 1.000 Außenarbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen“.

Zuständig / beteiligt: Europäischer Sozialfonds (ESF), Land NRW und beide Landschaftsverbände LWL und LVR

Zeitplanung: seit 2013



↑ Mit Engagement und Konzentration bewältigt die junge Restaurant-Fachgehilfin ihren Arbeitsalltag.



↑ Aus der Werkstatt auf den ersten Arbeitsmarkt – das LWL-Budget für Arbeit ebnet den Weg.

9. Vorbereitung des Wechsels aus den Werkstätten für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt

Erfolge und Maßnahmen

- Mit der Rahmenzielvereinbarung „Arbeit“ hat die LWL-Behindertenhilfe Westfalen die Voraussetzungen für zusätzliche Stellen in den Werkstätten für behinderte Menschen geschaffen. Die Fachkräfte sollen die Übergangsförderung verbessern. Das System wird weiterentwickelt und mit einem differenzierten Prämienmodell vom LWL finanziell unterstützt. Wichtig ist dabei die Zusammenarbeit zwischen den Fachkräften für den Übergang der WfbM und den regionalen Integrationsfachdiensten, die vom LWL-Integrationsamt finanziert werden. Der LWL bietet regelmäßige Arbeitsgruppen zum Informationsaustausch und zur Verbesserung der Kooperation.

Zuständig / beteiligt: LWL-Behindertenhilfe mit LWL-Integrationsamt, Integrationsfachdiensten und Integrationsassistenten

Zeitplanung: das Prämienmodell läuft rückwirkend ab April 2012 bis zunächst Ende 2014

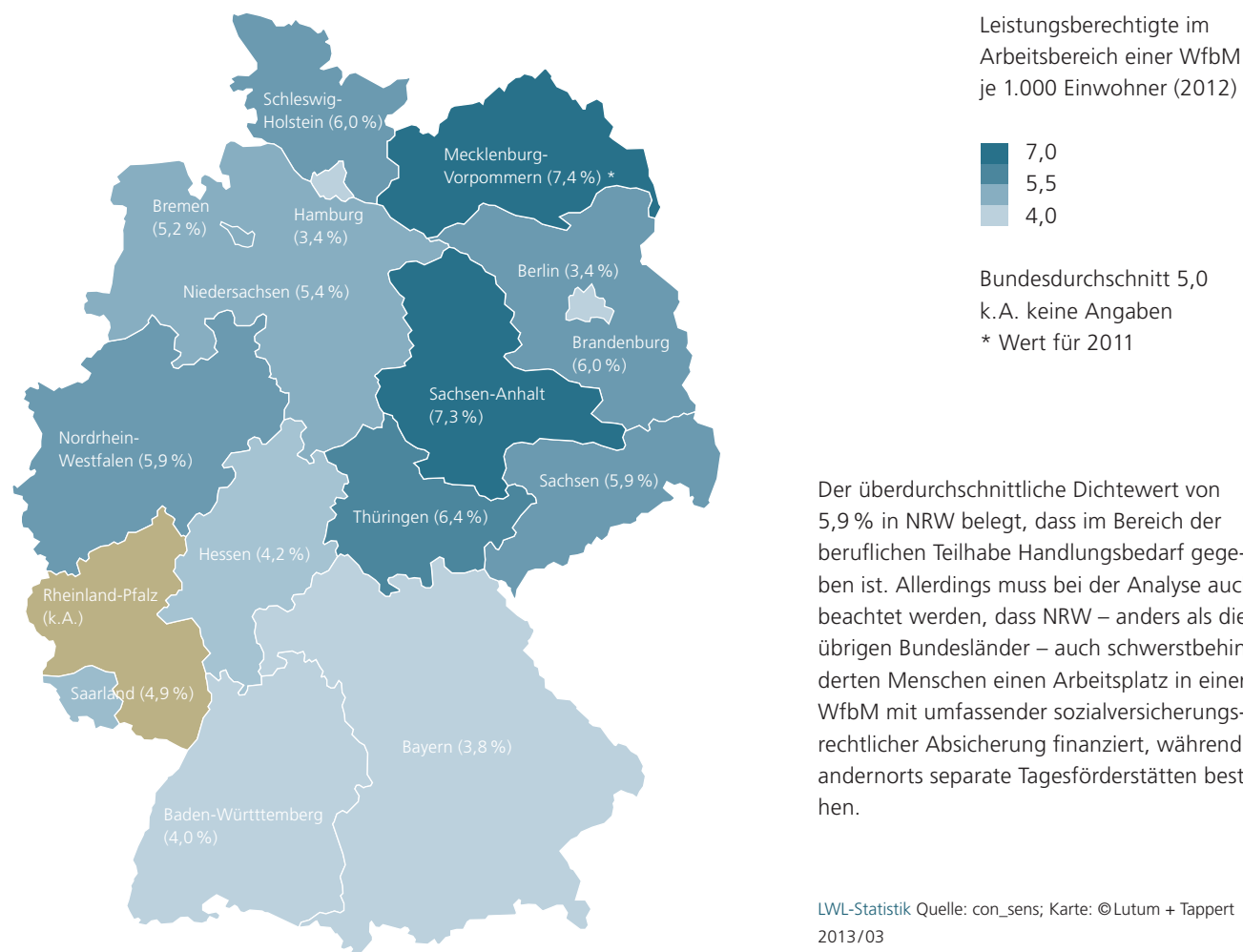
- Die LWL-Behindertenhilfe und westfälische Werkstattträger haben individuelle Zielvereinbarungen geschlossen, um den Übergang aus den Werkstätten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu fördern.

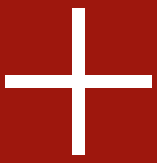
Zuständig / beteiligt: LWL-Behindertenhilfe mit Werkstattträgern in Westfalen-Lippe

Zeitplanung: seit 2008

Herausforderung:

Überdurchschnittlich viele Menschen in Werkstätten in NRW





„Die Vertragsstaaten anerkennen das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen, mit gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben. Sie sind nicht verpflichtet, in besonderen Wohnformen zu leben.“ Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention



„Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf einen angemessenen Lebensstandard für sich selbst und ihre Familien, einschließlich angemessener Ernährung, Bekleidung und Wohnung [...].“

Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention

Handlungsfeld

Wohnen

Herausforderungen

Schon heute nehmen die Aufwendungen für Soziales im LWL-Haushalt einen großen Anteil ein. Im Jahr 2012 waren es 88 % von rund 2,66 Mrd. Euro. Von dieser Gesamtsumme entfallen mit 1,79 Mrd. Euro mehr als zwei Drittel allein auf die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, deren Zahl stetig ansteigt. Im Bereich Wohnen bezahlt der LWL Leistungen für rund 46.000 Menschen, ein Anstieg in den vergangenen fünf Jahren um rund ein Drittel.

Die Anzahl der Menschen mit geistiger Behinderung über 60 Jahren in Wohnangeboten wird sich bis 2030 fast verfünffachen. Der Grund dafür: der demografische Wandel. Derzeit liegt die Lebenserwartung der Männer mit geistiger Behinderung, die betreut wohnen, bei 71 Jahren; die der Frauen mit geistiger Behinderung bei 73 Jahren. Die Altersstruktur verändert sich dramatisch: Unter den Erwachsenen mit geistiger Behinderung werden die über Sechzigjährigen ihren Anteil verdreifachen, von jetzt 10 auf 31 %. Zudem nimmt auch die Zahl der Menschen mit einer psychischen Behinderung zu.

Mit den Fallzahlen steigen auch die Ausgaben, die wesentlich zur prekären Finanzlage der kommunalen Ebene beitragen. Dringend notwendige gesetzliche Veränderungen stehen nach wie vor aus. Die Kommunen und die Landschaftsverbände fordern die vollen Leistungen der Pflegeversicherung auch für Menschen mit Behinderungen – unabhängig von ihrer Wohn- und Betreuungssituation. Darüber hinaus ist die Einführung eines Bundesteilhabegeldes als erster Schritt für ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen eine zentrale gesellschaftliche und sozialpolitische Aufgabe. Der LWL rechnet mit einer Entlastung der kommunalen Haushalte bei den Ausgaben zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen durch den Koalitionsvertrag auf Bundesebene. Es ist ein Erfolg

der Landschaftsverbände, die jahrelang gemeinsam mit ihren Mitgliedern Überzeugungsarbeit zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungshilfe geleistet haben.

Nach wie vor steigen die Kosten in Westfalen-Lippe jährlich um rund 100 Mio. Euro, weil mehr Menschen mit Behinderungen Eingliederungshilfe brauchen. An diese Kostenentwicklung, die bundesweit zu beobachten ist, muss der Bund seinen Entlastungsbeitrag dann anpassen, fordert der LWL.

Auch die Gestaltung des Sozialraums, also des gesamten Umfelds, in dem die Menschen mit Behinderungen leben, ist eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre. Dazu gehört der knappe kostengünstige Wohnraum für Menschen mit Behinderungen und die teilweise noch mangelnde Barrierefreiheit der baulichen Angebote und aller nötigen Informationen.

Die Übergänge zwischen heutigen stationären und ambulanten Wohnformen müssen fließend gestaltet und bestehende Hemmnisse beseitigt werden. Um das umsetzen zu können, müssen einheitliche Vergütungsstrukturen entstehen. Sie tragen zudem dazu bei, dass die Leistungen vergleichbarer und transparenter werden.

Ziele, Konzepte, Erfolge und Maßnahmen

Die LWL-Behindertenhilfe Westfalen stellt die Menschen mit Behinderungen in die Mitte. Ihre individuellen Wünsche, Fähigkeiten und Bedarfe sind entscheidend. Sie sollen ihren Aufenthaltsort wählen können, ob in der Gemeinschaft oder allein. Die LWL-Behindertenhilfe Westfalen arbeitet personenzentriert. Um die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen zu verbessern, kooperieren beide Landschaftsverbände zudem

mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege, um die Entwicklungen NRW-weit steuern zu können und mehr Innovationen einfließen zu lassen. Das selbstständige Wohnen soll auf diese Weise von der Ausnahme, die es noch im Jahr 2003 war, zur Regel werden. Dies gilt auch für Menschen mit geistiger Behinderung und für älter werdende Menschen mit Behinderungen.

1. Weiterentwicklung des Sozialhilferechts

Die Teilhabe von Menschen mit wesentlichen Behinderungen am Arbeitsplatz oder zu Hause können die Kommunen nicht länger aus eigener Kraft bezahlen. Der Bund muss sich künftig an den Kosten der Leistungen für Menschen mit Behinderungen beteiligen. Außerdem

müssen der behinderte Mensch und sein individueller Bedarf im Mittelpunkt stehen und nicht die Frage nach dem institutionellen Rahmen (ambulant oder stationär). Dafür müssen die Angebote vergleichbarer und flexibler werden.

Erfolge und Maßnahmen

- Die Einführung eines Bundesteilhabegeldes als erster Schritt für ein Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen ist unabdingbar.

Die Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen sind eine gesamtstaatliche Aufgabe. Land und Bund müssen sich daher an diesen Kosten beteiligen. Durch verbesserte Steuerungsmaßnahmen

und veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen alleine werden die kommunalen Aufgabenträger die aktuellen Leistungsstandards perspektivisch nicht halten können.

Zuständig / beteiligt: LVR und LWL in Kooperation mit der gesamten kommunalen Familie, den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege und den Behindertenverbänden

Zeitplanung: laufend

Anne Harmann und Sarah Averbek – zusammen bewältigen sie den Alltag und können bei Bedarf auf Hilfe zählen.



2. Beteiligung der Experten in eigener Sache

Das LWL-Sozialdezernat führt seit Jahren regelmäßig Gespräche mit den Experten in eigener Sache: mit den Verbänden der Menschen mit Behinderungen sowie Organisationen der Schwerbehindertenvertretungen aus NRW. Das sogenannte „Verbändegespräch“ hat für den

LWL große Bedeutung. Es bietet Gelegenheit zu einem engen und vertrauensvollen Austausch über Leitlinien. Aus der guten Zusammenarbeit ergeben sich immer wieder Impulse für die Weiterentwicklung der Arbeit des LWL.

Erfolge und Maßnahmen

- Aus einem Workshop mit Behindertenselbsthilfverbänden im April 2011 zum Thema „Öffentlichkeitsarbeit inklusive“ stammt das Ziel, bei zukünftigen Publikationen, die sich an Menschen mit Behinderungen richten, zielgruppenorientiert eine Zusammenfassung in Leichter Sprache zur Verfügung zu stellen. So wird beispielsweise zum „LWL-Budget für Arbeit“ aktuell eine Veröffentlichung in Leichte Sprache übersetzt.

Zuständig / beteiligt: LWL-Sozialdezernat

Zeitplanung: laufend

- Der LWL wird die Verbände der Behindertenselbsthilfe weiterhin beteiligen. Die LWL-Behindertenhilfe plant zum Beispiel, in dem neuen Projekt „Teilhabe2015“ einen Beirat zu bilden. Dazu wurden die Verbände aktuell um Rückmeldung gebeten, ob und bei wem

Interesse besteht, Mitglied eines Beirates als Vertreter der Behindertenselbsthilfe zum Projekt „Teilhabe2015“ zu werden.

Seit über 20 Jahren lädt der LWL die Verbände der Behindertenselbsthilfe Westfalen-Lippe/NRW in regelmäßigen Abständen zu Gesprächen ein.

Zuständig / beteiligt: LWL-Sozialdezernat

Zeitplanung: 2015/2016

- Darüber hinaus lädt der LWL die Verbände aktuell zum Beispiel zu einem Workshop zum Thema „Leichte Sprache“ ein.

Zuständig / beteiligt: LWL-Sozialdezernat

Zeitplanung: 2014



← Auch Marc Szymkowiak wohnt endlich allein – gut unterstützt und selbstständig.

3. Mehr Ambulant Betreutes Wohnen = Selbstständiges Wohnen mit Unterstützung

Angebotssteuerung

Die LWL-Behindertenhilfe Westfalen verbindet die fachliche Steuerung mit der Kostensteuerung. Das fachliche Ziel besteht darin, mehr Menschen dauerhaft das Leben in der eigenen Wohnung und eben nicht in stationären Einrichtungen zu ermöglichen, denn bis zum Jahr 2030 werden deutlich mehr Menschen mit Behinderungen Unterstützung beim Wohnen benötigen. Gleichzeitig tritt so ein Kostendämpfungseffekt ein, da das Ambulant Betreute Wohnen nicht nur mehr Selbstständigkeit für die Menschen bringt – es ist auch kostengünstiger. Im Jahr 2012 lebte bereits mehr als die Hälfte aller Menschen mit Behinderungen und Unterstützungsbedarf in den eigenen vier Wänden statt im Heim. Mit mehr als 22.000 ist das gegenüber dem Jahr 2003 ein Anstieg um das Dreifache.

Im Gegenzug dazu sind im stationären Wohnen über 1.000 Plätze abgebaut worden. Weitere 500 werden es bis 2018 sein (Hochrechnung auf Grundlage der Rahmenzielvereinbarung „Wohnen II“). Die Kostenent-

lastung aus den Rahmenzielvereinbarungen „Wohnen I und II“ mit der Freien Wohlfahrtspflege zum Beispiel beläuft sich auf 22 Mio. Euro jährlich.

Durch den weiteren Umbau und die Steuerung des Versorgungssystems wird bis Ende 2016 eine noch breitere ambulante Versorgungsquote angestrebt, im Verhältnis 55 % (ambulant) zu 45 % (stationär).

Die LWL-Behindertenhilfe beachtet beim Ausbau des Ambulant Betreuten Wohnens, dass künftig voraussichtlich die bisherige rechtliche Trennung in ambulant und stationär aufgegeben wird, sodass es in Bezug auf Rechtsansprüche und -pflichten keinen Unterschied macht, ob jemand in einer stationären Einrichtung oder ambulanten Betreuungsform lebt. Die erforderlichen Leistungen werden personenzentriert ermittelt und in Qualität und Quantität ausdifferenziert erbracht, damit der Mensch mit Behinderungen sein Leben selbst steuert. Dazu muss kostengünstiger barrierefreier Wohnraum für das Ambulant Betreute Wohnen für Menschen mit höheren Hilfebedarfen entstehen.

Erfolge und Maßnahmen

Service und Hintergrunddienste

- Um den Zugang zum Ambulant Betreuten Wohnen zu erweitern und den Grundsatz „ambulant vor stationär“ zu verwirklichen, werden serviceorientierte Unterstützungsleistungen (Leistungsmodul S) und die Einrichtung von Hintergrunddiensten wie Nachtbereitschaft (Leistungsmodul HD) im Sozialraum erprobt. Mit diesen Leistungsmodulen sollen flexible Übergänge von stationären zu ambulanten Wohnformen ermöglicht, Angebotslücken geschlossen und der Kostenanstieg gedämpft werden.

Zeitplanung: bis 2014

- In den Monaten November und Dezember 2012 erfolgten bei allen Spitzenverbänden Informationsveranstaltungen. In den Jahren 2013 und 2014 wird das Leistungsmodul S flächendeckend und das Leistungsmodul HD modellhaft erprobt. Nach Abschluss der geplanten Evaluation wird entschieden, ob sich die beiden Leistungsmodulare bewährt haben und ggf. wie diese weiterentwickelt und umgesetzt werden sollen.

Zeitplanung: 2015

Zuständig / beteiligt: LWL-Behindertenhilfe in Kooperation mit LVR und den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege

- Für kostengünstigen barrierefreien Wohnraum für Menschen mit wesentlichen Behinderungen hat der LWL einzelne Projekte aus einem 10-Mio.-Euro-Programm verwirklicht. Für weitere Projekte wird der LWL auf das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW zugehen.

Es wird ein Konzept entwickelt, welche Maßnahmen in Abstimmung mit dem Land und den Kommunen nötig sind, um der Wohnungsnot im Ambulant Betreuten Wohnen entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang sollen die beiden Ziele des LWL beschrieben werden: Wohnungsbeschaffung für besonders schwer behinderte Menschen (Beispiel Bochum) und Anreize für die weitere Dezentralisierung von großen Einrichtungen.

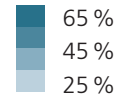
Zuständig / beteiligt: LWL-Behindertenhilfe, LWL-PsychiatrieVerbund, Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW

Zeitplanung: laufend

NRW führend im Ambulant Betreuten Wohnen



Betreutes Wohnen in % aller Wohnhilfen (2012)



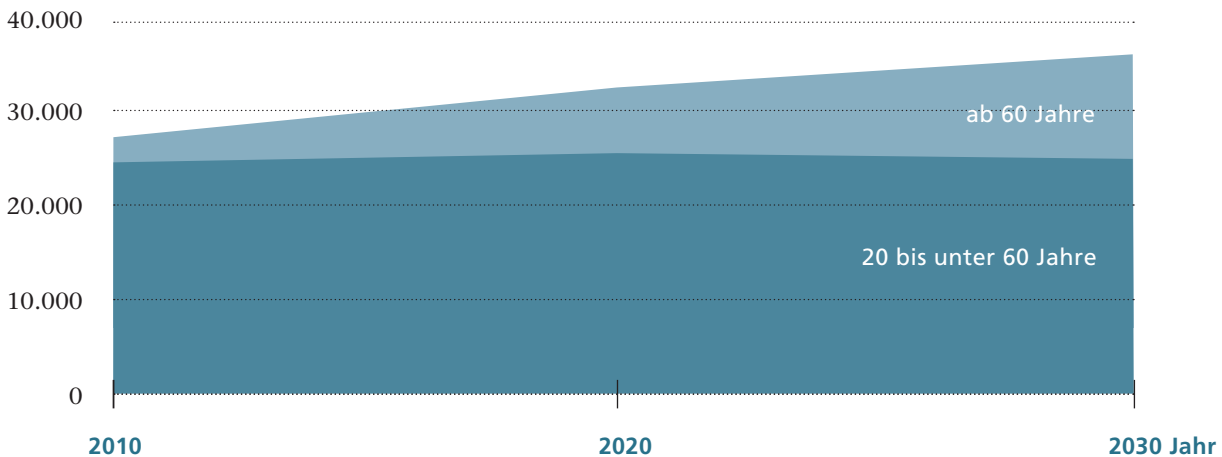
Bundesdurchschnitt 44 %
k.A. keine Angaben
* Wert für 2011

Diese Grafik verdeutlicht, dass die Landschaftsverbände führend sind bei der ambulanten Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Für einen immer größer werdenden Anteil von Menschen mit Behinderungen konnte „Normalität der Lebensverhältnisse“ – dazu gehört ein Leben nach eigenen Vorstellungen in der eigenen Wohnung – hergestellt werden.

LWL-Statistik Quelle: con_sens; Karte: ©Lutum + Tappert 2013/03

Mehr Menschen mit geistiger Behinderung in Westfalen-Lippe

Anzahl der Menschen



Dank des medizinischen Fortschritts und gesteigerter Lebenserwartung wird die Anzahl der erwachsenen Menschen mit geistiger Behinderung in Westfalen-Lippe von rund 27.000 im Jahr 2010 auf rund 38.000 im Jahr 2030 ansteigen.

Quellen: KathHO NRW, LWL-Behindertenhilfe Westfalen 2013/03

4. Ambulant Betreutes Wohnen in Gastfamilien

Für Menschen, die überfordert sind, allein in der eigenen Wohnung zu leben, kann das Betreute Wohnen in Familien die passende Hilfestellung sein. Derzeit leben in Westfalen-Lippe rund 480 Menschen mit Behinderungen in Gastfamilien.

Erfolge und Maßnahmen

- Als Alternative zum ambulanten und stationären Wohnen sollen bis zum 31.12.2016 rund 100 Personen zusätzlich in Gastfamilien leben. Bis zum Jahresende 2016 werden rund 580 Personen in dieser Betreuungsform wohnen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Behindertenhilfe in Kooperation mit Familienpflegeteams, die flächendeckend in Westfalen-Lippe existieren

Zeitplanung: laufend

5. Alte Menschen mit wesentlichen Behinderungen versorgen und die Pflegeversicherungsleistungen einbeziehen

Menschen mit wesentlichen Behinderungen müssen in Würde und selbstbestimmt alt werden können. Die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe sowie die Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege haben auch dazu die Rahmenvereinbarung „Zukunft der Eingliederungshilfe in NRW sichern“ geschlossen: Alt und pflegebedürftig gewordenen Menschen mit wesentlichen Behinderungen müssen fachlich angemessene Hilfen zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig muss für diese Menschen der volle Zugang zu Leistungen der

Pflegeversicherung erschlossen werden. Bei betreuungsintensiven Wohnformen sollen sie dabei die Leistungen der Pflegeversicherung genauso wie Menschen ohne Behinderungen in Anspruch nehmen können. Stationäre Angebote für behinderte Menschen mit intensivem Pflegebedarf machen dazu auch die LWL-Pflegezentren. Für die Zukunft müssen ambulant betreute Wohn- und Hausgemeinschaften für Menschen auch mit höherem Pflegebedarf geschaffen werden. Dazu werden die Landschaftsverbände und die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege Modelle erproben.

Erfolge und Maßnahmen

Bundesweit beachtete Projekte

- Die LWL-Behindertenhilfe Westfalen beteiligt sich als Partner an einem Projekt der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen mit dem Titel „SoPHiA“: Sozialraumorientierte kommunale Planung von Hilfe- und Unterstützungsarrangements für Menschen mit und ohne lebensbegleitende Behinderungen im Alter. Es wird ebenso wie das Vorgängerprojekt „Lebensqualität inklusiv(e): Innovative Konzepte unterstützten Wohnens älter werdender Menschen mit wesentlichen Behinderungen (LEQUI)“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert – zu dem Projekt sind vier Zwischenberichte erschienen. Bundesweite Tagungen ergänzen die Projekte.

Zuständig / beteiligt: LWL-Behindertenhilfe als Partner der Katholischen Hochschule NRW

Zeitplanung: laufend

- In einem Dreijahresprojekt „Menschen mit wesentlichen Behinderungen im Alter“ werden die Landschaftsverbände in drei Jahren gemeinsam mit den örtlichen Sozialhilfeträgern, der Altenhilfe und der Selbsthilfe die Entwicklung voranbringen. Eine schon veröffentlichte Broschüre enthält eine Bestandsaufnahme, die Darstellung der demografischen Entwicklung und Anregungen für Weiterentwicklungen. Die Anregungen aus dieser Broschüre sind in die Aufgabenwahrnehmung bei der LWL-Behindertenhilfe eingeflossen.

Als Beispiele sind zu nennen:

- Einbringung des Themas in die Rahmenvereinbarung mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege „Zukunft der Eingliederungshilfe sichern“.

Zeitplanung: bis Ende 2014

- Das Thema „Alte Menschen mit wesentlichen Behinderungen“ wird seit Jahren in die Regionalplanungskonferenzen und lokale Arbeitsgruppen eingebracht. Lokale Fachtagungen wurden angeregt und mit ausgerichtet.

Zeitplanung: seit 2007, weiter fortlaufend

- Das Internetportal www.behinderung-alter.lwl.org wird aktiv von der LWL-Behindertenhilfe betrieben. Damit besteht eine bundesweite Plattform zum fachlichen Austausch.

Zeitplanung: seit 2012, weiter fortlaufend

- Leistungsanbieter werden bei der Entwicklung ihrer Konzepte von der LWL-Behindertenhilfe unterstützt.

Zeitplanung: seit 2000, weiter fortlaufend

- Die LWL-Behindertenhilfe wird weiterhin Forschungsprojekte initiieren und sich an diesen beteiligen, z. B. aktuell am Forschungsprojekt „SoPHiA“ (siehe oben).

Zeitplanung: seit 2000, weiter fortlaufend

Zuständig / beteiligt: LWL-Behindertenhilfe, örtliche Sozialhilfeträger, Altenhilfe, Selbsthilfe

- Das LWL-Forschungsinstitut für seelische Gesundheit führt im Auftrag des LWL-Psychiatrieverbands Westfalen eine Langzeitstudie zum Thema Alterungsprozesse bei Menschen mit und ohne Behinderungen durch. Sie untersucht die körperlichen und geistigen Alterungsprozesse bei den älteren Bewohnern in den LWL-Wohnverbänden und LWL-Pflegezentren über einen Zeitraum von zehn Jahren, um sie mit denen der Gesamtbevölkerung zu vergleichen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Forschungsinstitut für seelische Gesundheit

Zeitplanung: 2011 bis 2021

6. Leistungen der Krankenversicherung in die Versorgung von Menschen mit wesentlichen Behinderungen einbeziehen

Die ambulante Psychotherapie und weitere Leistungen, die von den Krankenversicherungen übernommen werden, sollen besser als bisher genutzt werden.

Erfolge und Maßnahmen

- Die Landschaftsverbände und die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege werden Gespräche zur ambulanten Psychotherapie und zur Behandlungspflege in Wohneinrichtungen der Eingliederungshilfe mit den Krankenkassenverbänden in NRW führen. Um Leistungsansprüche für Menschen mit wesentlichen Behinderungen gegen-

über der Krankenversicherung zu sichern, wurde das Gesundheitsministerium des Landes NRW um Unterstützung gebeten.

Zuständig / beteiligt: LWL-Behindertenhilfe in Kooperation mit dem LVR und LAG

Zeitplanung: laufend

Wir gewinnt. In einer Wohngemeinschaft →
in Neubeckum wohnen drei psychisch behinderte Männer, die vorher viele Jahre in Wohnheimen gelebt haben. Ein Schritt zu mehr Verantwortung und für mehr Selbstvertrauen durch das Ambulant Betreute Wohnen.



7. Passgenaue Hilfen (Personenzentrierung/Partizipation)

Die LWL-Behindertenhilfe Westfalen ermittelt den Hilfebedarf individuell und geht dabei von den vorhandenen und ausbaubaren Fähigkeiten des Menschen mit wesentlichen Behinderungen aus. Der Mensch steht im Mittelpunkt – seine individuelle Lebenssituation ist ausschlaggebend und wird ganzheitlich betrachtet.

Individuelle Hilfeplanung

Die LWL-Behindertenhilfe entwickelt mit den Projekten „Teilhabe2012“ und „Teilhabe2015“ das individuelle Hilfeplanverfahren weiter. Gemeinsam mit dem Menschen mit wesentlichen Behinderungen werden die notwendigen Hilfen geplant und den individuellen Bedürfnissen angepasst. Das Hilfeplanverfahren legt die internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit der Weltgesundheitsorganisation zugrunde. Das neue Verfahren wird mit wissenschaftlicher Unterstützung in sechs Regionen erprobt und die Erfahrungen ausgewertet.

Individuelle Hilfestellung

Die LWL-Behindertenhilfe steuert unabhängig von den Anbietern der Wohnrichtungen, wo und wie die Menschen mit wesentlichen Behinderungen ambulant betreut wohnen. Die Planung der Hilfe orientiert sich in erster Linie an den Zielen der Bewohnerinnen und Bewohner, die die LWL-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter gemeinsam mit ihnen ermitteln.

Wirkungskontrolle

Regelmäßig werden die Hilfeleistungen daraufhin überprüft, ob sie geeignet sind, die vereinbarten Ziele zu erreichen. Im weiterentwickelten Hilfeplanverfahren des LWL erfolgt dies persönlich in einem sogenannten Wirkungskontrollgespräch. Die „Wirkungskontrolle“ und „Wirkungsanalyse“ der Hilfen werden auch künftig fortentwickelt, um weiter passgenaue und personenzentrierte Hilfen anbieten zu können.

Erfolge und Maßnahmen

Projekt Teilhabe2015

Im Projekt Teilhabe2015 wird das im Vorgängerprojekt Teilhabe2012 entwickelte ICF- und ressourcenorientierte Hilfeplanverfahren fortgeschrieben.

Weiterentwicklung der

- Zusammenarbeit mit den örtlichen Sozialhilfeträgern
- Zusammenarbeit mit ärztlichen Gutachtern
- Schnittstellen zur Sozialplanung
- Qualifizierung des Fachcontrollings

Zuständig / beteiligt: LWL-Behindertenhilfe in Kooperation mit der Stadt Hagen, dem Kreis Paderborn (beide waren bereits im Projekt Teilhabe2012 Erprobungsregionen) und den Städten Gelsenkirchen und Münster sowie den Kreisen Ennepe-Ruhr und Warendorf

Zeitplanung: voraussichtlich bis 30.06.2016

8. Persönliches Budget

Die LWL-Behindertenhilfe will weiterhin das Persönliche Budget für die Menschen mit wesentlichen Behinderungen attraktiv machen.

Erfolge und Maßnahmen

- Der LWL hat eine Broschüre in Leichter Sprache herausgegeben, bereits in dritter Auflage.

Zuständig / beteiligt: LWL-Behindertenhilfe

Zeitplanung: laufend

9. Sozialplanung

Die LWL-Behindertenhilfe Westfalen setzt sich für eine inklusive und kooperative Sozialplanung ein, um gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Diese Aufgabe fällt zunächst im Rahmen der Daseinsvorsorge der örtlichen Ebene den Kreisen und kreisfreien Städten zu. Die Landschaftsverbände unterstützen und beteiligen sich bei der Sozialplanung zum Beispiel durch die Regional-

planungskonferenzen. In diesen werden auch die Ergebnisse der Forschungsprojekte, die die LWL-Behindertenhilfe gemeinsam mit der Katholischen Hochschule NRW, Standort Münster – gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung – betreibt, in die Planungen der Kommunen eingebracht.

Erfolge und Maßnahmen

Regionalplanungskonferenzen

- In ganz Westfalen-Lippe finden seit Abschluss der Zielvereinbarungen zwischen LWL und Kommunen Regionalplanungskonferenzen statt. Durch diese Form der Zusammenarbeit gelingt es, lokale und überregionale Planungen so zu verknüpfen, dass vergleichbare Versorgungsstrukturen geschaffen werden.

Zuständig / beteiligt: Kommunen und LWL-Behindertenhilfe

Zeitplanung: laufend

- Die Broschüre „Bausteine für eine sozialraumorientierte Gestaltung von Wohn- und Unterstützungsarrangements mit und für Menschen mit geistiger Behinderung im Alter“ ist als vierter Bericht zum Forschungsprojekt „Lebensqualität inklusiv(e)“ im Juli 2013 erschienen.

Im Folgeprojekt „SoPHiA“ werden notwendige Veränderungen im Bereich der Sozialplanung in den Blick genommen. Auf der Ebene der kommunalen Daseinsvorsorge gibt es zahlreiche Berührungspunkte zur kommunalen Sozialplanung für Senioren und Seniorinnen, zum Beispiel zur Planung in den Bereichen Altenarbeit, Altenhilfe, Gesundheitswesen, aber auch zu Fragen einer altersgerechten Stadt- und Verkehrsplanung. Gegenstand des Projekts ist die Zusammenführung und Anpassung bestehender Planungspraxen zu einer inklusiven kommunalen Sozialplanung für Menschen mit und ohne lebensbegleitende Behinderungen im Alter.

Zuständig / beteiligt: Katholische Hochschule NRW, Abteilung Münster, in Kooperation mit der Stadt Münster, dem Kreis Steinfurt, der LWL-Behindertenhilfe Westfalen

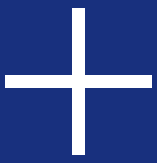
Zeitplanung: 2013

10. Richtlinien zur Gewaltprävention und Intervention in den LWL-Einrichtungen der Behindertenhilfe, geschlechtersensibele Pflege

Es werden Leitlinien zur Gewaltprävention und -intervention in den LWL-Einrichtungen der Eingliederungshilfe erstellt. Hierbei sollen u. a. folgende Punkte Berücksichtigung finden:

- Qualifizierung des Personals in Bezug auf spezifische Bedarfe von behinderten Menschen
- Sexualpädagogische Beratung und Begleitung
- Spezifische Angebote für gewaltbetroffene Frauen mit Behinderungen

Der Wunsch nach geschlechterspezifischer Pflege soll respektiert und nach Möglichkeit umgesetzt werden.



„Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit ohne Diskriminierung aufgrund von Behinderung. Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu geschlechtsspezifischen Gesundheitsdiensten, einschließlich gesundheitlicher Rehabilitation, haben [...]“. Artikel 25 der UN-Behindertenrechtskonvention

Handlungsfeld

Gesundheit

Herausforderungen

Kaum eine Erkrankung bedroht die Teilhabe so nachhaltig wie eine psychische Störung. Viele Menschen, die beispielsweise an Depressionen, Psychosen, bipolaren Störungen oder Suchterkrankungen leiden, können in überschaubaren Zeiträumen wieder eine Stabilisierung erreichen. Sie erhalten in den LWL-Kliniken medizinische und psychotherapeutische Unterstützung, um akute Krisen, Belastungen und Konflikte erfolgreich zu bewältigen.

Andere Menschen durchleben dagegen ein Auf und Ab mit stabilen und krisenhaften Phasen und ihre Erkrankung verläuft insgesamt chronisch. In diesen Fällen droht eine wiederkehrende oder chronische psychische Erkrankung in eine seelische Behinderung überzugehen. Damit einher geht häufig ein Verlust von Arbeitsplatz oder eigener Wohnung, von sozialer Einbindung in Nachbarschaft, Kollegen- und Freundeskreis. Die Menschen erleben eine Exklusion, die sich schnell verfestigen kann.

Es bedarf oft enormer Anstrengungen, eine Rückkehr in inklusive Lebensverhältnisse zu schaffen. Sehr viel effektiver, humaner und auch ressourcenschonender ist es daher, einer solchen Entwicklung möglichst frühzeitig und vorbeugend entgegenzuwirken.

Entscheidend ist also: Je moderner, fachgerechter, sozialraumorientierter eine psychiatrische Therapie und psychosoziale Unterstützung in den psychiatrischen Kliniken angelegt wird, desto wirksamer kann ein Übergang der psychischen Erkrankung in eine seelische Behinderung und damit verbundene Einschränkungen der Teilhabe vermieden werden. Eine vergleichsweise kurzzeitige „Investition“ in hochqualifizierte klinisch-psychiatrische Behandlung zu Beginn der Erkrankung kann so bei vielen Patientinnen und Patienten eine

langfristige Inklusion sichern. Auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht ist dies von Vorteil. Eine therapeutisch qualifizierte und sozialpsychiatrisch fundierte Psychiatrie kann in vielen Fällen langzeitige und im Ergebnis höhere Kosten in anderen Sozialversicherungssystemen verhindern helfen, wenn es gelingt, Leistungen der Behindertenhilfe nach SGB XII in den Bereichen Wohnen oder Arbeit entbehrlich zu machen. Nicht nur aus humanitären und medizinischen Gründen, sondern auch im Interesse des Steuer- und Beitragszahlers können daher Investitionen in eine inklusionsorientierte psychiatrische Infrastruktur immer auch den Fallzahlanstieg und die Bezugsdauer im Bereich der Behindertenhilfe oder Jugendhilfe eingrenzen.

Ziele, Konzepte, Erfolge und Maßnahmen

Inklusion ist und bleibt eine wichtige Aufgabe für die Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes. Alle Menschen, die ein Handicap haben oder von einer Behinderung bedroht sind, kennen ihre persönlichen, behinderungsspezifischen Barrieren auf dem Weg zu einem inklusiven Leben. Besonders augenfällig sind bauliche Barrieren, die die Mobilität von Menschen mit einer Körperbehinderung begrenzen. Für Menschen mit psychischer Erkrankung oder seelischer Behinderung stellen sich die Barrieren inklusiven Lebens sehr viel subtiler,

verdeckter und vielschichtiger dar. Bauliche Barrieren spielen hier eine untergeordnete Rolle. Sehr viel stärker schränken mentale und gesellschaftliche Barrieren „in den Köpfen“ die Teilhabe ein. Inklusion aus der Perspektive der Betroffenen verlangt, diese spezifischen Barrieren bei Menschen mit psychischen Erkrankungen und seelischen Behinderungen in den Blick zu nehmen und dafür spezifisch zugeordnete Antworten zu entwickeln.

1. Psychiatrische Versorgung inklusionsorientiert und innovativ weiterentwickeln

1.1. Lebensweltnahe und niedrighschwellige Tageskliniken und Institutsambulanzen ausbauen

Der LWL hat in der Vergangenheit kontinuierlich einen Ausbau von psychiatrischen Tageskliniken vorangetrieben und will diese Zielsetzung weiter stringent im Rahmen des neuen Krankenhausplans verfolgen.

Eine Ausweitung der Psychiatrischen Institutsambulanzen (PIA) ist an die Voraussetzungen des § 118 SGB V gebunden. Danach ist die Behandlung in Psychiatrischen Institutsambulanzen eingegrenzt auf Versicherte, die wegen Art, Schwere oder Dauer ihrer Erkrankung oder wegen zu großer Entfernung zu geeigneten Ärzten auf die Behandlung durch diese Krankenhäuser angewiesen sind. Der Versorgungsauftrag der PIAs richtet sich

damit vorrangig auf diejenigen Personen mit psychischer Erkrankung oder seelischer Behinderung, die in besonderer Weise dem Risiko von Einschränkungen ihrer Teilhabe ausgesetzt sind. Inklusionsorientierte psychiatrische Versorgung erfordert daher eine besondere Schwerpunktsetzung im Bereich des Ausbaus der PIAs.

Der LWL wird die inklusionsorientierte Arbeit in psychiatrischen Tageskliniken und Institutsambulanzen offensiv weiter ausbauen, um chronifizierten Krankheits- und Behinderungsverläufen mit dem Risiko gesellschaftlicher Exklusion entgegenzuwirken.

1.2. Innovative Modellprojekte mit dem Ziel inklusionsorientierter psychiatrischer Versorgung entwickeln

Für die psychiatrischen und psychosomatischen Krankenhäuser ist die Einführung eines neues Entgeltsystems geplant (PEPP). Nach § 64b SGB V sind Modellprogramme vorgesehen, um die Einführung des PEPP-Entgeltsystems mit innovativen Projekten zu begleiten. Als einer der größten psychiatrischen Dienstleister in Deutschland will der LWL-PsychiatrieVerbund sich durch eigene innovative Konzepte an diesen Modellprogrammen beteiligen. Es ist geplant, an der LWL-Universitätsklinik Bochum sowie an der neuen Tagesklinik der

LWL-Klinik Paderborn am Standort Salzkotten mit den Krankenkassen jeweils ein Modellprojekt zu verhandeln und zu vereinbaren. Die Konzepte des LWL sind stark an dem Ziel der Inklusion ausgerichtet. So werden in Bochum wie in Salzkotten differenzierte Behandlungsmodule im Lebensumfeld des Patienten angeboten. Die Tagesklinik Salzkotten wird einige Behandlungskomponenten beinhalten, die deutlich über das „klassische Angebot“ hinausgehen (z. B. Sieben-Tage-Tagesklinik).

Die Behandlungsangebote werden neben den etablierten medikamentösen und psychotherapeutischen Verfahren einen besonderen Schwerpunkt auf psychosoziale Therapien im Lebensumfeld des Patienten legen und damit als Therapieziel nicht nur psychische Gesundheit, sondern auch möglichst umfassende Teilhabe in den Mittelpunkt stellen. Die Modellprogramme sollen

nicht nur neue Wege inklusionsorientierter Behandlung aufzeigen, sondern auch innovative Entgeltstrukturen, die eine inklusionsgerechte Ausrichtung psychiatrischer Behandlung auch in finanzieller Hinsicht leistungsgerechter abbilden. Bei erfolgreicher Evaluation dieses Modells kann mit den Kostenträgern eine Übertragung auf andere LWL-Klinikstandorte verhandelt werden.

1.3. Prinzip der Regionalversorgung bei Wahrung der Verantwortung für Personen mit komplexen Betreuungsbedarfen beachten

Viele behinderte Menschen mit komplexen Hilfebedarfen finden keine Angebote für angemessene heimatnahe Wohnhilfen. Diese Situation widerspricht vielfach einer inklusionsorientierten Vergabe von Wohnheimplätzen. Der LWL-Wohnverbund sieht sich immer wieder mit Aufnahmeersuchen aus heimatferneren Regionen

konfrontiert, bei denen glaubhaft erkennbar wird, dass die Suche nach einer Wohneinrichtung innerhalb der Heimatregion erfolglos geblieben ist. Dies führt den LWL-Wohnverbund in einen Zielkonflikt zwischen einer regionalen Sicherstellung der Versorgung und der Fürsorge für Menschen mit komplexen Behinderungen.

2. Kooperation, Fortbildung und Forschung

Die Inklusionsthematik ist bei Aus- und Fortbildungen der LWL-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter ein wichtiger Eckpfeiler – für weiteres Know-how sollen Forschungsprojekte sorgen.

Suchtentwicklung bei Personen mit Lernbehinderung oder geistiger Behinderung ist ein Schwerpunkt in der Arbeit der LWL-Koordinationsstelle Sucht.

Folgende ausgewählte Angebote finden zum Teil zusammen mit oder unter Mitarbeit der LWL-Einrichtungen statt.

Erfolge und Maßnahmen

- Initiierung von inklusionsorientierten Forschungsprojekten, die fehlendes Fachwissen vervollständigen und für weiterführende Konzepte in den LWL-Einrichtungen genutzt werden. Ebenso sollen sie in die Ausbildung von Gesundheits- und Krankenpflegern an den LWL-Akademien für Gesundheits- und Pflegeberufe einfließen.

Zuständig / beteiligt: Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes

Zeitplanung: laufend

- Fachtagungen und Fortbildungen für Fachkräfte der Jugend-, Behinderten- und Suchthilfe zum Thema „Intelligenzminderung und Sucht“.

Zuständig / beteiligt: Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes

Zeitplanung: laufend

- Entwicklung eines Präventionsprogramms (Arbeitstitel „Präwo“) für junge Menschen mit geistiger Behinderung. Nach Abschluss der Pilotkurse Veröffentlichung eines Manuals sowie Durchführung einer Fachtagung und von Fortbildungen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Koordinationsstelle Sucht, LVR sowie weitere Akteure

Zeitplanung: 2014/2015

3. Zugangsbarrieren zu psychiatrischer Behandlung abbauen

Die psychiatrischen Behandlungs- und Betreuungsangebote des LWL stehen grundsätzlich allen Menschen zur Verfügung. Für manche Patienten mit körperlichen, geistigen, seelischen oder sinnesbezogenen Einschränkungen, die zusätzlich eine psychische Störung entwickeln, ist es sinnvoll, psychiatrische Behandlungskonzepte in besonderer Weise an die jeweils vorliegende

Behinderung anzupassen. Zudem muss die Vermittlung von sämtlichen Informationen zu psychischer Krankheit und deren Behandlung an die Bedürfnisse und Fertigkeiten von Menschen mit Behinderungen angepasst werden. So können die Hemmschwellen gegenüber einer psychiatrischen Behandlung verringert werden.

Erfolge und Maßnahmen

- Einrichtung stationärer Spezialbereiche, besonderer ambulanter Behandlungsangebote und Spezialsprechstunden, zum Beispiel für Menschen mit einer Hörbehinderung. Die Angebote bieten eine individuelle Diagnostik und Behandlung, die an die Bedürfnisse der Menschen mit der jeweiligen Behinderung angepasst sind.

Zuständig / beteiligt: Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes

Zeitplanung: laufend

- Erarbeitung eines Konzepts „Ambulante Behandlung zu Hause“ (Home-Treatment). Angehörige und

Bekannte des betroffenen Menschen sollen besser in die Behandlung mit einbezogen werden. Organisatorisch sollen die multidisziplinären Teams an die LWL-Kliniken angebunden sein.

Zuständig / beteiligt: LWL-PsychiatrieVerbund

Zeitplanung: in Arbeit

- Sprachliche Anpassung von Angeboten zur Prävention und Gesundheitsförderung; Ausschilderungen, Flyer in Leichter Sprache; barrierefreier Internetzugang.

Zuständig / beteiligt: LWL-PsychiatrieVerbund

Zeitplanung: 2014/2015

3.1. Abbau von Zugangsbarrieren für Opfer von Gewalttaten

Besondere Zugangsbarrieren erleben auch Menschen, die unverschuldet Opfer einer Gewalttat geworden sind. Sie haben das Recht auf Leistungen, die ihre Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft bestmöglich fördern und Benachteiligungen vermeiden oder ihnen entgegenwirken. Gewalttaten führen in der Regel nicht allein zu körperlichen Schäden. Oftmals sind die psychischen Folgen noch gravierender. Die Folgen reichen hier von akuten Belastungsreaktionen bis hin zu schweren psychischen Dauerschäden. Wissenschaftliche Untersuchungen haben

gezeigt, dass schnell gehandelt werden muss, um eine Chronifizierung psychischer Traumata zu vermeiden. Der direkte Zugang zu professioneller Hilfe muss gewährleistet sein. Das LWL-Versorgungsamt Westfalen bietet in enger Zusammenarbeit mit dem LWL-PsychiatrieVerbund Traumaambulanzen, in denen Opfer von Gewalttaten möglichst wohnortnah und schnell Hilfe bekommen, um Gewalterlebnisse aufarbeiten zu können. In der Regel erhalten die Opfer spätestens nach einer Woche einen Termin, um notwendige Maßnahmen einzuleiten.

3.2. Spezifische traumatherapeutische Angebote für Frauen mit Behinderungen

In den Kliniken des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen gibt es derzeit ca. 60 hochqualifizierte ärztliche und psychologische Psychotherapeuten mit einer speziellen traumatherapeutischen Zusatzqualifikation. Dieses pro-

fessionelle Angebot soll für die besonderen Bedarfe und Bedürfnisse von Frauen mit Behinderungen spezifiziert und ausgeweitet werden. Ein solches Angebot setzt fachlich die Kombination von traumatherapeutischen

Kompetenzen und behinderungsspezifischen Kenntnissen voraus. Diese fachlichen Voraussetzungen liegen bei Schwerpunktangeboten einzelner LWL-Kliniken (z. B. LWL-Universitätsklinikum Bochum, LWL-Klinik Münster, LWL-Klinik Hemer) beispielsweise im Rahmen der Spezialisierung psychiatrischer Behandlung für

geistig behinderte Menschen vor. Eine Ausweitung des Angebotes über diese Standorte hinaus erfordert weitere fachliche Qualifizierungsmaßnahmen im Sinne der Zusammenführung traumatherapeutischer und behinderungsspezifischer Kompetenzen.

4. Internistische und psychiatrische Behandlung verbessern

4.1. Internistische Behandlung bei psychisch kranken Menschen sicherstellen

Eigene und fremde Untersuchungen haben gezeigt, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen und seelischen Behinderungen auch häufiger an organischen Erkrankungen leiden und im Zugang zu internistischer Behandlung aus vielerlei Gründen benachteiligt sind. Daher soll für Patientinnen und Patienten mit psychischen Erkran-

kungen und seelischen Behinderungen auch die reguläre organmedizinische Versorgung verbessert werden. Der LWL baut dazu die Zusammenarbeit der LWL-Einrichtungen mit somatischen Kliniken und niedergelassenen Ärzten aus.

Erfolge und Maßnahmen

- Fortbildung für Ärzte zu dem Thema „Patienten mit geistiger Behinderung oder Demenz“.

Zuständig / beteiligt: LWL-PsychiatrieVerbund mit dem Demenz-Servicezentrum Münsterland, dem Kuratorium Deutsche Altershilfe (Köln) und dem LVR

Zeitplanung: in Arbeit

- Studie zum Thema „Die somatische Versorgung psychisch Kranker“.

Zuständig / beteiligt: LWL-Forschungsinstitut für seelische Gesundheit

Zeitplanung: Zwischenergebnisse wurden beim Fortbildungstag des LWL-Forschungsinstituts im Februar 2013 vorgestellt

4.2. Psychiatrische Versorgung bei wesentlich behinderten Menschen in Einrichtungen weiter qualifizieren

Die psychiatrische Versorgung und Behandlung von Personen mit Behinderungen unterschiedlicher Art und Genese erfordert eine besondere Expertise, da sowohl Kenntnisse über die Ursachen, Verläufe und Bedarfe der individuell vorliegenden Behinderung als auch Kenntnisse über die spezifische Wirksamkeit psychiatrischer Therapie bei dieser Personengruppe vorliegen müssen. Im Rahmen der Tätigkeiten der psychiatrischen Institutsambulanzen der LWL-Kliniken besteht bereits ein reichhaltiger Erfahrungsschatz in der ambulanten

Behandlung von Bewohnerinnen und Bewohnern von Eingliederungshilfe- und Pflegeeinrichtungen sowohl in LWL-Trägerschaft als auch in frei gemeinnütziger oder privater Trägerschaft. Die Durchführung vertiefender Fortbildungsmaßnahmen soll differenzierter für diese fachlich anspruchsvolle Tätigkeit qualifizieren und damit die fachpsychiatrische Behandlung für die spezifischen Bedarfe von Personen mit unterschiedlichen Behinderungsformen verbessern.

5. Sprachliche, kommunikative und kulturelle Zugangsbarrieren abbauen

5.1. Gezielte Ausrichtung der Öffentlichkeitsarbeit und des Internetauftritts des LWL-PsychiatrieVerbundes an den Informationsbedürfnissen von Laien (Patientinnen und Patienten sowie Angehörige)

Trotz aller Fortschritte bei der Entstigmatisierung psychischer Erkrankung und Behinderung zeigen viele Personen mit psychischen Problemen weiterhin eine Scheu vor der Inanspruchnahme fachpsychiatrischer Therapie. Der Verzicht oder die Verzögerung einer Kontaktaufnahme zu professionellen Hilfen mündet in vielen Fällen in eine weitere Verschlechterung des Erkrankungsverlaufs und damit der Teilhabe vor allem am Arbeitsleben. Viele Menschen mit psychischen Problemen haben keine genauen Vorstellungen über die konkreten Rahmenbedingungen und Leistungen psychiatrischer Behandlungsangebote. Sie möchten sich vor Aufnahme eines Behandlungskontaktes zunächst orientieren und unverbindlich informieren, ob die Angebote eine angemessene Antwort auf ihre individuelle Situation bieten könnten.

Die Internetauftritte der Kliniken und Einrichtungen des LWL-PV sollen daher um gezielte Informationen in Laiensprache erweitert werden, damit behandlungsinteressierte Personen zunächst „niedrigschwellig“ vor Aufnahme eines Behandlungskontaktes prüfen können, ob angebotene Therapien ihren Bedürfnissen und Wünschen entsprechen. Dies senkt Schwellenängste und stärkt die Selbstbestimmung und Wahlmöglichkeiten Betroffener. Der LWL-PV wird daher alle Internetauftritte seiner Einrichtungen vereinheitlichen und fachlich seriöse Informationen wirkungsvoller mit einer sprachlich einfachen und verständlichen Aufbereitung verknüpfen.

5.2. Abbau kultureller und sprachlicher Barrieren bei Migrantinnen und Migranten mit psychischer Erkrankung oder seelischer Behinderung

In NRW liegt der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung – je nach Region – zwischen 15 und 25 % (Statistisches Bundesamt 2012). Rund 11 % dieser Menschen haben eine Behinderung (Zeitschrift „Orientierung, Migration &

Behinderung“, 1/2012). Der Anteil von Patientinnen und Patienten mit Zuwanderungshintergrund liegt in den LWL-Kliniken bei etwa 15 bis 20 %. Für diese Menschen müssen spezielle Angebote gemacht werden.

Erfolge und Maßnahmen

- Einsatz von LWL-Integrationsberaterinnen und -beratern, die sprachliche und kulturelle Barrieren verhindern oder beseitigen sollen. Durch Fortbildungen, regelmäßigen Austausch und Kooperationen etwa mit dem LVR wird das Wissen der Integrationsberaterinnen und -berater fortlaufend auf den neuesten Stand gebracht.
Zuständig / beteiligt: alle LWL-Klinikstandorte
Zeitplanung: seit 2009

- LWL-eigenes Instrument des „Kompetenzchecks“ zur regelmäßigen Abfrage, welche interkulturellen Angebote vorgehalten werden.
Zuständig / beteiligt: alle Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes
Zeitplanung: jährlich

6. Persönliche Sichtweisen und Wünsche Psychiatrieerfahrener und Angehöriger einbeziehen

6.1. Dialog zwischen Psychiatrieerfahrenen, Angehörigen und Professionellen

Der durchgängige Einbezug der Patientenperspektive und Angehörigenperspektive in die Behandlungsplanung und gemeinsame Vereinbarungen zum Behandlungsprozedere sind originärer Bestandteil des professionellen Selbstverständnisses im LWL-PsychiatrieVerbund. Sie stärken die Selbstbestimmung der Patientinnen und Patienten, sichern die Unterstützungsbereitschaft der Angehörigen und stabilisieren die Entscheidung für den gemeinsamen Behandlungsplan und damit dessen langfristige Umsetzung unter Alltagsbedingungen. Dies stabilisiert wiederum den Behandlungserfolg und damit die Inklusion.

Der LWL-PV wird seine dialogischen Aktivitäten daher durch konsequenten Einbezug der Patienten- und der Angehörigenperspektive in alle Behandlungsangebote (Behandeln und Verhandeln) verstärken. Es werden diejenigen Therapieangebote gezielt verbessert, die systematisiert einerseits die Erfahrungen von Psychiatrieerfahrenen sowie Angehörigen und andererseits die professionellen Konzepte der Therapeuten zusammenführen. Darüber hinaus wird der LWL-PV beispielsweise den EX-IN-Ansatz fördern, indem die Ausbildung, der wirksame Einsatz und die Finanzierung von sogenannten Genesungsbegleitern systematisch erprobt und evaluiert wird.

Erfolge und Maßnahmen

- Etablierung eines Arbeitskreises „Dialog“ mit Psychiatrieerfahrenen, Angehörigen und Fachleuten aus den LWL-Kliniken, LWL-Wohnverbänden und LWL-Pflegezentren. In der Praxis werden gemeinsame Gespräche zwischen Patientinnen und Patienten, Angehörigen und behandelndem Arzt oder Ärztin geführt. LWL-Kliniken für Erwachsene wollen zudem Genesungsbegleiter einsetzen.

Zuständig / beteiligt: LWL-PsychiatrieVerbund
Zeitplanung: seit Ende 2011

- Förderung von dialogischen Aktivitäten: Unterstützung unter anderem der Landesverbände der Angehörigen und Vereine Psychiatrieerfahrener, Symposien für Angehörige.

Zuständig / beteiligt: LWL-PsychiatrieVerbund
Zeitplanung: laufend



Therapeutisches Reiten →

6.2. Der Wunsch nach geschlechtersensibler Pflege soll respektiert und nach Möglichkeit umgesetzt werden

In allen LWL-Kliniken werden bereits unterschiedliche Aspekte einer „geschlechtersensiblen Psychiatrie“ pragmatisch umgesetzt. Der explizite Wunsch von Patientinnen und Patienten, jeweils ausschließlich bzw. überwiegend von weiblichem oder männlichem Pflegepersonal betreut zu werden (z. B. beim Waschen), soll im Rahmen des jeweils zur Verfügung stehenden Pflegepersonals respektiert und ermöglicht werden. Dieses Ziel ergibt

sich aus den Grundprinzipien einer patientenorientierten, fachlich und ethisch fundierten Pflege. Die konsequente Umsetzung in der Praxis erfordert Schwerpunktsetzungen bei der Neubesetzung zur Verfügung stehender Personalstellen. Hilfsweise müssen Stationen sich wechselseitig aushelfen, wenn nicht genügend männliches oder (seltener) weibliches Personal zur Verfügung steht, um dem Wunsch nach geschlechtersensibler Pflege gerecht zu werden.

7. Abbau von baulichen Barrieren im LWL-PsychiatrieVerbund Westfalen

Bauliche Zugangsbarrieren zu den Angeboten und Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes sollen abgebaut oder vermieden werden, um Menschen mit Behinderungen oder gerontopsychiatrischen Einschränkungen die Nutzung zu erleichtern. Jeder Neubau wird barriere-

frei errichtet. Bei bestehenden Gebäuden sollen während anstehender Renovierungs- oder Umbauarbeiten Barrieren abgebaut werden, etwa durch das Nachrüsten von Fahrstühlen, Anbringen automatischer Türöffner, Renovieren und Umwandeln der Sanitärbereiche.

Erfolge und Maßnahmen

- Die Vorlage 13/0680 „Priorisiertes Bauprogramm des LWL-PsychiatrieVerbunds Westfalen“ vom September 2011 wurde von den politischen Gremien beschlossen. Im Zeitraum 2011 – 2021 sind innerhalb des LWL-PsychiatrieVerbunds Westfalen insgesamt 69 Bauvorhaben geplant, sowohl Neu- als auch Umbauten. Die konkre-

ten Termine sind abhängig von den politischen Beschlüssen.

Zuständig / beteiligt: LWL-PsychiatrieVerbund mit LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb

Zeitplanung: 2011 bis 2021



← Psychoedukative Gruppe



„Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen, gleichberechtigt mit anderen am kulturellen Leben teilzunehmen, und treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen [...] Zugang zu Orten kultureller Darbietungen oder Dienstleistungen, wie Theatern, Museen, Kinos, Bibliotheken und Tourismusdiensten, sowie, so weit wie möglich, zu Denkmälern und Stätten von nationaler kultureller Bedeutung haben.“

Artikel 30 der UN-Behindertenrechtskonvention

Handlungsfeld Freizeit und Kultur

Herausforderungen

So vielfältig, wie die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen sind, so vielfältig sind die Angebote der Kultur. Ob Museen oder Veranstaltungen, Informationen, Wissenschaft, Forschung oder der Wunsch, etwas zu recherchieren – die Ansprüche sind unterschiedlich und sollen erfüllt werden. Der umfassende barrierefreie Zugang ist dabei von größter Bedeutung. Ob Tastobjekte, Angebote in Gebärdensprache, museumspädagogische Programme oder bauliche Voraussetzungen für einen Museumsbesuch, das Spektrum ist weit.

Die Herausforderung in der Kultur besteht für den LWL auf mehreren Ebenen. Zum einen ist es wichtig, Menschen mit Behinderungen immer wieder einzuladen und zu animieren, die kulturellen Angebote wahrzunehmen. Der LWL muss dazu nicht nur aktive und stets auch interaktive Informationspolitik betreiben, sondern auch mit Verbänden und Interessenvertretern kooperieren, die als Multiplikatoren fungieren. Zum anderen müssen die LWL-Einrichtungen ihre Angebote immer wieder an die tatsächlichen Bedürfnisse anpassen.

Das gilt für alle Lebensphasen, von der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche über familiengerechte Angebote bis hin zur Kultur im Alter. Erreicht werden sollen alle Menschen ohne Unterschied, unabhängig davon, ob sie jung oder alt sind, eine Behinderung oder einen Migrationshintergrund haben.

Ziele, Konzepte, Erfolge und Maßnahmen

Die LWL-Kulturabteilung hat das Ziel, die Inklusion als den „Normalfall“ zu betrachten und in die tägliche Arbeit zu integrieren. Dies spiegelt sich auch wider in den Planungen für die Arbeitsprogramme, die Veranstaltungen und Ausstellungen und findet Berücksichtigung in den Zielvereinbarungen. Es kann nicht in erster Linie darum gehen, punktuell auf spezielle Einzelbedürfnisse einzugehen. Dies könnte dazu führen, dass eine Maßnahme eine Gruppe von Menschen mit Behinderungen unterstützt, gleichzeitig eine andere

Gruppe aber benachteiligt. Vielmehr strebt der LWL an, die Inklusion bei allen Aktionen multidisziplinär mitzudenken: Vom Bau oder Umbau der Gebäude bis zu museumspädagogischen Angeboten und Ausstellungen soll – so weit es möglich und finanziell vertretbar ist – die Inklusion berücksichtigt werden. Eine Ausstellung zum Beispiel, die unter diesem Gesichtspunkt geplant wird, ist für alle ein Gewinn. Selbstverständlich sind Vitrinen eine Herausforderung, die gleichermaßen gut von Rollstuhlfahrerinnen und -fahrern oder Menschen

ohne Rollstuhl einsehbar sein sollten. Der Charme liegt aber oft in außergewöhnlichen Lösungen, die für solche Konstellationen entwickelt werden.

Vielfach zeigt sich in der Praxis, dass davon weitaus mehr Besucherinnen und Besucher profitieren, als zunächst gedacht wurde. Tastmodelle finden nicht nur bei Menschen mit einer Sehbehinderung Zuspruch, sondern bieten allen die Möglichkeit, sich mit bestimmten Formen von Kunstwerken zu befassen. Ähnliches gilt für barrierefreie Wege, die es auch Menschen im Rollstuhl, mit Rollator oder einem Kinderwagen erlauben, die Museumsorte durchgängig zu besichtigen. Gut lesbare Ausschilderungen finden ebenfalls alle Besucherinnen und Besucher begrüßenswert.

Alle LWL-Museen konzipieren nicht nur spezielle Führungen für die unterschiedlichen Arten von Behinderungen. Vielmehr stimmen sie maßgeschneiderte Angebote

auf bestimmte Anforderungen ab. Dies kommt insbesondere Schulen zugute, die – je nach Wissens- und Entwicklungsstand der Schülerinnen und Schüler – unterschiedliche Bedürfnisse haben.

Die LWL-Museen gehören zu den deutschlandweit wenigen Häusern, die speziell auch Führungen und Programme für Menschen mit einer geistigen Behinderung anbieten.

Ziel der LWL-Kultur ist es nicht, nur Einzelmaßnahmen vorzuschlagen, sondern eine **alle Kultureinrichtungen umfassende Strategie** zu erarbeiten, die beispielgebend für alle Kultureinrichtungen in Westfalen-Lippe sein soll. Für die Vermittlung und Kommunikation wird ein Workshop stattfinden und ein Leitfaden erarbeitet, der Orientierung bringen wird und auch Fördermöglichkeiten aufzeigt.

1. Strategische Maßnahmen

Erfolge und Maßnahmen

- Erarbeitung einer umfassenden Strategie der Inklusion unter Einbeziehung aller LWL-Kultureinrichtungen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Kulturabteilung und -einrichtungen

Zeitplanung: bis Herbst 2014

- Entwicklung einer Handreichung insbesondere für westfälische Museen, aber auch darüber hinaus. Inhalt sollen Kriterien sein, die unter Inklusionsgesichtspunkten zu beachten sind. Ausgerichtet werden soll die Handreichung an den Erfahrungen des LWL-Museums für Kunst und Kultur, dessen Neubau inklusionsgerecht geplant und umgesetzt wurde.

Zuständig / beteiligt: LWL-Kulturabteilung und LWL-Museumsamt für Westfalen

Zeitplanung: 2014

- Erstellen einer Informationsbroschüre zu inklusiven Museen einschließlich der Darstellung von Fördermöglichkeiten.

Zuständig / beteiligt: LWL-Kulturabteilung und LWL-Museumsamt für Westfalen

Zeitplanung: 2014

- Organisation und Durchführung einer Tagung zum Thema „Inklusion in Museen“.

Zuständig / beteiligt: LWL-Kulturabteilung

Zeitplanung: Frühjahr 2015

- Für die Zeitschrift „Westfälische Forschungen“ des LWL-Instituts für westfälische Regionalgeschichte wird für den Band 65 (2015) der Schwerpunktteil „Inklusion/ Exklusion“ vorbereitet.

Zuständig / beteiligt: LWL-Kulturabteilung und Westfälisches Institut für Regionalgeschichte

Zeitplanung: 2014

- Schulung der Saisonkräfte für den Umgang mit gehörlosen Menschen; individuelle Beratung.

Zuständig / beteiligt: LWL-Freilichtmuseum Hagen

Zeitplanung: 2014

- 50.000 Euro Fördermittel standen für inklusive Baumaßnahmen in Museen zur Verfügung, davon sind rd. 21.000 Euro für vier Inklusionsmaßnahmen in Westfalen-Lippe bewilligt worden. Vorab gab es hierzu mehrere Beratungen und gezielte Ansprachen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Museumsamt für Westfalen

Zeitplanung: 2013

- Fachtagungen zum Thema „Inklusive Filmbildung“; Schulträgetagung „IT-Ausstattung an inklusiven Schulen“ zum Einsatz lernförderlicher IT in inklusiven Unterrichtsszenarien an allgemeinbildenden Schulen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Medienzentrum für Westfalen

Zeitplanung: 2013

- Das LWL-Museum für Kunst und Kultur in Münster, das 2014 wiedereröffnet wird, hat beim Neubau pilotprozessartig Behindertenverbände in die Diskussion einbezogen. Das Museum wurde von Anfang an behinderungsgerecht geplant. Dabei wurden alle Bereiche des Museums berücksichtigt, insbesondere das Farb-, Schrift-, Licht- und Raumkonzept. Auch gibt es spezielle Aktionen, bei denen Kunst und Kultur mit allen Sinnen, zum Beispiel auch an Tastmodellen erfahren wird. Der Gesamtprozess ist beispielgebend für Museumsneubauten und geplante Ausstellungen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Museum für Kunst und Kultur in Münster

Zeitplanung: 2014

- Broschüren in Leichter Sprache für alle LWL-Museen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Kulturabteilung

Zeitplanung: 2014

- Umsetzung der Landesinitiative „Teilhabe an Arbeit“ mit dem Ziel, in LWL-Kultureinrichtungen Außenarbeitsplätze zu schaffen. Das LWL-Archivamt hat bereits Profile für zwei Außenarbeitsplätze vorgelegt.

Zuständig / beteiligt: LWL-Kulturabteilung, LWL-Archivamt, LWL-Behindertenhilfe, LWL-Personalabteilung

Zeitplanung: 2014 – 2015

- Erarbeitung von speziellen Werbemaßnahmen, die sich an Menschen mit Behinderungen richten, in Kooperation mit diversen Behinderteneinrichtungen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Kulturabteilung

Zeitplanung: 2014

- Überprüfung der Förderrichtlinien bei der Mittelvergabe im Sinne einer Verwendung der Mittel unter Beachtung bestimmter (noch zu definierender) grund-

sätzlicher inklusionsrelevanter Voraussetzungen (z. B. barrierefreier Internetauftritt der Einrichtung).

Zuständig / beteiligt: LWL-Kulturabteilung, LWL-Museumsamt für Westfalen

Zeitplanung: 2014

- Überprüfung der Internetauftritte der LWL-Kultureinrichtungen und ggf. Anpassung, falls noch Lücken bei der Barrierefreiheit bestehen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Kulturabteilung und -einrichtungen

Zeitplanung: 2014

- Zertifizierung: Das LWL-Industriemuseum hat sich mit seinen acht Standorten als eines der ersten Museen deutschlandweit der Zertifizierung ServiceQualität-Deutschland unterzogen und das Siegel „ServiceQ“ erhalten. Damit konnten die Museen ihre Serviceleistungen und insgesamt die Qualität der Häuser weiter steigern. Dabei werden alle Aspekte eines optimalen Services für die Besucherinnen und Besucher im Rahmen der Qualifizierung diskutiert und – falls erforderlich – angepasst. In besonderem Maße gehören hierzu die Inklusion und das regelmäßige Überprüfen, inwieweit die Serviceleistungen für Menschen mit Behinderungen optimiert werden können. Das hat positive Effekte für die Besucherinnen und Besucher, aber auch nach innen wirkt es sich motivierend auf das Miteinander in den Einrichtungen aus. Es wird geprüft, wie diese Zertifizierung auf alle LWL-Museen ausgeweitet werden kann.

Zuständig / beteiligt: LWL-Industriemuseum

Zeitplanung: fortlaufend

- Das Museum 24/7 ist eine neuartige Museumsplattform, die insbesondere jungen Menschen den Zugang zur Kunst erleichtert.

Der Besuch in diesem „virtuellen Museum“ animiert Besucherinnen und Besucher dazu, das reale LWL-Museum für Kunst und Kultur zu besuchen. Es bietet dem Museum die Möglichkeit, die in der Sammlung befindlichen Kunstwerke ansprechend zu präsentieren und nachhaltige Vermittlungskonzepte zu entwickeln, die eine breite Öffentlichkeit erreichen und so weit über die realen Besucherzahlen des Museums hinausgehen. In Zukunft wird das Museum 24/7 dazu genutzt, den Besucherkreis kontinuierlich zu erweitern und neue Vermittlungswege zu entwickeln. Das Projekt ermöglicht insbesondere auch Menschen mit Behinderungen einen neuen, zeitgemäßen Zugang. Zudem trägt das virtuelle

Museum auf lange Sicht dazu bei, den Besucherinnen und Besuchern Inhalte und Zusammenhänge zu vermitteln, die über das im realen Museum Mögliche hinausgehen. Eine Vorab-Ansicht der Sammlung und ausgestellten Werke schafft beim Besucher Vertrauen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Museum für Kunst und Kultur

Zeitplanung: 2014

- Die LWL-Museen planen auch selbst vermehrt Informationen und Veröffentlichungen wie Flyer oder Broschüren in Leichter Sprache, die einen einfacheren Zugang zu den Ausstellungen ermöglichen. Ausgebaut wird der Zugang zu den Ausstellungen über audiovisuelle Angebote und spezielle Audio-/Videoguides. Das LWL-Römermuseum in Haltern ist das erste Museum in NRW und eines der ersten in Deutschland, das einen Multimedia-Guide speziell für gehörlose Menschen anbietet. Das tragbare Gerät hat einen kleinen Bildschirm, auf dem Informationen zu den wichtigsten Museumsbereichen und Exponaten in Gebärdensprache vermittelt werden.

Zuständig / beteiligt: LWL-Museen

Zeitplanung: seit 2012

- Die Denkmäler: Die LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen ist zuständig für die Bereiche Erhaltung, Pflege und Entwicklung des kulturellen Erbes. Dabei ist sie vielfach an die Vorgaben des Denkmalschutzgesetzes und vergleichbarer Regelungen gebunden. Soweit es der Beurteilungsspielraum aber zulässt, suchen die LWL-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter nach Lösungen, die den Bedürfnissen der Menschen mit Behinderungen entsprechen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen

Zeitplanung: laufend

- Im Jahr 2013 konnten durch die Optimierung des Angebots und die Bewerbung deutlich mehr gehörlose Menschen erreicht werden, die die Führungen in Anspruch genommen haben. An einigen Standorten ist es zu neuen Kontakten mit den Behindertenorganisationen gekommen, die als Multiplikatoren bei ihren Mitgliedern wirken.

Zuständig / beteiligt: LWL-Museen

Zeitplanung: seit 2013

Kohle weckt Erinnerung: →
Museumspädagoge des
LWL-Industriemuseums
weckt über Exponate die
Sinne demenzkranker
Menschen



2. Investive Maßnahmen

Der LWL bezieht alle Beteiligten frühzeitig in wesentliche Planungen mit ein. Der offene Umgang miteinander ist die Basis für eine vertrauensvolle Kooperation, die in vielen Fällen zu breit akzeptierten Lösungen führen kann.

Erfolge und Maßnahmen

- Enge Kooperation mit dem LWL-BLB zur Umsetzung baulicher Maßnahmen (vgl. dazu auch die Vorschläge des BLB). Ziel ist es, vorrangig in Zusammenarbeit mit dem BLB den barrierefreien Zugang zu den LWL-Museen zu gewährleisten.

Zuständig / beteiligt: LWL-Kulturabteilung, LWL-BLB

Zeitplanung: 2014

Die folgenden Einzelmaßnahmen sind beispielgebend:

- Im Museumsentwicklungsplan des LWL-Freilichtmuseums Hagen – Westfälisches Landesmuseum für Handwerk und Technik ist der barrierefreie Zugang verankert. Die Museumsterrassen sind nun für alle zugänglich, entwickeln sich zu einem Anziehungspunkt und sind mit einem Preis für Barrierefreiheit ausgezeichnet worden

Zuständig / beteiligt: LWL-Freilichtmuseum Hagen – Westfälisches Landesmuseum für Handwerk und Technik

Zeitplanung: seit 2013

- Besuchertransportsystem für das LWL-Freilichtmuseum Hagen. Varianten sind in der Prüfung.

Zuständig / beteiligt: LWL-Kulturabteilung, LWL-Freilichtmuseum Hagen, Verbände

Zeitplanung: steht noch nicht fest

- Stollenrollstuhl: LWL-Industriemuseum Zeche Nachtigall Witten und LWL-Berufsbildungswerk Soest entwickelten gemeinsam ein Fahrzeug für Besucherinnen und Besucher mit Gehbehinderungen („Stollenrollstuhl“).

Zuständig / beteiligt: LWL-Industriemuseum und LWL-Berufsbildungswerk Soest

Zeitplanung: 2013



← Führung mit Gebärdendolmetscherin im LWL-Industriemuseum, Schiffshebewerk Henrichenburg, Waltrop

3. Spezielle Programme und bessere Informationen

Der LWL baut die Qualität des Museumbesuchs auf allen Ebenen aus. Davon profitieren nicht nur Menschen mit Behinderungen, sondern alle Besucherinnen und Besucher. Die zwischenmenschliche Komponente ist besonders wichtig. Sensibel und verständnisvoll auf die Besucherinnen und Besucher und ihre Wünsche einzugehen, ist eine Stärke des Personals der LWL-Museen und -Kulturdienste. Ein effektives Beschwerde-

management trägt darüber hinaus dazu bei, eventuelle Schwachstellen herauszufiltern und die erforderlichen Änderungen in die Wege zu leiten. Die Besucherinnen und Besucher fühlen sich ernst genommen, wenn sie auf eine Beschwerde ein ernsthaftes Feedback erhalten und bei einem erneuten Besuch feststellen können, dass die Mängel beseitigt wurden.

Erfolge und Maßnahmen

- Die LWL-Museen entwickeln ein immer größeres Angebot an spezialisierten Führungen und museumspädagogischen Programmen, welche auf die Bedürfnisse von Menschen mit verschiedenen Behinderungen angepasst sind.

Zuständig / beteiligt: LWL-Museen

Zeitplanung: fortlaufend

Beispiele:

- Das LWL-Industriemuseum hat in einem Pilotprojekt spezielle Programme für Menschen mit demenziellen Erkrankungen entwickelt. Über haptische Erfahrungen, wie zum Beispiel das Berühren der früher vielfach benutzten „Grubentücher“ oder eines alten Kochgeschirrs, werden längst verschüttet geglaubte Erinnerungen wieder wach und bleiben sogar erhalten. Die Initiative des LWL-Industriemuseums war und ist ein großer Erfolg. Die LWL-Kultureinrichtungen stellen sich aktuellen demografischen Herausforderungen und entwickeln kreative Ansätze. So wurde ein Faltblatt „Gruppenangebote für Menschen im hohen Alter“ herausgegeben. Das Programm für demenzerkrankte Menschen wird immer stärker angefragt. Seit 2009 wurden 38 Einrichtungen der Altenpflege besucht. In einigen Einrichtungen wurde das Programm bereits zu einem dauerhaften Angebot. Seit Ende 2012 sind nunmehr sieben Häuser ständige Partner und werden im Abstand von zwei Wochen besucht. Das LWL-Industriemuseum arbeitet in Kooperation mit diversen Anbietern, wie z. B. der Caritas und Altenpflegeeinrichtungen, permanent an einem weiteren Ausbau. Neue Ideen und Aktivitäten werden derzeit vorbereitet, um die Erfolge noch nachhaltiger zu gestalten.

- Die Veröffentlichung „Generation 50plus im Museum. Strategische Angebote für eine wachsende Zielgruppe“, herausgegeben von Mareike Buba, Jenny Linke und Cordula Obergassel, ist in Vorbereitung.

Zuständig / beteiligt: LWL-Industriemuseum

Zeitplanung: 2014

- Die Stiftung Kloster Dalheim, LWL-Landesmuseum für Klosterkultur, bietet eine Führung für Menschen mit demenziellen Erkrankungen an. Die Erprobung des Gruppenangebots für Menschen mit Demenz begann im Frühjahr 2013 in Zusammenarbeit mit der Caritas Paderborn.

Zuständig / beteiligt: Stiftung Kloster Dalheim, LWL-Landesmuseum für Klosterkultur

Zeitplanung: seit 2013

- Das LWL-Museum für Naturkunde Münster hat zu der Sonderausstellung „Tiere der Bibel“ ein spezielles Angebot für Menschen mit Demenz eingerichtet. Das neue Programm zu den Dioramen in der Dauerausstellung „Westfalen im Wandel – von der Mammutsteppe zur Agrarlandschaft“ wurde Mitte des Jahres 2013 fertiggestellt.

Führung für Menschen mit Demenz: 2012 „Der Garten Eden – Das Paradies“, seit Mitte 2013 „Heimische Säugetiere“.

Führungsangebot 60Plus30 „Schätze im Naturkundemuseum“: Zu einer 60-minütigen Führung in der Ausstellung oder Sonderausstellung mit zusätzlichen Handstücken kann die Museumspädagogin für ein Gespräch, z. B. in der Cafeteria, für weitere 30 Minuten gebucht werden. Ursprünglich für Senioren konzipiert, wird

dieses Angebot auch gern von jüngeren Erwachsenen wahrgenommen.

Führungen für Kleingruppen von blinden und sehbehinderten Menschen in der Wal-Ausstellung.

Zuständig / beteiligt: LWL-Museum für Naturkunde Münster

Zeitplanung: seit 2013

- „Mittelalter begreifbar“; museumspädagogisches Programm für blinde und sehbehinderte Menschen ab 10 Jahren.

Zuständig / beteiligt: LWL-Archäologie für Westfalen: Museum in der Kaiserpfalz

Zeitplanung: 2013

- Führung in Gebärdensprache zum Geburtstag des LWL-Museums für Archäologie („Archäologie total!“) und Führung für Menschen mit einer Sehbehinderung zum Sehbehindertentag am 6. Juni. Standardführung durch die Dauerausstellung und durch die Sonderausstellung „Schädelkult“ in Gebärdensprache sowie Standardführung durch die Dauerausstellung für Menschen mit Sehbehinderungen als Bestandteil des (dauerhaften) museumspädagogischen Angebots.

Öffentliche Führungen in Gebärdensprache und für Menschen mit Sehbehinderungen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Archäologie für Westfalen: LWL-Museum für Archäologie, Herne

Zeitplanung: seit 2013

- Neue Führung im LWL-Freilichtmuseum Hagen: „Tastführung Handwerk und Technik begreifen“. Bei dieser Führung liegt ein besonderer Schwerpunkt auf der taktilen Vermittlung von Materialität und Oberflächen; zudem werden weitere Sinneswahrnehmungen wie Riechen und Schmecken berücksichtigt.

Zuständig / beteiligt: LWL-Freilichtmuseum Hagen

Zeitplanung: seit 2013

- Tastmodelle sind in den folgenden Museen vorhanden: LWL-Freilichtmuseum Detmold, LWL-Museum für Kunst und Kultur (geplant, die Finanzierung ist jedoch noch offen), LWL-Museum für Naturkunde, LWL-Römermuseum, Museum in der Kaiserpfalz, LWL-Industriemuseum an den Standorten Zeche Zollern, Henrichshütte Hattingen, Schiffshebewerk Henrichenburg und Glashütte Gernheim. Das LWL-Museum für Kunst und Kultur plant darüber hinaus ein Lesetasthörbuch zu einzelnen Objekten. Die Finanzierung ist jedoch noch offen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Museen

Zeitplanung: laufend

- Für Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen: Kinderkeller für sensorische Integrationsübungen unter Anleitung von Sonderpädagogen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Industriemuseum – Zeche Zollern, Dortmund

Zeitplanung: laufend

- Im LWL-Freilichtmuseum Detmold sind ein Museumsführer für blinde und sehbehinderte Menschen und der Flyer „Barrierefrei“ in Arbeit.

Zuständig / beteiligt: LWL-Freilichtmuseum Detmold

Zeitplanung: 2014

- „Römerzeit begreifbar“; museumspädagogisches Programm für blinde und sehbehinderte Menschen ab 10 Jahren; Kooperation mit der LWL-Haardklinik; regelmäßig öffentliche Führungen mit Gebärdensprachendolmetscherin.

Zuständig / beteiligt: LWL-Archäologie für Westfalen: LWL-Römermuseum, Haltern

Zeitplanung: laufend

- Im LWL-Archivamt gibt es Überlegungen zur Entwicklung von alterspädagogischen (geragogischen) Angeboten, voraussichtliche Zusammenarbeit mit der Westfälischen Gesellschaft für Genealogie; eventuell Kurse zur Paläografie (Lehre von alten Schriften) und zu Methoden genealogischer Forschung.

Zuständig / beteiligt: LWL-Archivamt für Westfalen

Zeitplanung: 2014

- Die „SchulKinoWochen“ des LWL-Medienzentrums für Westfalen erfreuen sich zunehmender Beliebtheit und erreichen zahlreiche Jugendliche und Lehrkräfte mit spezifischen Informationen zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen. Bei den „SchulKinoWochen“ wird stets Wert darauf gelegt, dem Aspekt der Inklusion ausreichend Raum zu widmen. Ein gutes Beispiel ist z. B. die Tatsache, dass der Film „Ziemlich beste Freunde“ im Rennen um die Zuschauergunst der „SchulKinoWochen“ NRW zum beliebtesten Film erklärt wurde. Er visualisiert in besonderer Weise das Thema Inklusion. 2014 stehen die „SchulKinoWochen“ unter dem besonderen Schwerpunkt Inklusion.

Zuständig / beteiligt: LWL-Medienzentrum

Zeitplanung: jährlich

- Durch die vielfältigen Angebote für Schulen und die speziellen Programme für Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Arten von Behinderungen unterstützen auch die LWL-Kulturdienste, dass Menschen mit Behinderungen Einblicke in die wissenschaftliche Arbeit bekommen. Nicht nur die LWL-Museen entwickeln attraktive Aktionen. Auch die Kulturdienste tragen aktiv zur Inklusion bei. So befasst sich die regelmäßig stattfindende Denkmalrallye der LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen mit dem historischen Erbe westfälischer Städte. Kinder und Jugendliche setzen sich spielerisch mit dem kulturellen Erbe ihrer Heimatstadt auseinander und lernen, Denkmäler als Selbstverständlichkeiten anzusehen. Inklusionsaspekte werden bei der Planung der Rallye einbezogen.

Zuständig / beteiligt: LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen

Zeitplanung: jährlich

- Für Kinder und Erwachsene auf Anfrage in der Schaugießerei; seit 2010 Kooperation mit dem LWL-Berufskolleg Soest, Kurs Metaller, einmal im Jahr; seit 2013 Kooperation mit dem begleitenden Dienst des Berufsbildungsbereichs der SoVD – Lebenshilfe gGmbH, Werkstatt für behinderte Menschen, Witten.

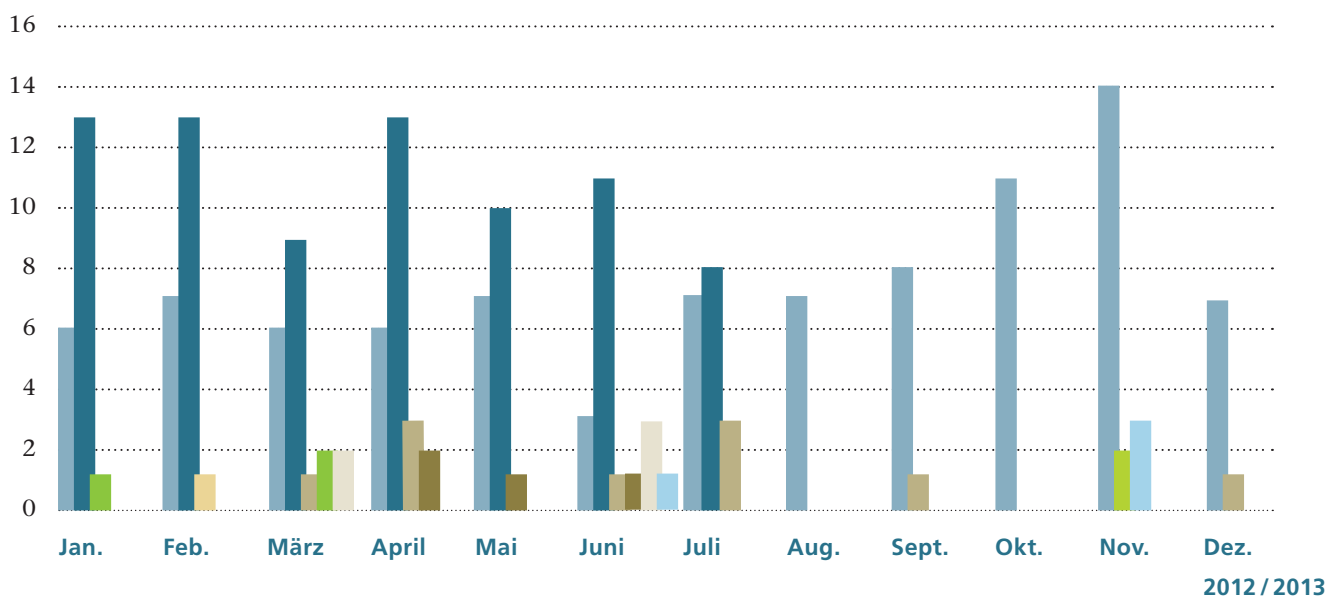
Zuständig / beteiligt: LWL-Industriemuseum, Henrichshütte Hattingen

Zeitplanung: seit 2013

Seniorenprogramme (Outreach-Angebot) in den Jahren 2012 / 2013 im LWL-Industriemuseum

Im Jahr 2012 wurden 106 Programme durchgeführt und 1.399 Menschen erreicht. In der ersten Hälfte des Jahres 2013 haben bereits 1.050 Menschen an den 86 durchgeführten Programmen teilgenommen.

Anzahl der Programme



Kohle weckt Erinnerung	2012	■	2013	■
Bilder im Kopf	2012	■	2013	■
Küche und Kaue	2012	■	2013	■
Küche und Kaue, Spezialvariante			2013	■
Feuerarbeit			2012	■
Der Wanderhut			2012	■

Quelle: LWL-Kulturabteilung

Daten und Fakten

In den LWL-Kultureinrichtungen sind 48 Menschen mit einer Behinderung oder psychischen Erkrankung beschäftigt (ohne Saisonarbeitskräfte).

In zwei internen Arbeitsprojekten der LWL-Archäologie für Westfalen arbeiten 11 Menschen mit Behinderungen.

Die Medienberatung NRW, ein gemeinsames Angebot des LVR-Zentrums für Medien und Bildung und des LWL-Medienzentrums für Westfalen, hat 2012/13 im Auftrag des Schulministeriums NRW über 140 Inklusionsmoderatorinnen und -moderatoren für die landesweite Begleitung der Schulen in Primarstufe und Sekundarstufe I qualifiziert. Die Moderatorinnen und Moderatoren sind Mitglieder der 53 Kompetenzteams in NRW, die landesweit Fortbildungsarbeit im Bereich der Schul- und Unterrichtsentwicklung leisten. Im Herbst 2014 werden etwa 150 weitere Moderatorinnen und Moderatoren die Qualifizierung abschließen und den Schulen zur Verfügung stehen.

Es gibt 78 Medien mit Untertiteln für hörgeschädigte und/oder mit Audiodeskription für sehbehinderte Menschen. Der Bestand des Onlinemediendienstes EDMOND NRW wird laufend erweitert.

Kulturvermittlungsprogramme für Menschen mit Behinderungen:

- 12 Führungen der LWL-Museen für gehörlose Menschen
- 18 Führungen der LWL-Museen für sehbehinderte Menschen
- 6 Führungen der LWL-Museen für Menschen mit einer geistigen Behinderung
- 12 museumspädagogische Programme der LWL-Museen für unterschiedliche Arten von Behinderungen

Aufrufe von LWL-Internetangeboten für Menschen mit Behinderungen (2013):

- 27 Aufrufe der LWL-Museumstour als Hör tour im Internet
- 342 Aufrufe der Internetseite zu den kostenlosen Führungen in Gebärdensprache
- 4.048 Aufrufe der Internetseite zu den eintrittsfreien Tagen



← Mit dem Rollstuhl in die Römerzeit – kein Problem im LWL-Römermuseum, Haltern

Barrieren abbauen, Bewusstsein bilden

„Um Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen mit dem Ziel, für Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt, zu Transportmitteln, Information und Kommunikation, einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen, sowie zu anderen Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit in städtischen und ländlichen Gebieten offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, zu gewährleisten.“

Der kleine Ausschnitt aus dem Artikel 9 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen stellt den Landschaftsverband Westfalen-Lippe vor große Herausforderungen. Der LWL nimmt diese an: Er analysiert und beseitigt Barrieren, die sich für Menschen mit Behinderungen beim gleichberechtigten Zugang zu Information und Kommunikation sowie zu Gebäuden ergeben. Dazu gehört auch, wirksame Kampagnen zu entwickeln und die Medien zu sensibilisieren, um ein Bewusstsein für Inklusion in der Öffentlichkeit zu bilden – ein länger andauernder Prozess.

Ein Beispiel dafür: Wenn Wohnprojekte für Menschen mit einer psychischen Behinderung oder einer Suchterkrankung entstehen sollen, akzeptieren die Anwohnerinnen und Anwohner diese neuen dezentralen Wohnformen zunächst häufig nicht. Der LWL versucht die Bedenken, Sorgen und Vorbehalte etwa in Versammlungen direkt vor Ort sachlich zu entkräften.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Menschen, die im Alltag wenig mit Inklusion zu tun haben, kennen den Begriff und dessen Bedeutung oft nicht. Hier ist Sensibilisierungsarbeit zu leisten.

Veröffentlichungen

Der LWL geht davon aus, dass Menschen mit Sehbehinderung oder blinde Menschen ihre Hilfsmittel nutzen,

um Print- oder digitale Medien zu lesen. Darüber hinaus hat der LWL begonnen, die Lesbarkeit von Publikationen zu erhöhen. Dazu wurden Kriterien zur barrierefreien Gestaltung von Medien in das Corporate Design (CD) eingepflegt (www.lwl.org/LWL/Der_LWL/PR/LWL-Corporate-Design/allgemein/barrierefreie-gestaltung). Dazu gehören auch die Hausschriften, die der LWL festlegte: für alle Printmedien die Schriften Frutiger und Stone Serif und für Internet, Intranet und E-Mail die Systemschriften Arial, Georgia und Verdana. Die Schriften sind gut lesbar, weil sie offene Buchstaben und einen ausreichenden Buchstabenabstand aufweisen. Die Schriften zählen zudem zu den klassischen Schriften, die Agenturen in der Regel nutzen. Die aufgeführten Systemschriften sind die gängigsten und auf jedem PC verfügbar.

Veröffentlichungen und „Leichte Sprache“

Grundsätzlich hat der LWL das Ziel, dass alle Informationen verständlich und klar vermittelt werden. Zentrale Veröffentlichungen erstellen journalistische Fachleute. Darüber hinaus sollen spezielle Inhalte, die sich an Menschen mit besonderen Behinderungen richten, zielgruppengemäß aufbereitet werden.

Damit mehr Menschen mit geistiger Behinderung die Veröffentlichungen des LWL verstehen, sollen langfristig ausgewählte Inhalte in Leichte Sprache übersetzt werden. Erste Publikationen wie „Das Persönliche Budget“ oder der „LWL-Inklusionsbericht 2012“ liegen vor.

Der LWL hat seit 2013 einen Rahmenvertragspartner für Übersetzungen ausgewählter Publikationen und Webinhalte in Leichte Sprache. Der Markt für diese Übersetzungen entwickelt sich allerdings erst. Die im „Netzwerk Leichte Sprache“ zusammengeschlossenen Firmen sind bisher eher noch Einzelkämpferinnen und -kämpfer, die strukturell nur bedingt in der Lage sind, größere Aufträge und mehrere Aufträge parallel zu bearbeiten. Erste Erfahrungen zeigten auch, dass die Übersetzerinnen und Übersetzer aus Werkstätten für Menschen mit Behinderungen schnell von den geforderten Arbeiten überlastet sein können.

Es fehlen allgemeingültige und institutionsspezifische Fotos, Symbole und Illustrationen, die fester Bestandteil solcher Übersetzungen sind. Um die Illustrationen entfachte sich zum Beispiel ein juristischer Streit. Einen solchen Fundus aufzubauen, kostet Aufwand. Umgekehrt ist auch beim LWL ein Konzept nötig, aus dem hervorgeht, für welche Zielgruppen Infos in Leichter Sprache bereitgestellt und für wen Inhalte in Gebärdensprachvideos vermittelt werden sollen. Bis 2015 werden Empfehlungen erarbeitet.

Internet

Für die barrierefreie Gestaltung des Internets sind die barrierefreie Informationstechnikverordnung NRW (BITV-NRW) und das Behindertengleichstellungsgesetz NRW (BGG NRW) maßgeblich. Da sich der Internetauftritt des LWL gerade auch an Menschen mit Behinderungen wendet, hat die Barrierefreiheit des Auftritts bereits seit Jahren hohe Priorität.

Internetauftritte, die mit dem LWL-eigenen Redaktionssystem realisiert werden (rund 85 % der Internetauftritte unter www.lwl.org), generieren sich automatisch barrierefrei. Internetauftritte, die von Fremdfirmen erstellt werden (rund 15 %), sind ebenfalls weitgehend zugänglich, da auch externe Firmen gesetzlich verpflichtet sind, die Barrierefreiheit zu gewährleisten. Empfohlen wird den LWL-Einrichtungen bei der Zusammenarbeit mit Fremdfirmen, die Umsetzung der Barrierefreiheit vertraglich zu regeln.

Um mögliche Schwachstellen in der Barrierefreiheit des LWL-Internetangebots zu identifizieren, hat die LWL-Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2014 einen überprüfenden BITV-Test in Auftrag gegeben. Aus den Testergebnissen werden entsprechende Maßnahmen zur Optimierung der Barrierefreiheit abgeleitet.

Bis 2015 erarbeitet die LWL-Presse- und Öffentlichkeitsarbeit darüber hinaus verbandsweite Standards für die inhaltliche Barrierefreiheit des gesamten LWL-Internetauftritts.

Verbindlich definiert werden soll:

- wie künftig mit pdf-Dateien umgegangen wird, d. h. welche bestehenden Dateien barrierefrei umgewandelt werden müssen und wie mit neuen pdf-Dateien verfahren wird;
- welche Inhalte gemäß BITV 2.0 in Leichte Sprache übersetzt und zur Verfügung gestellt werden und
- welche Inhalte gemäß BITV 2.0 in Deutscher Gebärdensprache (Video) zur Verfügung gestellt werden.

Beim Internet-Refresh 2014 plant der LWL, ausgewählte Webinhalte mit Gebärdensprachvideos zu erläutern und in Leichte Sprache zu übersetzen.

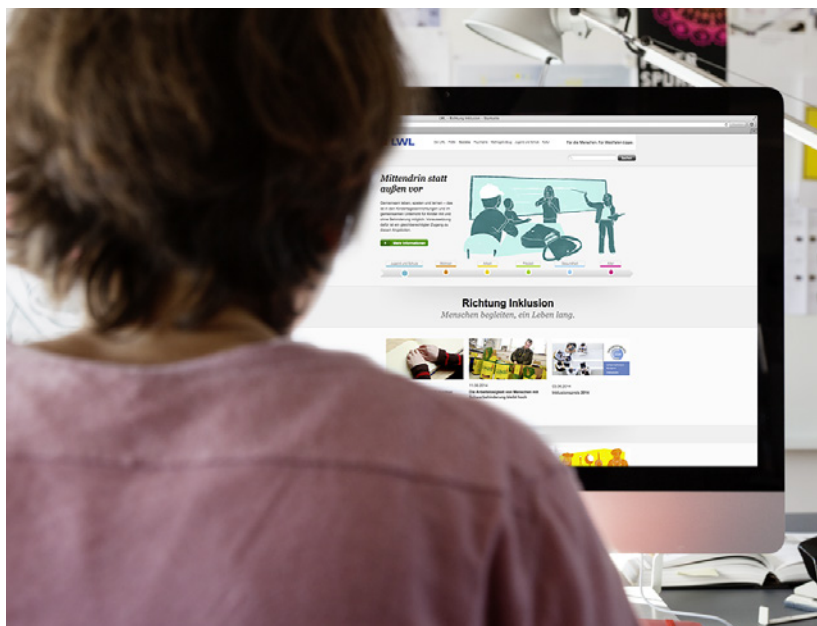
Außerdem soll ein Schulungskonzept für die über 600 Internetbeauftragten des LWL erarbeitet werden, das Themen wie „Barrierefreie Pflege von Webangeboten“, „Barrierefreie Gestaltung von pdf-Dokumenten“ und „Leichte Sprache“ umfasst.

Ein weiterer Beitrag der LWL-Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird ein praxisorientierter Leitfaden für die LWL-Internetbeauftragten sein. Dieser soll das Bewusstsein für die Barrieren bei der Internetnutzung von Menschen mit Behinderungen schärfen und mit praktischen Tipps dazu beitragen, diese Barrieren durch redaktionelle Maßnahmen abzubauen.

Onlineratgeber „Richtung Inklusion“

Auf der Internetseite www.richtung-inklusion.lwl.org dokumentiert der LWL seit 2011 seine Schritte Richtung Inklusion. Das Inklusionsportal ist im Herbst 2013 komplett überarbeitet worden und informiert über aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen sowie über Gesetzestexte und Statistiken.

Aufgebaut ist das Portal in Form einer Chronik, die durch Illustrationen beispielhafter Situationen aus den Bereichen „Jugend und Schule“, „Wohnen“, „Arbeit“, „Freizeit“ „Gesundheit“ sowie „Alter“ eingeführt wird. Experten und Interessierte können sich unter jedem Bereich anhand von Beispielen, Interviews und Planungshilfen über Möglichkeiten und Wege bei der Umsetzung von Inklusion informieren. Auch eine Aus-



↑ Das LWL-Inklusionsportal unter www.richtung-inklusion.lwl.org

wahl von Stimmen und Eindrücken unserer Kooperationspartner sowie von Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen ist dort zu finden.

Der LWL möchte über seine Publikationen und andere Medien nicht nur informieren und aufklären, sondern auch andere zum Denken und Handeln anregen. Gemäß dem Leitgedanken „Vielfalt fördern“ gibt der Onlineratgeber sehr unterschiedliche Anstöße zu allen Lebensphasen und -bereichen. Der LWL spricht insbesondere engagierte Fachleute und Interessierte an, die durch eigene Maßnahmen Vielfalt fördern und Teilhabe ermöglichen wollen. Daher finden sich auf „Richtung Inklusion“ neben Experteninterviews und Beispielen auch Anleitungen und Projektideen, die durch die fachübergreifende Zusammenarbeit von Experten beim LWL entstanden sind.

Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen

Der LWL bindet insbesondere bei inklusiven Inhalten Menschen mit Behinderungen ein. Über Kooperationspartner wie die Lebenshilfe stimmt er zur Qualitätssicherung Inhalte ab, für das Webportal „Richtung Inklusion“ zum Beispiel mit Menschen mit geistiger Behinderung sowie Verantwortlichen, die mit unterschiedlichen Menschen mit Behinderungen zu tun haben. Wie diese stärker einbezogen werden können,

ist zurzeit in Planung. Denkbar könnte sein, für redaktionelle Aufträge entsprechende freie Beschäftigte mit geistiger Behinderung einzubinden.

Bewegte Bilder

Alle Videos, die der LWL zentral zu seinen Abteilungen und Einrichtungen produziert, werden seit 2011 mit Untertiteln zur Verfügung gestellt.

LWL-App

In der LWL-App für Smartphones ist „Inklusion“ einer der fünf Hauptmenü-Punkte mit aktuellen Informationen aus dem LWL zum Thema.

Gebäudebeschilderung

Die CD-Regelungen für die äußere Gebäudebeschilderung wurden 2011 verbessert. Das Konzept für die Innenbeschilderung soll bis 2015 entwickelt und erprobt werden.

Gebäude und Einrichtungen

Die Barrierefreiheit der Gebäude und Einrichtungen des LWL ist derzeit sehr unterschiedlich. In den Neubaumaßnahmen der vergangenen Jahre hat der LWL den barrierefreien Zugang auf Grundlage der Bauordnung Nordrhein-Westfalen für Menschen mit vorrangig kör-



↑ LWL-Förderschule Paderborn: Kontrastreich gestalteter Flur mit Blindenleitsystem und guter Ausleuchtung



↑ LWL-Museum für Naturkunde in Münster: Einbau einer Rampe zur barrierefreien Erschließung der WC- und Wartebereiche

perlichen Beeinträchtigungen flächendeckend gewährleistet. Bei Alt- und denkmalgeschützten Bauten sind die elementaren Anforderungen dagegen oft noch nicht umgesetzt. Ebenso sind die Belange der Menschen mit Sinnesschädigungen in der Vergangenheit allenfalls rudimentär berücksichtigt worden. Eine Übersicht über Art und Umfang der Hindernisse sowie der nötigen Investitionen, um sie zu beheben, liegt bisher nicht vor.

Einen ersten Eindruck geben die Investitionen mit Stand Anfang 2013, die der LWL seit Oktober 2010 für Um-, Aus- und Neubauten getätigt hat, um im Rahmen dieser Baumaßnahmen die Barrierefreiheit umzusetzen: Im Bereich der Hauptverwaltung (Landeshaus in Münster) hat der LWL 1,2 Mio. Euro aus dem Konjunkturpaket II investiert. In unterschiedliche Kultureinrichtungen flossen einschließlich des barrierefreien Ausbaus des LWL-Museums für Kunst und Kultur in Münster 15 Mio. Euro. In LWL-Förderschulen investierte der LWL 12 Mio. Euro in viele kleinere Projekte, aber auch für die Neubauten der offenen Ganztagschule und Turnhalle in Bielefeld und Münster sowie in den Neubau der LWL-Förderschule Oelde. 29 Mio. Euro fließen in derzeit sieben laufende Maßnahmen des LWL-Psychiatrieverbands Westfalen, für dessen Kliniken, Pflegezentren und Wohnverbände in den kommenden drei Jahren für 13 Maßnahmen weitere 90 Mio. Euro geplant sind.

Weiteres Vorgehen

Die neue DIN 18040 – Barrierefreies Bauen (Planungsgrundlagen – Öffentlich zugängliche Gebäude) definierte im Oktober 2010 Planungsanforderungen, die beschreiben, unter welchen Voraussetzungen Bauten als barrierefrei einzustufen sind. Diese Norm ist bisher nicht als „Technische Baubestimmung“ eingeführt worden und hat deshalb zunächst empfehlenden Charakter. Erste Erfahrungen mit diesem Regelwerk zeigen, dass die Norm den Planungsaufwand und Arbeitsumfang einer eigenen Fachplanung erfordert. Sie ist deshalb als Maßstab für eine flächendeckende Erstbeurteilung der vorhandenen LWL-Gebäude ungeeignet.

Der LWL hat deswegen die eigene Bausubstanz mit einer vereinfachten Bestandsanalyse untersucht. Die Maßnahmen werden nach folgendem Ablauf angestoßen: Die rund 1.400 Gebäude und vor allem die Teile, die für Besucherinnen und Besucher geöffnet sind, werden daraufhin überprüft, ob sie ohne fremde Hilfe zugänglich sind.

Bauliche Barrierefreiheit lässt sich nach Auffassung des LWL-Bau- und Liegenschaftsbetriebs nur stufenweise und mittelfristig umsetzen. In der ersten Umsetzungsstufe wurden zunächst die LWL-Museen in den Fokus genommen. Anhand einer vom LWL-BLB entwickelten

Checkliste erfolgt die Erstbeurteilung durch die nutzende Verwaltung. Dabei wird die Anzahl der Besuche von Menschen mit Behinderungen analysiert und ausgewertet, wobei auch der alternative Zugang zu Informationen und deren Bedeutung für die Menschen mit Behinderungen berücksichtigt wird. Auf dieser Grundlage werden die baulichen Maßnahmen nach den Erfordernissen priorisiert. Anschließend werden die voraussichtlichen Kosten ermittelt. Mögliche Baumaßnahmen werden mit organisatorischen Maßnahmen abgeglichen, um in den Altbauten Barrierefreiheit ermöglichen zu können.

Nur so lassen sich sofort umsetzbare Maßnahmen identifizieren und unter den vorgegebenen finanziellen Möglichkeiten auch planen und umsetzen. Ebenso werden die entstehenden Kosten planbar.

In einer zweiten Stufe wird der Schulbereich in 2014 untersucht und ausgewertet. Auf der Basis der dann vorliegenden Erfahrungen wird der LWL-BLB mit Beginn des Jahres 2015 den Klinikbereich bei der Erstellung eigener Umsetzungskonzepte fachlich beraten und unterstützen.

Im Zuge des Umsetzungskonzeptes zur Inklusion ist es wichtig, dass die Anforderungen an die Barrierefreiheit bei den Planenden verstärkt bewusst gemacht werden. Dazu sind Schulungen der LWL-Mitarbeiter über das Thema Alterssimulation mithilfe von gerontologischen Testanzügen geplant, um den Perspektivwechsel bei den Planern und Entscheidungsträgern möglichst persönlich erfahrbar zu machen. Dabei werden Veränderungen des Sehens, des Hörens, des Tastsinns, der Beweglichkeit und Kraft simuliert und erfasst.

Auch im Neubaubereich geht der LWL-BLB bei der Planung und Umsetzung von Baumaßnahmen neue Wege. So soll der weitere Kompetenzerwerb in der barrierefreien Planung und Bauausführung zunächst am Beispiel für den Neubau des 216-Bettenhauses in der LWL-Klinik in Dortmund durch die Beauftragung eines zertifizierten Planungsbüros erfolgen. Im Ergebnis wird ein Konzept „Barrierefreiheit“ in Form einer textlichen Beschreibung mit zeichnerischer Darstellung erwartet, welches die Übereinstimmung mit den Anforderungen der DIN 18040 durch den eingeschalteten Sachverständigen bestätigt.

Soweit größere Investitionsmaßnahmen im Rahmen des Umsetzungskonzeptes für den Gebäudebestand notwendig werden, sind diese im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung auszuweisen und zu priorisieren. Kleinere Maßnahmen werden im Rahmen der Instandhaltung und Modernisierung des Gebäudebestandes mit umgesetzt. In diesem Zusammenhang werden auch die Gebäude der Hauptverwaltung sukzessive bezüglich der Anforderungen verbessert und aufgerüstet.

Modifizierte Checkliste

Mit dem Aktionsprogramm „Signet Nordrhein-Westfalen ohne Barrieren“ im Frühjahr 2010 hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalen Kriterien für ein barrierefreies Bewegen, Hören und Orientieren in Form einer Checkliste veröffentlicht. Die Umsetzung des Aktionsprogramms wurde auf Betreiben der Behindertenverbände zunächst zurückgestellt, weil sie die Kriterien für die Signet-Vergabe noch weiter erörtern wollten.

Der LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb hat auf Basis dieser Anforderungen eine modifizierte Checkliste erarbeitet, die einen pragmatischen Einstieg in das Thema eröffnet. Als erste Stufe zielt diese Liste primär auf die Basisanforderungen für Barrierefreiheit in den LWL-Einrichtungen ab. Sie soll den Einrichtungen einen ersten groben Überblick zu Art und Umfang notwendiger Maßnahmen eröffnen. Die Fachabteilungen sowie die LWL-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter in den Einrichtungen beurteilen die Barrierefreiheit, fachlich unterstützt durch den LWL-Bau- und Liegenschaftsbetrieb. Auf diese Weise fließen die in den Einrichtungen vorhandenen Kenntnisse in die Priorisierung von Maßnahmen ein. Damit wird auch klar, dass sich Barrierefreiheit als ganzheitliche Aufgabe nicht nur auf investive und bauliche Maßnahmen beschränkt, sondern auch organisatorisch umgesetzt werden kann.

So zeigen die Erfahrungen aus LWL-Museen, dass etwa barrierefreie Rundwege nur im Zusammenhang mit musealen Konzepten erstellt werden können. Im Krankenhausbereich, bei Dienstgebäuden und Schulen stehen dagegen vorrangig Fragen der Erreichbarkeit und Zugänglichkeit im Vordergrund.

Die Checkliste behandelt Fragen der barrierefreien Zugänglichkeit, Erschließung und Nutzbarkeit von Gebäuden, zum Beispiel Aufzüge, Treppen, Türen, Flure oder Sanitäreinrichtungen. Darüber hinaus werden in der Checkliste Spezialthemen wie Parkplätze und Außen-

anlagen behandelt. In Anlehnung an die Forderung der DIN 18040 berücksichtigt sie darüber hinaus die Bedürfnisse von Menschen mit sensorischen Einschränkungen sowie Fragen der Orientierung und Bedienbarkeit. Die Themen rund um die kognitiven Einschränkungen und Bedarfe werden dann in der nächsten Umsetzungsstufe berücksichtigt. Erfahrungsgemäß wird für die Erarbeitung der standortspezifischen Lösungen ein längerer Planungsvorlauf benötigt. Insbesondere aus Wirtschaftlichkeitsgründen sollten in diesem Zusammenhang die Erfahrungen aus der Beauftragung der zertifizierten Planungsbüros mit einfließen. Die Verwaltung wird dazu jeweils zeitnah berichten.

Teil der Erkenntnisse in Form eines Fortschritts- bzw. Zwischenberichts für den Museumsbereich bereits zum Ende des ersten Quartals 2014 den politischen Gremien zur Beratung vorzulegen. In einer zweiten Umsetzungsstufe schließt sich sodann ein Fortschrittsbericht für den Schulbereich an. Dieser ist für das zweite Quartal 2014 vorgesehen.

Aufgrund der Rückläufe aus den Einrichtungen wurde erkennbar, dass ein großer Anteil der festgestellten Maßnahmen einer vertieften und individuellen planerischen Bearbeitung bedarf. Vorgesehen ist, den ersten

Gestuftes Vorgehen (Schritte 1 bis 6):

1. Schritt Zugänglichkeit DIN 18040	1. Stufe Untersuchung Museen	1. Fortschrittsbericht Berichtsvorlage Umwelt- und Bauausschuss	Termin: 12. März 2014
		2. Priorisierungsliste	Termin: 2. Jahreshälfte 2014
	2. Stufe Untersuchung Schulen	1. Fortschrittsbericht Berichtsvorlage Umwelt- und Bauausschuss	Termin: Oktober 2014
		2. Priorisierungsliste Vorlage	Termin: 1. Jahreshälfte 2015

2. Schritt Sensorische Anforderungen DIN 18040	1. Stufe Untersuchung Museen	1. Fortschrittsbericht Berichtsvorlage einzelne Museen	Termin: 2015
		2. Priorisierungsliste	Termin: 1. Jahreshälfte 2016
	2. Stufe Untersuchung Schulen	1. Fortschrittsbericht Berichtsvorlage Schulen	Termin: 2016
		2. Priorisierungsliste	Termin: 1. Jahreshälfte 2017

Gestuftes Vorgehen (Schritte 1 bis 6):

3. Schritt Psychiatrie- Verbund	1. Stufe Planung und Ausführung 216-Bettenhaus mit zertifiziertem Planungsbüro	Mündlicher Bericht Umwelt- und Bauausschuss	Termin: 2014
	2. Stufe Beratung des PsychiatrieVer- bundes: Fort- bildungs- veranstaltungen		Termin: ab 2015
4. Schritt Vorlagen- gestaltung	Aufnahme eines Passus „Barrierefreiheit / Umsetzung DIN 18040“	bei Neubau- oder größeren Sanierungsmaßnahmen	laufend
5. Schritt Planungsprozess	Einbeziehung von Betroffenen	Beteiligung zertifizierter Planungsbüros Zertifizierung nach DIN 18040	laufend
6. Schritt Schulungen	Alterssimulation mithilfe von gerontologi- schen Tests	Anbietersuche	Umsetzung ab Herbst 2014

Der LWL als inklusiver Arbeitgeber

Der LWL versorgt seit Jahrzehnten Menschen mit Behinderungen in Westfalen-Lippe. Deswegen trägt der Verband eine besondere Verantwortung zur Inklusion, wenn es um die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht. Der LWL beschäftigt und fördert Menschen mit Behinderungen und schafft für sie ein inklusives Arbeitsumfeld. In den letzten Jahren hat der LWL die gesetzliche Vorgabe, 5 % der Arbeitsplätze mit Menschen mit einer Schwerbehinderung zu besetzen, deutlich übertroffen. Um dies auch zukünftig gewährleisten zu können, verfolgt der LWL folgende Maßnahmen und Ziele.

1. Einstellung von Menschen mit Behinderungen

Der LWL geht bei Einstellungen über die gesetzlichen Verpflichtungen nach dem Sozialgesetzbuch IX hinaus. So hält er freiwillig die „Richtlinie zur Durchführung zur Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen im Öffentlichen Dienst im Land NRW“ ein und verpflichtet sich, Menschen mit Behinderungen bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt einzustellen.

Alle Stellenausschreibungen im LWL enthalten den Hinweis, dass Bewerbungen von Menschen mit Schwerbehinderung ausdrücklich erwünscht sind. Wenn ihnen die fachliche Eignung nicht offensichtlich fehlt, werden sie in jedem Fall zum Vorstellungsgespräch eingeladen und bei gleicher fachlicher Eignung und Befähigung bevorzugt eingestellt.

Der LWL beabsichtigt, ab dem Jahr 2014 eine Schwerbehindertenquote von mindestens 8 % zu erreichen.

2. Einstellung von Auszubildenden mit einer Schwerbehinderung

Auch in Stellenanzeigen für Auszubildende fordert der LWL Menschen mit einer Schwerbehinderung ausdrücklich dazu auf, sich zu bewerben. Bei der Auswahl achtet der LWL in besonderem Maße darauf, dass Menschen mit Behinderungen – im Rahmen ihrer Fähigkeiten – eine Ausbildung im LWL beginnen können.

Alle Bewerberinnen und Bewerber mit Behinderungen werden unabhängig von ihren Schulnoten zum Eig-

nungstest im Auswahlverfahren eingeladen und stehen damit nicht im Vergleich mit den Ausbildungssuchenden ohne Behinderungen. Bereits beim Testverfahren werden die Auswirkungen der jeweiligen Behinderung berücksichtigt und möglichst ausgeglichen. So werden z. B. Gebärdendolmetscher für gehörlose und Vorlesekräfte für blinde Bewerberinnen und Bewerber engagiert. Soweit es mit Blick auf die jeweilige Behinderung erforderlich ist, werden zusätzliche Zeitanteile für das Testverfahren zur Verfügung gestellt.

Alle Menschen mit Behinderungen, die erfolgreich am Test teilgenommen haben, werden zu einem persönlichen Gespräch eingeladen, an dem auch die Schwerbehindertenvertretung sowie gegebenenfalls Fachdienste des LWL-Integrationsamtes Westfalen teilnehmen. Der LWL passt zudem den Ausbildungsverlauf sowie die Prüfung an die behinderungsspezifischen Besonderheiten an, in enger Zusammenarbeit mit den Integrationsdiensten, dem Studieninstitut Westfalen-Lippe, den Berufsschulen und der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung.

Der Anteil der Bewerbungen junger Menschen mit einer Schwerbehinderung an allen Bewerbungen beim LWL betrug durchschnittlich lediglich 1,2 %. Durch seine vielfachen Anstrengungen konnte der LWL in dem Bereich Hauptverwaltung, Schulen und Kultureinrichtungen in den vergangenen Jahren eine Quote von durchschnittlich 6,5 % seiner Ausbildungsplätze mit Auszubildenden mit einer Schwerbehinderung besetzen. Es werden



↑ Blind Date 2013 – jährliche Kennenlern-Veranstaltung des LWL vor Ausbildungsbeginn

damit überproportional viele schwerbehinderte junge Menschen im Rahmen eines Ausbildungsverhältnisses eingestellt. Des Weiteren berücksichtigt der LWL je Ausbildungsjahrgang möglichst auch eine Bewerberin oder einen Bewerber, die oder der wegen der Behinderung in der Regel keinen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt findet und einen erheblichen zusätzlichen Betreuungs- und Assistenzbedarf hat.

Der LWL beabsichtigt, ab dem Jahr 2014 die Quote von mindestens 6,5 % und einen Ausbildungsplatz je Jahrgang für Menschen mit besonderen Beeinträchtigungen regelmäßig zu erreichen. Um die Bewerberquote von jungen Menschen mit einer Schwerbehinderung zu erhöhen, werden zukünftig gezielt schwerbehinderte Besucherinnen und Besucher von Ausbildungsmessen im persönlichen Gespräch ausdrücklich ermuntert, sich zu bewerben.

In den Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen sind die Ausbildungsangebote für Menschen mit Behinderungen sehr unterschiedlich ausgelegt. Wegen der vor allem hohen körperlichen Anforderungen bewerben sich eher wenige Menschen mit Behinderungen in der Krankenpflege für eine Ausbildung – auch zum Beispiel wegen der Arbeitsorganisation und der Schicht- und Wechseldienste, zumal ein Großteil der praktischen Ausbildung bei kooperierenden somatischen Krankenhäusern abgeleistet wird.

Im Wirtschafts- und Verwaltungsdienst ergeben sich abhängig von der Art der Behinderung die besten Möglichkeiten. Es bestehen gute Chancen, die Auswirkungen der Behinderung innerhalb der Organisation und der Arbeitsabläufe auszugleichen.

3. Wissenschaftliche Volontariate

Der LWL bietet 29 Planstellen für wissenschaftliche Volontariate. In unterschiedlichen Bereichen der Geistes- und Kulturwissenschaften sowie im journalistischen Bereich ist das Volontariat eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Einstieg in den gewünschten Beruf.

Der LWL wird beginnend mit dem Jahr 2015 eine zusätzliche Volontärstelle speziell für Menschen mit einer Schwerbehinderung und einer damit verbundenen erheblichen Beeinträchtigung einrichten.

4. Einrichtung und Aufrechterhaltung von sogenannten Integrationsstellen

Im Jahr 1985 hat der LWL begonnen, in der Hauptverwaltung Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen zu schaffen, die besonders schwer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln sind. Auf diesen 29 sogenannten Integrationsstellen arbeiten 30 Menschen mit Behinderungen. Bei den Tätigkeiten spielen ein gleichförmiger Arbeitsablauf und die damit verbundene Routine eine wesentliche Rolle.

Diese Form der Beschäftigung wird immer weniger, weil auch im LWL die Arbeitswelt zunehmend technisiert wird und sich die Organisation stark verändert.

Der LWL verpflichtet sich, die Integrationsstellen im mindestens aktuellen Umfang aufrechtzuerhalten. Wenn sich Arbeitsbereiche und -abläufe verändern, wird der LWL geeignete Tätigkeiten auf den Integrationsstellen zusammenfassen.

Darüber hinaus will der LWL als Teil des nordrhein-westfälischen Landesprojektes „1.000 Außenarbeitsplätze für Menschen aus den Werkstätten für behinderte Menschen“ mindestens 25 dauerhafte Außenarbeitsplätze einrichten. Soweit dort ein Übergang in ein reguläres Arbeitsverhältnis beim LWL möglich ist, sollen weitere Integrationsstellen geschaffen werden.

5. Behinderungsgerechte Gestaltung der Arbeitsplätze

Für Menschen mit Behinderungen ist es entscheidend, dass sie auf einem geeigneten Arbeitsplatz beschäftigt werden. Der LWL ermittelt Arbeitsplätze, auf denen die Fähigkeiten der Menschen optimal zum Einsatz kommen können. Alternativ werden Arbeitsplätze mit Rücksicht auf die Funktionseinschränkungen so gestaltet, dass die Kolleginnen und Kollegen ihre Aufgaben bestmöglich erfüllen können. Die behinderungsgerechte Gestaltung der Arbeitsplätze erfolgt in jedem Einzelfall



↑ Hilfsmittel für Mitarbeiter mit Sehbehinderungen

in enger Zusammenarbeit mit dem Ingenieurfachdienst des LWL-Integrationsamtes Westfalen.

Der LWL will auch die Arbeitsplatzumgebung sowie die Gemeinschafts- und Fortbildungsräume barrierefrei gestalten. Sie sollen ohne besondere Erschwernisse und grundsätzlich ohne fremde Hilfe auch für Menschen mit Behinderungen zugänglich und nutzbar sein. In den vergangenen Jahren ist insbesondere die barrierefreie Umgestaltung des denkmalgeschützten Landeshauses und des Plenarsaals herauszuheben.

Aktuell überprüft der LWL alle Gebäude der Hauptverwaltung auf Barrierefreiheit. Die Außenstandorte und Einrichtungen werden in eine Prioritätenliste aufgenommen und in den kommenden Jahren nach Dringlichkeit abgearbeitet. Im Fokus stehen die Gebäude mit Besucherverkehr.

Für Menschen mit Behinderungen ist die barrierefreie Kommunikation ebenfalls wichtig. Die Intranetauftritte im LWL erfüllen diese Anforderungen, einige Intranet-anwendungen wie das Telefonverzeichnis werden schrittweise überarbeitet.

Im Rahmen der Gefährdungsanalyse wird der LWL – beginnend mit Pilotbereichen im Jahr 2014 – künftig auch eine Analyse der psychischen Belastungen am Arbeitsplatz regelhaft durchführen.



↑ Rollstuhlfahrender Mitarbeiter in der LWL-Hauptverwaltung

6. Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)

Der LWL ist nach dem Sozialgesetzbuch IX verpflichtet, ein Betriebliches Eingliederungsmanagement für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzubieten, die innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig erkrankt sind. Die Maßnahme soll Arbeitsunfähigkeit überwinden helfen, erneuter Arbeitsunfähigkeit vorbeugen und den Arbeitsplatz erhalten sowie die Berufs- oder Dienstunfähigkeit vermeiden.

Die Integrationsämter der beiden Landschaftsverbände haben im Jahr 2007 gemeinsam die „Handlungsempfehlungen zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement“ erarbeitet und veröffentlicht. Für den LWL sind spezifische Regelungen erarbeitet worden.

Seit der Einführung hat der LWL im Bereich der Hauptverwaltung einschließlich Schulen und Kultureinrichtungen 446 Menschen ein Betriebliches Eingliederungsmanagement angeboten. Rund 17 % haben das Angebot angenommen.

Für die Einrichtungen des LWL-PsychiatrieVerbundes Westfalen und die LWL-Maßregelvollzugskliniken ist im Jahr 2013 eine Evaluation des Betrieblichen Eingliederungsmanagements gestartet, um die Qualität des Verfahrens zu sichern. Darüber hinaus wird die Wirksamkeit überprüft und der Erfolg gemessen. Nach bisherigem Stand haben rund 20 % der erkrankten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Betrieblichen Eingliederungsmanagement teilgenommen. Die weitere Auswertung soll das Verfahren auch für den Klinikbereich verbessern helfen.

Eine breite Akzeptanz bei den Beschäftigten hat das Betriebliche Eingliederungsmanagement bisher in keinem Bereich des LWL.

Der LWL wird Maßnahmen zur Akzeptanzerhöhung – einschließlich verbesserte Öffentlichkeitsarbeit und Mitarbeiterbefragungen – einleiten und die Teilnahmequote auf 30 % innerhalb der kommenden drei Jahre steigern.

7. Führungskräfte

Inklusion ist nach dem Selbstverständnis des LWL als Arbeitgeber auch Führungsaufgabe.

Alle Führungskräfte im Bereich LWL-Hauptverwaltung, -Schulen, -Kultureinrichtungen und -Maßregelvollzug sind auf der Basis eines nachhaltigen Führungskräftequalifizierungsprogramms im Rahmen einer zweitägigen verpflichtenden Fortbildung zum Thema „Führung und Gesundheit“ geschult worden. Im Rahmen der Schulung wurde bei der Arbeit am praktischen Fall insbesondere auch das Thema „Umgang mit schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“ aufgegriffen. Eine darüber hinausgehende Sensibilisierung erfolgt über die Erörterung in den Führungskräftezirkeln, in denen die Führungskräfte sich kollegial gegenseitig beraten und bei ihrer Führungsarbeit unterstützen.

Der LWL wird bei der Konzeptionierung der weiteren laufenden Führungskräftefortbildungen die Inklusion als Führungsaufgabe jeweils berücksichtigen.



Impressum

LWL-Aktionsplan Inklusion 2014

Herausgeber:

Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)
Büro LWL-Direktor
Freiherr-vom-Stein-Platz 1 · 48147 Münster
Telefon: 0251 591-5553 · Fax: 0251 591-218
E-Mail: lwl@lwl.org
Internet: www.lwl.org

Koordination und Redaktion:

Marc-Stefan Andres, Claudia Köper-Wolberg

Gestaltung:

GfG/Gruppe für Gestaltung GmbH, Bremen

Illustrationen Handlungsfelder:

Oktober Kommunikationsdesign GmbH, Bochum

Druck:

Lechte GmbH, Emsdetten

Auflage: 2.000 Exemplare

© 2014 LWL

Der LWL-Bericht wurde auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt (aus vorbildlich bewirtschafteten Wäldern und anderen kontrollierten Herkünften).



Literaturnachweis:

- Literatur (zum Beitrag „Permanenter Wandel – Menschen mit Behinderungen in der Geschichte des LWL“ von Herrn Prof. Dr. Bernd Walter, Westfälisches Institut für Regionalgeschichte, Seite 6)
- Bösl, Elsbeth, Politiken der Normalisierung. Zur Geschichte der Behindertenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Bielefeld 2009.
 - Schmuhl, Hans-Walter/Winkler, Ulrike, „Als wären wir zur Strafe hier“. Gewalt gegen Menschen mit geistiger Behinderung – der Wittekindshof in den 1950er- und 1960er-Jahren, Bielefeld 2011.
 - Schmuhl, Hans-Walter, Exklusion und Inklusion durch Sprache. Zur Geschichte des Begriffs Behinderung, Berlin 2010.
 - Walter, Bernd, Psychiatrie und Gesellschaft in der Moderne. Geisteskrankenfürsorge in der Provinz Westfalen zwischen Kaiserreich und NS-Regime, Paderborn 1996.
 - Daten, Fakten, Trends. 25 Jahre Landschaftsverband Westfalen-Lippe 1953-1978, Münster 1978.

Bildnachweis:

Kleiner/GfG: S. 5 (l.), 14, 27, 40; Arendt: S. 5 (r.), 36 (l.); Wittekindshof: S. 7; Zentrum für Antisemitismusforschung, Berlin: S. 8; LWL-Medienzentrum für Westfalen: S. 9; BAG Landesjugendämter: S. 16; LWL: S. 19, 24, 36 (r.), 41, 45, 63; LWL/LWL-Klinikum Gütersloh: S. 54, 56, 57; J. A. Appelhans, LWL: S. 62; J. Hähnel, LWL-Römermuseum: S. 67; Koralewski/GfG: S. 70; Eblenkamp: S. 71 (l.); Oblonczyk, LWL: S. 71 (r.); LWL: S. 76, 77

Mehr zum Thema Inklusion
beim LWL unter:

www.richtung-inklusion.lwl.org